

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Beguttsatz mit illustrierter Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark., für Selbst-abholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark. ohne Belegergeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Vollzehnto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Interratenpreise: Die 10 Gefalt. Kolonelzeile 35 Pg., bei Plakatvorricht 40 Pg.
Stellenangebote 10 gefl., Kolonelzeile 25 Pg. Familienanzeichen von Privaten
die 10 gefl. Kolonelzeile mit 50% Nachah. Reklamezeile 2 M. Interrate v. ausw.:
die 10 gefl. Kolonelzeile 40 Pg. bei Plakatvorricht. 50 Pg. Reklamezeile 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweigställe und alle Postanstalten entgegen

Eros Demokratie: das Kapital distiert!

Die Arbeiterregierung vor dem Sturz

SPD Oslo, 7. Februar.
Die norwegische Arbeiterregierung wird wahrscheinlich am Freitag demissionieren. Magazin für diese Absicht ist der Verlauf der am Dienstag im Storting begonnenen Debatte über die in der vergangenen Woche abgegebene Regierungserklärung. Die linke Bürgerpartei ließ ihre anständige Zulage, die Arbeiterregierung unter gewissen Bedingungen zu unterstützen, zurückziehen und stellte gleichzeitig einen Misstrauensantrag.

Vor dem Stortinggebäude begehrten schon in den ersten Vormittagsstunden des Dienstag Hunderte von Menschen Einfahrt. Gang Norwegen wartete mit großer Spannung auf den Verlauf der Debatte. Als erster Redner bestieg kurz nach 10 Uhr vormittags der Führer der linken Mowinckel die Tribüne. Anfänglich hatte man erwartet, dass seine Partei der Arbeiterregierung wenigstens auf absehbare Zeit die Möglichkeit zur sachlichen Arbeit geben werde. Mowinckel, der auf dem rechten Flügel seiner Partei steht und zu den bescheidenen Schichten des Volkes gehört, hat aber am Montag in seiner Fraktion einen Beschluss gegen die Regierung durchgesetzt. Er erklärt deshalb zu Beginn seiner Aussprachen, dass seine Partei eine Arbeiterregierung unter dem Druck der Bananen nicht länger dulden könne. Die eigentliche Regierungserklärung bezeichnete er als einen Sieg der Parteileitung über den gemäßigtesten Teil der Partei. Dazu kommt, dass diese Erklärung eine sehr ernste finanzielle Lage geschaffen habe. Eine große Kapitalflucht hätte in den letzten Tagen eingesetzt, und in Bankkreisen zeige man eine überaus große Nervosität. Die Kapitalflucht sei zwar als Widerstandspunkt zu betrachten, aber leider sei mit ihr zu rechnen. Infolgedessen könne die Linke eine moralische Mitverantwortung für die Arbeiterregierung nicht länger übernehmen. Sie ziehe aus dieser Auffassung die Konsequenzen, indem sie beantragt, der Regierung das Misstrauen auszusprechen.

Auf diese nationale Rede antwortete der Führer der Arbeiterpartei Madjen. Statt Qualität walten zu lassen, habe man der gegenwärtigen Regierung gegenüber soziale Beziehungen mit Eisenkägeln angewandt, um das Volk zur Siedelheit zu bringen. Es sei außerordentlich bedauerlich, dass die bürgerliche Linke dem Druck unverantwortlicher Finanzmagnaten nachgegeben habe. Auch das zeige, dass es sich hier um Gegensätze zwischen alter und neuer Zeit handle. In scharfen Ausdrücken charakterisierte Madjen dann in aller Ausführlichkeit die in den letzten Jahren von dem Rechtskabinett getriebene reaktionäre Politik. Diese Politik sei insbesondere gekennzeichnet gewesen durch eine leichtsinnige Finanz- und Deflationspolitik. Erst dadurch wäre die große Verschiebung bei den letzten Wahlen möglich gewesen. Aber trotzdem führe man jetzt eine unverantwortliche Agitation gegen die Arbeiterregierung. Diese Agitation bilde den Ursprung des gegenwärtigen Unruhe im wirtschaftlichen Leben; auf sie und nur auf sie sei der Sturm auf die Bananen zurückzuführen.

Der Führer der Rechten erklärte dann, dass seine Partei für den Antrag Mowinckel stimmen werde. Im gleichen Sinne äußerte sich der Führer der Agrarier. Das Schicksal der Regierung ist damit besiegelt. Wer die Arbeiterregierung nun mehr ersehen wird, ob eine bürgerliche Koalitionsregierung oder eine Konservatoren-als-Minderheitskabinett, ist vorläufig noch unbestimmt.

*

Von viel kürzerer Dauer als das vor über drei Jahren gescheiterte Experiment der englischen Arbeiterregierung ist das geplante Experiment der Arbeiterregierung in Norwegen gewesen. Noch heute, spätestens aber morgen wird es der Gesichtsangaben hören. Die bürgerlichen Parteien sind sich einig, einem Misstrauensantrag der bürgerlichen „Linke“-partei geschlossen ihre Stimme zu geben. Wenn sie schon unfähig sind, das Land aus der wirtschaftlichen und politischen Krise, in die es ihre Regierungswirtschaft gebracht hat, wieder herauszuführen, so sind sie doch fähig, die Arbeit einer sozialdemokratischen Arbeiterregierung zu sabotieren.

Aus als Minderheitsregierung konnte das Arbeiterkabinett Hornstuh seine Tätigkeit aufnehmen. Von 100 Mandaten belegte die Arbeiterpartei nur 59, während die Linke 31, die Partei der Großgrundbesitzer 28 und die Gruppe der Rechten ebenfalls 31 zählte. Vor der Arbeiterpartei mit der Kabinettbildung beauftragt wurde, haben die Bürgerlichen verlust, ohne ihre Unterstützung weiter zu regieren. Sie haben sich nicht einzigen können und erst dann wurde die Hilfe der Arbeiterpartei angetreten. Die mit einem großen Erfolg aus den letzten Wahlen hervorgegangene Arbeiterpartei erklärte sich bereit, bildete das Kabinett und ohne sich um die Wünsche und Forderungen der bürgerlichen Parteien zu kümmern, formulierte sie ihr Regierungsprogramm, das dem sozialdemokratischen Kabinett als Grundlage seiner Politik dienten sollte: Fall der Zuchthausgefänge, gerechte Steuerverteilung, Einschränkung des Militarismus bis zur völligen Abstellung, Erschichtung der Schuldenlast der Kleinstädte, Einführung des Getreidemonopols, Hilfe für die Fischer.

Dies ist ein Programm, bei dem die Arbeiterpartei von vornherein mit Schwierigkeiten der bürgerlichen Parteien rechnen

musste. Sie sind gelommen und über sie wird das Kabinett stürzen. Der Sozialdemokratische Presseblatt bemerkte dazu:

„Einen solchen Ausgang musste man eigentlich erwarten, nachdem die Arbeiterpartei, die nur über eine Minderheit im Storting verfügt, die Regierung angetreten hatte, ohne sich jemals mit irgendeiner der übrigen Parteien über ein Programm zu verständigen, auf dessen Grundlage ihr wenigstens für eine gewisse Zeit die Aufrechterhaltung der Macht möglich gewesen wäre. Sie war wohl der Ansicht, dass es ihr ähnlich wie seinerzeit dem Kabinett Macdonald in England gestaltet sein würde, doch der Klassengegensatz in ihrem Lande sich in dem politischen Verhalten der Bürgerlichen noch sehr viel schärfer ausprägt als es in Großbritannien der Fall ist.“

Das Klingt fast so, als hätte die sozialdemokratische Arbeiterregierung ihre Lebensdauer verlängern können, wenn sie vorher mit einer der bürgerlichen Parteien verhandelt hätte. Wohl möglich, aber diese „stille“ Koalition mit einer der bürgerlichen Parteien hätte bestimmt erlaubt werden müssen durch politische Kommissionen, die eine klare Politik für die proletarische Bevölkerung, die dieses Programm unmöglich gemacht hätten. Aber die Beleidigung der reaktionären Geschäftsgesellschaft, die Wahrnehmung der proletarischen Interessen gegen die Interessen der Großpatrizier und des Großkapitals war der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Norwegen wichtiger als eine Koalition, in der die Hände gebunden gewesen wären. Sie lehnte sie ab und muss nun erleben, dass ausgerechnet die „Linke“ der bürgerlichen Parteien als erste einen Misstrauensantrag formuliert, auf den sie die übrigen Reaktionäre einigen.

Noch ein anderes und wichtigeres lehrt die kurze Dauer der Arbeiterregierung. Allein die Nebennahme der Regierungsgeschäfte durch sie genügte, um das Groß- und Finanzkapital zu einer großzügigen Sabotage ihrer Arbeit zu veranlassen. Mag es Angst gewesen sein darum, dass wirklich durchgreifende steuerliche Maßnahmen zu erwarten sind, oder mag es der bewusste Vorsatz gewesen sein, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wie dem ganzen Volke zu zeigen, dass nicht das Parlament und seine auf Grund eines „demokratischen“ Wahlrechts gewählten Vertreter, sondern die Kapitalisten in Wahrheit die Macht in den Händen haben. Die Finanz- und Großkapitalisten begannen mit einer großzügigen Kapitalflucht. Eine patriotische Sabotageaktion, die durch die norwegischen Banken noch dadurch unterstützt wurde, dass sie durch eine Herausziehung des Diskonts das Kapital im Lande verteuerten. So zeigt denn das norwegische Experiment, dass die kapitalistische Klasse alle Demokratie nur so lange achtet, als sie ihren Interessen keinen Bruch tut und diese Demokratie sofort in alle Winde bläst, sobald sie die Arbeiterklasse an die Macht bringt und die führende Partei des Proletariats gewählt ist, diese Macht auch politisch und ökonomisch ausnutzen. Es zeigt weiter, dass in diesem Falle die „Linke“ der bürgerlichen Parteien als die Vertreterin des Großkapitals eine ebenso entschlossene Verächterin der Demokratie ist wie die Rechten, es zeigt, dass in einem Lande mit außerordentlich stark entwickelten Klassengegenden die kapitalistischen Schichten, die durch die verschiedenen bürgerlichen Parteien vertreten werden, in dem Augenblick einig sind, in dem sich das Proletariat anschickt, mit Hilfe der politischen Demokratie errungene Erfolge für seine Klasse auszunützen.

Wieder ein Jememord aufgedeckt

SPD Berlin, 8. Februar. (Radio.)

Eine Berliner Korrespondenz meldet, dass es nach fast acht Jahren gelungen ist, in der Nähe von Greifenhagen in Kammern einen neuen Jememord aufzudecken. In der genannten Stadt lief zu Beginn dieses Jahres eine Anzeige ein, nach der an einer bestimmten Stelle in der Umgebung von Greifenhagen die Leiche eines im Jahre 1920 ermordeten Reichsbundlers, und zwar eines gewissen Paul Schmidt, verscharrt liege. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Behauptungen, so dass gegen eine Reihe von Personen, die als Beihilfe und Anstifter zu diesem Mord verdächtigt sind, ein Haftbefehl erlassen werden konnte. Es handelt sich dabei durchweg um ehemalige Angehörige einer Reichsbahnformation, die im Jahre 1920 nach dem Kapp-Putsch auf Gütern bei Greifenhagen untergebracht waren. Der von der Staatsanwaltschaft Stettin erlassene Haftbefehl richtet sich gegen den Leutnant a. D. Edmund Heinrich, den früheren Feldwebel Hans Otto, den früheren Unteroffizier Johann Vogt und den Arbeiter Max Olschewsky.

Nach einer weiteren Korrespondenzmeldung ist am Montag in dem Sitz der nach nicht verhandelten Jememordprozeß, im Raum Schöler, die Verurteilung gegen Oberleutnant a. D. Nicolaus Reim und Feldwebel a. D. Voß abgeschlossen worden. Die Alten sind zur weiteren Verhölfassung und Anzeigung des Termins dem Landgericht III zugelassen worden. Es ist zu erwarten, dass der Prozess noch in diesem Frühjahr verhandelt wird. Wie der Korrespondent aus Schwerin weiter gemeldet wird, hat Oberleutnant a. Schöler, der im ersten Jememordprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit zum Tode verurteilt worden war, jetzt den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. a. Schöler war durch die mecklenburgische Regierung zur lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Das „Recht auf die Macht“

Gegen die Koalitionsgefinning

In der neuesten Nummer des Kampf, der sozialdemokratischen Monatsschrift in Österreich, behandelt Genosse Mag. Adler in einem Artikel die vom Geistigen Kader auf dem letzten österreichischen Parteitag geforderte Neuinstellung der Politik. Er untersucht vor allem eines der Hauptargumente der Befürworter einer Koalitionsregierung, nach dem das Proletariat ein „Recht auf die Macht im Staate“ habe. Da dieses „Argument“ auch in Deutschland in den kommenden Koalitionsdebatten wieder zu hören sein wird, sei nachstehend zu Nutzen und Lohn ein Auszug aus dem Artikel des Genossen Adler wiedergegeben.

Die Redaktion der Volkszeitung.

Das moderne Hauptargument für die Koalitionsgefinning und wichtige Klasse im modernen Staat geworden ist, dass es „ein Recht auf die Macht im Staate“ hat, dass ihm ein seiner sozialen Bedeutung entsprechender Anteil an der Regierung gehöhrt. Und es ist überaus bezeichnend für den Mangel an marxistischer Bildung in den heutigen Massen des Proletariats, sowie für den damit zusammenhängenden Mangel an revolutionärem Klassenbewusstsein, dass dieses Argument zu den wirkungsvollsten in der Agitation für die Koalitionsbereitschaft gehört. Indem es sich an das naive Rechtsbewusstsein der Massen wendet, übt es auf große Teile derselben eine geradezu bestechende Wirkung aus.

Diese Lehre von dem guten Rechte des Proletariats auf einen „Anteil am Staate“ Klingt dem Arbeiter überzeugend ins Ohr, weil es selbstverständlich und richtig ist, dass der Arbeiter dieses Recht für sich beansprucht. Aber es ist schon durchaus nicht ebenso selbstverständlich, dass auch die herrschenden und bestehenden Klassen, die ihm bis heute dieses „Recht“ vorenthalten haben und weiterhin vorenthalten, ebenso überzeugt sind, dass das Proletariat ein Recht auf Anteil an der Herrschaft habe. Schon hier sieht man, dass diese ganze Ideologie des Rechtes einen eigentlich staatlichen Staatsbegriff voraussetzt, nämlich den Staat als eine Gemeinschaftsform, die jedem das Seine zuteilt, was aber keinesfalls dem wirklichen, historischen Staate entspricht. In diesem hat jede Klasse nur so viel Anteil an der Herrschaft, als sie sich selbst durch ihre Macht und erforderlichen Gewalt verschaffen kann. Im wahren Sinne des Wortes geht hier Gewalt vor Recht, das heißt die Klassen-Gewalt schafft das Recht. Es ist daher kein Wunder, dass Renner und mit ihm die ganze neu-reformistische Richtung mit dem marxistischen Staatsbegriff, wonach der Staat die Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen ist, nichts mehr anzufangen weiß, und meint, dass man hier „unlerner“ müsse. An Stelle der „allgemeinen, irgendwo (!) zusammengelebten Marx- und Engelszitate“ müsse man „das Neue und Eigenartige erfassen“, nicht aber immer nur das Alte wiederholen, und das erst sei der „wahre“ Marxismus. Und was ist dieses Neue? Dass der Staat „kein Begriff“ ist, sondern etwas Reales, eine Gebietskörperlichkeit, gegliedert in Bund, Land und Gemeinden, so dass also die Landes- und Gemeindeverwaltungen auch „ein Stück des Staates“ sind. Wenn also das Proletariat in diesen Verwaltungen herrscht oder auch nur großen Einfluss hat, dann gehöre die Staatsgewalt nicht mehr den bestehenden Klassen allein, sondern sie ist geteilt zwischen den Klassen. Wien ist zum Beispiel ein solches Stück des Staates. Wird nun jemand behaupten, dass Renner aus, dass unsere Stadträte in Wien ein Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft sind?

Wenn das „das Neue und Eigenartige“ ist, was wir zu lernen haben, dann könnte man noch eigenartigere Fragen stellen. Renner sieht bei seiner Bezeichnung der Länder und Gemeinden als ein Stück des Staates ganz davon ab, dass es sich bei dem Saar von Marx, wonach die Regierung nur eine sozialistische Regierung handelt, das heißt um die Aufrechterhaltung nicht nur einer bestimmten Rechtsordnung, sondern des sozialen Lebens der bestehenden Klassen ist, nicht handelt. Dass der Staat „kein Begriff“ ist, sondern etwas Reales, eine Gebietskörperlichkeit, gegliedert in Bund, Land und Gemeinden, so dass also die Landes- und Gemeindeverwaltungen auch „ein Stück des Staates“ sind. Wenn also das Proletariat in diesen Verwaltungen herrscht oder auch nur großen Einfluss hat, dann gehöre die Staatsgewalt nicht mehr den bestehenden Klassen allein, sondern sie ist geteilt zwischen den Klassen. Wien ist zum Beispiel ein solches Stück des Staates. Wird nun jemand behaupten, dass Renner aus, dass unsere Stadträte in Wien ein Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft sind?

Eine sozialistische Gemeinde ist selbstverständlich kein Herrschaftsorgan der bestehenden Klassen, weil sie ja heute nur eine Kampforganisation gegen sie ist. Man

sollte daher lieber von einer proletarischen Gemeinde, als von einer sozialistischen Gemeinde sprechen, weil letztere Bezeichnung den vollendeten Zustand einer Gemeinde ohne Klassen- und Gegensäfte bedeute, während die sogenannte sozialistische Gemeinde ja eine Gemeinde innerhalb des kapitalistischen Staates ist und daher auch auf ihrem eigenen Gebiete fortwährend durch die Schranken und Lebensnotwendigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft gehemmt ist. Wenn wir schon die „neue“ Wahrheit Renners, daß die Gemeinde auch ein Stück Staat ist, gelten lassen sollen, so dürfen wir doch nicht die alte Wahrheit vergessen, daß selbst die unter sozialdemokratischer Herrschaft stehende Gemeinde noch ein Stück kapitalistischer Gesellschaft ist, solange eben der Staat bürgerlicher Staat ist. Aus dieser Verfolgtheit selbst einer proletarischen Gemeindeverwaltung mit den Aufgaben und Lebensnotwendigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, denen sie sich nicht entziehen kann, ergibt sich ja die oft tragische Widersprüchlichkeit im Klassenstaate. Auch die sozialistische Gemeinde muß in weitgehendem Maße die Ordnung des Klassenstaates und der kapitalistischen Wirtschaft gleichsam im übertragenen Wirkungskreise aufrechterhalten und fördern, solange das Proletariat noch nicht stark genug ist, seine eigenen Ziele zu verwirklichen. Und aus dieser Weise wird auch sie zu einem Bollzugsorgan der herrschenden ökonomischen Interessen, was sich widerspruchsvoll genug in den verschiedenen Zweigen der Kommunalpolitik (zum Beispiel Kreditpolitik, Anleihepolitik usw.) geltend macht, und wovon die Funktionäre einer großen Stadtverwaltung manches Liedchen zu singen wissen.

Das Neue, wodurch angeblich die Lehre vom Staatsbegriff bei Marx überholt sein soll, ist im Grunde nichts anderes, als die Tatsache des Vormarsches der Demokratie in den letzten Jahrzehnten infolge Eroberung des Wahlrechtes durch die Arbeiter. Aber dieses Neue, die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes, hat Marx nicht nur schon seit dem „Kommunistischen Manifest“ als die politische Hauptforderung des Klassenkampfes bezeichnet, sondern Engels, der ihn um zwölf Jahre überlebte, hat diesen Vormarsch der Demokratie, besonders in Deutschland, ausgedrückt in den Siegen der Sozialdemokratischen Partei bei den Reichstagswahlen, noch erlebt und so enthusiastisch begrüßt, daß er glaubte, es werde noch vor Ende des 19. Jahrhunderts das deutsche Proletariat auf diesem Wege die Macht im Staate erobern. Aber trotzdem haben sie beide in dieser Tatsache der wachsenden Beeinflussung des Staates durch die Wahlstimmen des Proletariats keinen Anlaß gefunden, ihre Staatsauffassung zu ändern. Und dazu ist tatsächlich auch kein Grund vorhanden. Denn dieser politische Vormarsch des Proletariats bedeutet eben nicht eine Teilung der Staatsgewalt zwischen bestehenden Klassen und Proletariat, so daß sie schließlich wie zwei Anteilshabende sich in der Firma Bourgeoisie u. Proletariat „A.-G.“ in Regie, Gewinn und Risiko teilen, sondern es bedeutet nur eine andere Auffassung im Klassenkampf, eine Einstellung der ersten Schlingengräbenlinie und den vorläufigen Stellungskampf in der zweiten.

Das Vertrauen zur RPD verloren

Austritt des Vorsitzenden des Berliner Sportkartells

Der Vorsitzende des Arbeitersportkartells Groß-Berlin, Robert Dohlschläger, der bisher der kommunistischen Partei angehörte, hat seinen Austritt aus dieser Partei erklärt, indem er an die Bezirksleitung der KPD am 2. Februar folgenden Abschiedsbrief sandte:

„Mit dem heutigen Tage gebe ich meine fast neunjährige Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei auf.“

„In mein Glarke an die Mützen der Partei schon im Jahre 1923 gewandt geworden, so ist er dann im Laufe der folgenden Jahre gänzlich geschwunden. Hingegen kommt noch die mir gänzlich unverständliche Einstellung der Partei zur Arbeitersportbewegung, der ich seit über 30 Jahren als Funktionär angehöre.“

Als ehrlicher Mensch halte ich es für meine Pflicht, Euch als Bezirksleitung meinen Austritt mitzuteilen, damit Ihr sofort einen anderen Bürgerdeputierten für das Stadtrat für Leibesübungen bestimmen könnet. Meine Mützen als Bürgerdeputierter der KPD Berlins ist damit zu Ende und ich lege das Amt in Eure Hände zurück.“

Ich hoffe, daß sich durch meinen Austritt aus der Partei unser junger persönlich freundliches Verhältnis nicht ändert, wie auch an meiner freundlichen Einstellung zum proletarischen Kuslandtisch trotz meines Austritts aus der Partei nichts ändert wird.“

Mit Arbeitersportlergruß Frei Heil! gegr.: Robert Dohlschläger.“

Dohlschläger hat bald darauf dem Bezirkvorstand der sozialdemokratischen Partei die Absicht kundgegeben, der Sozialdemokratie, der er vor seiner Kommunistenzeit schon 20 Jahre angehört, wieder beizutreten. Die Vorgänge, die sich in einer Reihe von Arbeitersportvereinen infolge der kommunistischen sogenannten Propaganda abspielen, haben zweifellos den Entschluß Dohlschlägers zur Tat reizen lassen.

SPD Berlin, 8. Februar, (Radio).

Der Reichstagsabgeordnete Otto Weber-Kathenow wurde, wie die Rote Fahne meldet, am 8. Februar aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er sich weitergeht, gemäß einem Beschuß der kommunistischen Parteizentrale sein Reichstagsmandat niederzulegen. Weber ist inzwischen zu der Maslowgruppe übergetreten, die sich „links Kommunisten“ nennt.

Die Volkspartheid vor dem Umfall?

Kompromißverhandlungen über das Reichsschulgesetz

SPD Berlin, 8. Februar, (Radio).

In den letzten Tagen haben über die strittigen Punkte des Reichsschulgesetzes unter den Regierungsparteien im Reich wieder hunderte lange Verhandlungen stattgefunden. In diesen Verhandlungen waren insbesondere die Kabinettmitglieder beteiligt. Die unten Besprechungen sollen, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, die Aussicht eröffnet haben, daß die Kompromißverhandlungen mit einer gewissen Gewähr auf Erfolg fortgeleitet werden können. Infolgedessen werden nach der gleichen Quelle „in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeiten für ein Zustandekommen des Gesetzes neuerdings sehr viel günstiger beurteilt, als in der letzten Woche.“

Das würde also bedeuten, daß die Volkspartheid wieder einmal vor dem Umfall steht.

RTB Meldungen aus Simferopol zuholde ist Ibraimow, der ehemalige Vorsitzende des Zentrallexikons des Krim, der wegen seiner unmoraligen Handlungen vor kurzem vom Juralegikomitee des Krim seines Amtes entbunden wurde, verhaftet worden. Es wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet.

Mieter vor die Front!

„Die Geisel der Agitation“

Berlin, den 7. Februar 1928.

So bezeichnete Herr Hergt, der Justizminister der Republik, den Kampf der Linksparteien gegen die Verschlechterung des Mieterschutzes, insbesondere die scharfe Gegenwehr, die von der Sozialdemokratie geführt worden ist. Herr Hergt war vereinzelt Meister in der Handhabung dieser „Geisel“. Dadurch sind den Deutschen Nationalen taulende Inflationsoptiker ins Garn gelassen. Durch die Aufwertungsgesetzgebung wurde ihnen nahezu alles genommen, trotz der hundertprozentigen Versprechungen in Tausenden von Versammlungen, in Millionen von Flugblättern, die stratoskopisch in das Land hinausgeschleudert wurden. Jetzt gilt es, den Entschlüssen von 1925 und all den Opfern der kapitalistischen Gesellschaft auch noch das Wohnrecht zu schmälen. Da tritt Herr Hergt auf die Tribüne des Reichstages hin und wütet gegen die „Geisel der Agitation“.

Das ist der Gipfel der Heuchelei, der Höhenviertel in der Vertretung der Hausbesitzerinteressen. Und der Bürgerblock stimmt freudig zu. Wenn es gilt, die Gewinner der Großen und Größten zu schlagen, dann sind die mühselsten Methoden der Agitation gerecht und wenn die Agrarier schlagen und schreien, dann hält das Herr Hergt für die selbstverständliche Sache der Welt. Sobald aber die Enterbten, die Opfer des Großkapitals, gegen neue Verschlechterungen ihres Lebensstandards ankämpfen, dann schwingen sie die „Geisel der Agitation“.

Der Entwurf für Verschlechterung des Mieterschutzes bewege sich durchaus auf dem goldenen Wege der Mitte, so erklärt der Justizminister des Bürgerblokkes mit der Miene des Biedermanns. Er bringe „Verbesserungen für beide Teile“, für die Mieter sowohl wie auch für die Hausbesitzer. Solche „Verbesserungen“ haben wir im Verlaufe der Jahre schon vielfach erlebt. Merkwürdig nur, daß durch diese „Verbesserungen“ die Position der Mieter fortlaufend verschlechtert worden ist. Doch darin besteht schließlich eine der Aufgaben für den Bürgerblock. Auch die Hausbesitzer sind ein Teil des Bürgertums und die Wahrung deren Interessen ist die Aufgabe, die von der Geschichte der Marzregierung zugewiesen worden ist.

Der Justizminister stellte fest, daß von der Seite des gesetzlichen Schutzes dem Mieter überhaupt nicht zu helfen sei. Um bestenfalls sofortige Beseitigung der Zwangswirtschaft, wie das die Wirtschafts-

partei bereits beantragt hat. Soweit freilich gebucht Herr Dr. Hergt vorläufig noch nicht zu gehen. Nur ein Mittel sei im Stande, den Mietern wirkliche Erleichterung zu schaffen: „Wir müssen bauen, bauen, bauen...“ Ein glänzendes Rezept. Herr Hergt hat dabei nur eine Kleinigkeit vergessen, nämlich anzugeben, wie das in entsprechendem Umfang bei der gegenwärtigen Finanzpolitik des Reiches und bei der Anleihegegenschaft des Herrn Schadt gemacht werden soll. Den Gemeinden wird jede Betätigungsfreiheit rücksichtslos unterbunden und der Justizminister des Bürgerblocks schreit: „Bauen, bauen, bauen...“

Der Ausschuss hat dem Gesetzentwurf, mit Ausnahme unwohllicher Änderungen, zugestimmt. Die Kündigungsbriebe werden nunmehr nicht dem Gerichtsschreiber, sondern dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle — nämlich des Amtsgerichts — zugestellt. Mit andren Worten, alles ist beim Amt geblieben, denn der „Urkundsbeamte“ ist identisch mit dem, was im Volksmund noch immer mit „Gerichtsschreiber“ bezeichnet wird. Die Blockparteien haben abgelehnt, den Amtsträger selbst mit der Einführung dieser Fragen zu beauftragen. Sie wünschen eine „Vereinfachung“ des Verfahrens, nämlich im Sinne des Hausbesitzertums.

Am frasten ist die Haltung der Zentrumspartei. Auf ihrer letzten Reichstagssitzung wurde einer Resolution zugestimmt, die von Beteuerungen der sozialen Bestrebungen im Zentrum geradezu strotzt. Bei dem Kampfe um die Verschlechterungen des Mieterschutzes stellten sich die Vertreter des Zentrums geschlossen und rücksichtslos hinter die Interessen der Hausbesitzervereine. Die „sozialen Gesetze“ waren dabei völlig in Vergessenheit geraten, trotz aller Bemühungen, die der Zentrumstreiter im Plenum Tremmel, machte. Die Schwatzen bleiben die gehorsamen Partner des Bürgerblocks, ungeachtet aller Resolutionen, mit denen ihnen Opfern die Augen getrieben werden sollen. Genoß Lipinski hat daher als Redner der Sozialdemokratie die Haltung des Zentrums sehr richtig charakterisiert, indem er das Lutherwort auf dem Wormser Reichstag treffend variierte: „Hier stehe ich, ich darf nicht anders.“

Seit Monaten währt der harde Kampf um die Verschlechterung des Wohnrechtes der arbeitenden Schichten. Von der Sozialdemokratie wurde alles getan, um die heftigsten Anschläge abzuwehren, doch der Bürgerblock wird standhalten. An den Ausschuss herangetragene Beseitigung der Zwangswirtschaft, wie das die Wirt-

Der Endkampf um den Mieterkrieg

Die 2. Sitzung im Plenum des Reichstags

Berlin, 7. Februar 1928.

Vorstand Löhe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den plötzlich verstorbenen demokratischen Abgeordneten Dr. Röhl. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzesentwürfe über Aenderung des Mieterschutzgesetzes und des Reichs-

Abg. Lipinski (Soz.)

Die Vorlage ist vom Reichsrat, von den ausübenden Richtern und allen Organeidosten abgelehnt worden. Wir haben im Ausschuss eine Begründung und Unterlagen für die Beurteilung der bisherigen Vorderung der Zwangswirtschaft verlangt; es ist bestechend für den Bürgerblock, daß er die Verklage bis zur Vorlegung dieses Materials ablehnt. (Hört, hört! bei den Soz.) Selbst der Reichsrat hat eine Begründung seines ablehnenden Standpunktes im Ausschuss abgelehnt. Trotzdem haben wir uns an den Verhandlungen weiter beteiligt, weil wenigstens die Abstimmung ausgestellt wurde.

Das Mieterschutzgesetz ist Handelsobjekt für das Reichsschulgesetz gewesen. (Hört, hört! bei den Soz., Widerpruch beim Zentrum.) Sonst wäre es unmöglich gewesen, sachliche Beratungen in dieser Weise zu unterbinden. (Sehr wahrs! bei den Soz.) Was die Prälaten untereinander verabreden, erfährt die Öffentlichkeit natürlich nicht.

Das Zentrum paroliert das Wort Luther in Worms: „Hier steht ich, ich darf nicht anders!“ (Lachen im Zentrum.)

Besonders geschildert in dem neuen Entwurf ist die Neuerung, daß der Mieter einer Kündigung widersprechen muß, wenn er nicht ohne weiteres ermittelt werden will. Bissher ist der Mieter gewöhnt, nach der Kündigung ruhig abzuwarten, bis der Verkäufer läuft.

Die Kündigung soll sogar zu einem offiziellen Verfahren werden, sie soll vom Gerichtsschreiber zugestellt werden. Der Soz kann diese Bestimmungen überhaupt nicht übersehen. Der Gerichtsschreiber soll das Kündigungsvorlesungen prüfen, weil man den Amtsrichter davon entlasten will. Ist es denn nicht dasselbe, ob man den Gerichtsschreiber oder den Richter belöst?

Sogar eine beherrschende Zustellung soll zulässig sein, d. h. der auswärts arbeitende Mieter erhält gar nichts von der Kündigung. (Hört, hört! zu den Soz.)

Und versäumt der Mieter, der ja kein Jurist ist, aus begleitlichen Gründen den Widerpruch, so muß er alle unlinigen und falschen Behauptungen des Kündigungsschreibens des Vermieters über sich ergehen lassen, er verliert sein Objekt. Diese Mieterentziehung wird zum Brüllstein für den Bürgerblock werden. Wir verlangen, das zumindest das Schlußverfahren dem Kündigungsvorlesungen vorausgeht, damit die beiderseitigen Behauptungen geflättet werden. Die ganze Neuerung ist eine Verlängerung des Verfahrens, eine Spekulation auf die Unwissenheit und Ungeschicklichkeit des Vermieters, mit deren Hilfe man die Zahl der Verfahren zu verminderen hofft. Unsere Aufgabe ist es, in dieser schrecklichen Zeit der Wohnungsnottat den Familien das Heim zu erhalten. Diese Novelle will es ihnen rauben.

In Königsberg sind achtzehn Familien gezwungen, in einer Turnhalle zu wohnen. Abends um 8 Uhr müssen Männer die Familien verlassen und im Polizeigefängnis nächtigen. (Sturmisches Hört, hört! bei den Soz.)

Das Zentrum entschuldigt sich damit, daß ja die soziale Fürsorge eingreifen müsse. Man bürdet den Gemeinden immer mehr und Schotz legt trotzdem über „Verschwundene“ bei den Gemeinden. Wir haben ein soziales Wohnrecht beantragt, aber der Ausschuss hat es abgelehnt, obwohl die Regierung das bestehende Recht als veraltet bezeichnet. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Kircherverordnung hat unglaubliches Gelände über zahllose Gewerbetreibende gebracht. (Zurück: Daran sind Sie sehr schuld!) Nein, es war eine reine Restaurierordnung Kirchlers, die sozialdemokratische Minister Preußens hatten nichts damit zu tun. Die Novelle bringt keine Verbesserung, keine Verkürzung des Verfahrens, keine Verbilligung, sondern nur eine Gefährdung der rechtsunkundigen Mieter. Wer ist das Scheusal in die Wolfschlucht? (Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Hergt

bezeichnete die Ausführungen des Vorreiters als einen Ausdruck der Kampfstellung: die Wohnungswirtschaft — die Wirtschaftsfreiheit und Eigentum! Dieser große programatische Kampf

sei jetzt durch eine schrankenlose Agitation neu entfesselt worden, obwohl der vorliegende kleine Gesetzentwurf gar keinen Anlaß zur Auflösung des großen gründäglichen Streites bietet. (Lauter Zurufe links: „Sie haben ihn ja mit Ihrem Entwurf entfesselt!“) Ich befenne mich grundätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft ein Nebel ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach vor einen oder der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzentwurf hält genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten.

Die Förderung der Wohnungswirtschaft überlassen wir bewußt den Vändern, wir wollen hier keine Zentralisation von Reichs wegen. Nichts ist an dem bestehenden materiellen Recht geändert; wir haben lediglich formelle Erleichterungen eingeführt, die beiden Teilen, Mieter und Vermieter, zugute kommen.

Den Ausbau der Fürsorge für die geflüchteten Mieter betrachten wir als eine der vornehmsten Aufgaben der Regierungen des Reichs und der Länder.

Abg. Dombs, Dresden (Dem.) ist mit dem Minister der Rechnung, daß die Wirkung des vorliegenden Entwurfs weit überschritten wird und daß die große Beunruhigung in den Kreisen der Mieter und Vermieter unbegründet sei. Angesichts der noch immer bestehenden Wohnungsnot sei eine völlige Aufhebung der Wohnungswirtschaft im gegenwärtigen Moment unmöglich.

Abg. Tremmel (Ztr.) betont, der Gesetzentwurf berühre gar nicht die Frage der Wohnungswirtschaft, er verkürze auch nicht die bisherigen Rechte der Mieter. Bedauerlich sei die Tatsache, daß sich die Organisationen der Mieter und Vermieter nicht auf Vorschläge für die Verbesserung des Verfahrens einzigen könnten. Noch bedauerlicher sei die Ausnutzung dieses Gesetzes durch gewisse Parteien. Die vorliegenden Entwürfe seien keine Förderung der Wohnungswirtschaft, sondern nur eine Verbesserung und Vereinfachung des Verfahrens im Rahmen des bestehenden Rechts. Die immer noch anhaltende Wohnungsnott könnte nur behoben werden durch die Belebung der Bautätigkeit durch insländische und ausländische Kapital.

Abg. Wüll (Dem.) bekämpft die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuss. Es sei unverständlich, wie die Regierung trotz des einmütigen Widerstandes der Mieter- und Vermieterkreise und des Reichsrats die Gesetzentwürfe dem Reichstag vorlegen konnte. Die Kircherverordnung zur Abschaltung der gewerblichen Räume vom Mieterkrieg habe nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses gewißnissweise Wirkungen für welche Kreise des Gewerbes gehabt. Den Nutzen hätten zum größten Teil ausländische Kapitalisten gehabt. Die Angleichung der bestehenden Mieten an die Neuauflagen werde nicht durchführbar sein. Kein Mensch habe bisher nachweisen können, wie die freie Wirtschaft Wohnungen schaffen wolle, die in der Höhe der Mieten nicht übermäßig über die bestehenden Mieten hinausgehen.

Abg. Seiffert (Wüll.) fragt, warum die Regierung nicht die Vorlagen einfach zurückgezogen habe, nachdem die Wohnungsnott ein erschreckendes Bild von der bestehenden Wohnungsnott ergeben hatte.

Um 18% Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 14 Uhr verlegt.

Krach um Luther

SPD Berlin, 7. Februar, (Radio.)

Die Tägliche Rundschau meldet: Der Kreisverband der Deutschen Volkspartei Essen, der bei der letzten Reichstagswahl ein Viertel aller für die Deutsche Volkspartei abgegebenen Stimmen aufgebracht hatte und jetzt für die Kandidatur Dr. Luthers eingetreten ist, hat die Wahlkreisauswahlkommission des Kreises Düsseldorf-Ost am letzten Sonnabend verlassen, nachdem sein Antrag, die Kandidatenfrage von der Tagesordnung abzulegen, abgelehnt wurde. Die Kandidaten sind also ohne Mitwirkung des Kreisverbandes beraten worden.

Mit anderen Worten: Krach um Luther. Aus seiner Kandidatur ist tatsächlich nichts geworden. Wie die DAZ mittelt, besteht die Wunschi. Dr. Luther auf die Reichsliste der Deutschen Volkspartei zu übernehmen.

Der Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Schmidt, hat die ihm von der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Düsseldorf-Ost übertragenen Reichstagskandidatur an einer Stelle der volksparteilichen Liste dieses Wahlkreises endgültig angenommen.

Die Plädoyers im Barmatprozeß

Im Barmatprozeß beschäftigte sich in Weiterführung seines Plädoyers Oberstaatsanwalt Raasch mit den von Barmat der Preußischen Staatsbank für die Kredite gegebenen Deduktionen. In vielen Fällen, so führte er aus, habe der Wert der Deutungspapiere nur ein Zehntel der Kreditsumme betragen. Im Jänner hatten die Kredite ihren Höhepunkt mit 10,5 Millionen Mark erreicht, denen an Deduktionen im Eurowert nur 1,5 Millionen gegenüberstanden hatten. Am 22. Oktober habe sich der Kredit auf 9,1 Millionen belausen. Die Deduktionen hätten sich auf 689 000 Mark gestellt, also auf etwa ein Dreizehntel, abgesehen von den nach Ansicht des Oberstaatsanwalts nicht als Erfolg in Frage kommenden unnotierten Werten. Im Dezember hätten sich die Schulden der "Ametigma" bei der Staatsbank auf 9,5 Millionen gestellt, denen Deduktionen von 489 000 Mark gegenüberstanden, also ein Neunzehntel bis ein Zwanzigstel. Der Oberstaatsanwalt kam zu der Feststellung, daß die meisten der notierten Werte, die Barmat herausgegeben habe, nicht sein Eigentum gewesen seien, sondern Werte, die ihm als Deduktion für die Gelder gegeben worden seien, die er verlor.

Bei der Behandlung des Küstentransport- und Bergungs-U.-G. betonte der Oberstaatsanwalt, die Behauptung Barmats, er habe von den Schulden der Küstentransport-U.-G. nichts gewußt, entspräche nicht den Tatsachen. Im übrigen sei die Küstentransport-U.-G. ein Unternehmen gewesen, das, nachdem es in Barmats Hände kam, nicht einen Pfennig abgeworfen hätte.

Nach einer Mittagspause behandelte Oberstaatsanwalt Raasch die von Barmat der Staatsbank als Deduktion gegebenen Blankowefälle. Zusammenfassend sei festzustellen, daß den Krediten in Millionenhöhe Deduktionen in einer Höhe, die diesen Krediten auch nicht im entferntesten entsprochen haben, gegenüberstanden. Der Oberstaatsanwalt geht dann auf die persönliche Seite der Geschäftsbündigung zwischen Barmat und der Preußischen Staatsbank ein. Hellwig, so erklärt er, habe bei den Geschäften mit Barmat seine Pflichten als Staatsfinanzrat nicht erfüllt. Hellwig habe mit Barmat in persönlichen Beziehungen gestanden. Im Verlaufe dieser Beziehungen sei der Widerstand Hellwigs gegen das Verlangen Barmats gebrochen. Der Oberstaatsanwalt verliest Briefe Hellwigs, aus denen die Anklagebehörde entnommen habe, daß es Barmat durch die in den Briefen erwähnten "kleinen Liebenswürdigkeiten" gelungen sei, Hellwig gesügig zu machen. Andere Kunden der Staatsbank gegenüber hätten die Herren Rühe und Hellwig wohl nicht solche Langmut bewiesen. Hier siegt nicht nur Betrug vor, sondern noch etwas mehr. Über diese Frage wird sich Oberstaatsanwalt Raasch in der Donnerstagssitzung äußern.

Um Gehlers Erbe

Gröner verhandelt über die Phoebus-Affäre

SPD Der Reichswehrminister führte am Dienstagabend im Reichstag mit den Führern der einzelnen Parteien Besprechungen über die bevorstehende Beratung des Reichswehrrats. Dabei spielt insbesondere auch die Frage eine Rolle, ob und wie im Verlauf der Debatte die Phoebus-Angelegenheit behandelt werden soll. Der Regierungsparteien wäre es natürlich am liebsten, wenn diese Frage überhaupt nicht gestreift würde. Da es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine staatsrechtliche Frage von grundärlicher Bedeutung handelt, wird die Sozialdemokratie den Phoebus-Standpunkt im Plenum des Reichstages selbstverständlich ebenfalls anschneiden.

Die Angst vor der Abrechnung

Hindenburg soll wieder einmal helfen

Der offizielle Pressedienst der Zentrumspartei beschäftigt sich in der letzten Nummer mit dem jetzt viel erörterten Thema Reichstagswahlen. Unter der Überschrift: "Frühjahrswahl" schreibt er:

Scheitert das Reichsschulgesetz, dann werden Deutsche Volkspartei und Zentrum gegen einen Wahltermin im Frühjahr nichts einzubringen haben. Einer möglichst langen Hinzögerung der Wahlen reden indessen die Deutschnationalen das Wort. In ihren Kreisen wird bestont, daß keine Notwendigkeit für die Vornahme der kommenden Reichstagswahlen vor November-Dezember d. J. bestehe. Ferner wird aus diesen Kreisen heraus, namentlich unter Zuhilfenahme der Presse, auf den Reichspräsidenten eingeschworen, erneut versucht, in dem Sinne, daß er die Zustimmung zu Frühjahrswahlen versage, jedenfalls seine Zustimmung nur gebe, wenn sämtliche großen Parteien mit diesem Wahltermin sich einverstanden erklären. Darauf ist aber, nach Lage der Dinge nicht zu denken. Es wird in diesem politischen Lager sogar die Auffassung vertreten, daß selbs bei einer alten Krise der gegenwärtigen Koalition noch nicht unbedingt Neuwahlen erfolgen müßten, sondern daß man zwischengeschaltet, wenn kein Ministerium auf einer Koalitionsgrundlage zustande käme, mit einem Geschäftsministerium es versuchen müsse. Dieser Plan wird aber im Lager der Parteien sonst fast allgemein abgelehnt, so daß, wenn es also aus irgendeinem Anlaß bei den Staatsberatungen oder unmittelbar danach zu einem Konflikt käme, unbedingt mit der Vornahme neuer Wahlen gerechnet werden müßte.

Die Bestimmung des Wahltermins ist nicht allgemein abhängig von innerpolitischen, sondern fast mehr noch von außenpolitischen Gründen, und hier ist es insbesondere der Außenminister, der allerdings ein Interesse an der möglichen frühen Bernahme der Wahlen in Deutschland hat. Er kultiviert dahin, daß von dem Ausgang der Wahlen und von der Gestaltung der neuen koalitions-politischen Verhältnisse wichtige Rückwirkungen auf die ja im Juni schon in Genf beginnenden Räumungsverhandlungen sich ergeben müßten. Wie die Dinge aber liegen, wird in den nächsten Wochen doch eine Klärung der Frage des Wahltermins unvermeidlich sein."

Diese Ausführungen der Zentrumskorrespondenz zeigen, daß man auch in den Kreisen der Regierungsparteien die gegenwärtigen Zustände im Regierungsbalk nicht mehr lange für tragbar ansieht und auch dort eine Klärung der Situation für notwendig hält. Sie beweisen aber auch erneut die Angst, die die größte Koalitionspartei, die Deutschnationale, vor den Neuwahlen hat. Sie sieht jedoch ihre ganze Hoffnung auf Hindenburg, den sie bearbeitet, damit er sich einer Reichstagsauflösung entgegenstellt.

Mertens kommt nicht wieder nach Deutschland

Der Schriftsteller Karl Mertens aus Genf, der unter Justizierung freien Geleits vom Oberrechtsanwalt nach Leipzig gefangen worden war und dann doch von einer Bande organisierter Nationalisten überfallen und schwer mishandelt werden konnte, hatte dem Berliner Untersuchungsrichter des Oberrechtsanwalts zugestellt, daß er mit ihm im Laufe der nächsten Wochen eine zweite Vernehmung in eigener Sache auf deutschem Boden und zwar in Singen in Baden haben wolle, zu der er ebenfalls unter Justizierung freien Geleits erscheinen sollte. Nach seinen Leipziger Erfahrungen nimmt Mertens jetzt aber den Standpunkt ein, daß eine Justizierung der deutschen Behörden für ihn keine Sicherheit darstellt. Entweder seien sie unwillig, ihn zu schützen, oder sie hätten eben einfach nicht die Macht dazu. Aus diesem Grunde halte er sich an seine Zusagen nicht mehr gebunden.

Ein Tag Weltpolitit

Belgiens Hauptforsorge: Sicherheit!

SPD Paris, 8. Februar (Radio).

Im Matin veröffentlichte heute Sauerwein ein Interview mit dem belgischen Außenminister Hymans. Die Sicherheit, so betont Hymans, sei Belgien die Hauptforsorge. Die Locarnoverträge gäben ihm sichere Garantien, die aus dem Völkerbundspakt und aus dem Defensivbündnis mit Frankreich stammen. Trotzdem müsse Belgien für seine militärische Verteidigung sorgen. Als wichtigste Sicherheitsgarantie sehe er den Abschluß regionaler Verträge nach dem Muster von Locarno an. Nur so könne die empfindliche Zone in Europa umgesetzt gemacht werden. Zum Schluß betonte Hymans, daß die belgische Industrie an dem Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Frankreich ein außerordentlich großes Interesse habe, zumal sie durch die letzten französischen Tarif erhöhungen in ihrem Export sehr empfindlich geschädigt worden sei. Wie die Tournée Industrielle mitteilte, sind die französisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen gestern weit gefördert worden, das für heute ihr Abschluß bevorsteht.

WTB Neu-Delhi, 7. Februar.
Die indischen Parteiführer erklärten, die Einwendungen, die von ihnen gegen die englische Kommission zum Studium der Verfassungsfragen erhoben worden seien, beruhten auf Prinzipien, die auch von dem neuen, von Simons, dem Leiter der Kommission, gemachten Kompromißvorschlag nicht berücksichtigt würden. Sie seien genötigt, bei ihrem späteren Entschluß, keinerlei Beziehungen zu der Kommission zu unterhalten, zu beharren.

Die Vereinigten Staaten obenauf! Ein neuer Erfolg der USA auf der Havanna-Konferenz

WTB New York, 8. Februar.

Nach einer Meldung aus Havanna wurde bei den Verhandlungen über die Handelspolitischaffert ein von den Delegierten der USA eingebaute Antrag angenommen, der die Einziehung des Panama-Kanals in die Handelsfahrtzone verbietet. Argentinien, das beantragte, die Frage auf einer neuen Konferenz zu verhandeln, wurde überstimmt.

WTB New York, 7. Februar.

Auf der Havanna-Konferenz wurde von dem Vertreter Mexikos die Einberufung einer Panamerika-Konferenz für 1929 verlangt. Auf dieser Tagung soll über die Aufhebung der Zollschranken in ganz Amerika beraten werden. Der argentinische Delegierte Hughes hatte mit dem argentinischen Bevollmächtigten Buey Redondo einen Schreiben zusammen, das dieser in den Sitzungen der panamerikanischen Union die Verringerung der interamerikanischen Zollschranken aufgenommen wissen wollte. Hughes erklärte, daß die USA diesem Vorschlag niemals zustimmen noch einen derartigen Vertrag unterschreiben könne.

Polen und Litauen

Russisch-polnische Verhandlungen in Warschau?

WTB Warschau, 7. Februar.

Die offizielle Epoka dementiert die in der ausländischen Presse verbreiteten, aus Kowno stammenden Meldungen, wonach die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen am 25. Februar in Kopenhagen beginnen sollen. Von polnischer Seite liege noch keine Zusage beiderseitig den Ort und die Zeit der Verhandlungen vor. Diese beiden Fragen würden zwar in einer neuen polnischen Note behandelt, diese soll aber erst im Laufe der Woche abgelaufen werden. Ihr Inhalt ist bisher unbekannt.

Die zwischen Warschau und Moskau entstandenen Unstimmigkeiten über den Beginn der ein Handelsprotokoll umfassenden Verhandlungen sollen nunmehr dadurch eine Kompromißlösung finden, daß diese Verhandlungen zunächst in Warschau aufgenommen werden. Der Glos Brzozowski deutet an, daß Moskau wegen des dort herrschenden Einflusses der Kommunistischen Internationalen als Verhandlungsort ungeeignet wäre. In den Warschauer politischen Kreisen meint man aber, daß der eigentliche Grund der Verlegung der Verhandlungen von Moskau nach Warschau ein anderer ist: der Außenminister Jozef Pilsudski möchte den polnischen Gesandten in Moskau, Walewski, möglichst ausspielen, der die Verhandlungen in einer Weise abbeeinflussen versucht hat, die zu Differenzen mit den beiden Unterhändlern Holowko und Solowski und dann zu deren demonstrativer Abreise aus Moskau führt.

Wählen in Griechenland?

WTB Berlin, 8. Februar (Radio).

Aus Athen wird gemeldet, daß voraussichtlich mit einer Auflösung der Kammer und Ausschreibungen von Neuwahlen zu rechnen ist.

Die Regierungskrise beendet

WTB London, 8. Februar.

Das neue griechische Kabinett wird nach Abschluß der Verhandlungen über die Verteilung der Menter und der verschiedenen Ämtern heute den Eid auf die Verfassung leisten. Die neue Regierung rechnet mit einer Mehrheit von 22 Stimmen in der Kammer, die sie in die Lage versetzen soll, solange im Amt zu bleiben, bis das Gesetz über die Errichtung der neuen Notenbank und das gesamte Stabilisierungswerk durchgeführt ist.

Englischer Kompromißvorschlag für Indien

Abgelehnt

SPD London, 7. Februar.

Der Vorsitzende der englischen Verfassungskommission für Indien hat einen offenen Brief an den indischen Vizekönig gerichtet, der nach einer Melbung des indischen Presseamtes einer Erfüllung der indischen Forderungen hinsichtlich der Kommission gleichkommt und geeignet sein dürfte, die Stellung der indischen Bevölkerung zu den Arbeiten der Kommission grundsätzlich zu verändern. Sir John Simon regt an, 7 indische Mitglieder zu bestimmen, die mit gleichen Rechten und Pflichten zur Mitarbeit herangezogen werden sollen.

Ramsay Macdonald hat inzwischen eine Botschaft an die Bevölkerung Indiens gerichtet, in der er die Hoffnung ausspricht, daß es Indien jetzt durch die Einladung von 7 Mitgliedern ermöglicht werde, an der Kommission mitzuverarbeiten.

Gewalttat der North-Gendarmen

Wien, 7. Februar.

In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses lehnte Abgeordneter Dr. Otto Bauer die Aufmerksamkeit des Ausschusses darauf, daß nach Mitteilung der burgenländischen Gendarmerie die Souveränität der Republik neu erlich durch amtliche ungarische Organe groß verletzt worden sei. Es ist bekanntgeworden, daß am 24. Januar zwei ungarische Gendarmen bei Niedrig österreichischen Boden betraten, einen Bergarbeiter, der ungarischer Staatsbürger, aber in Österreich wohnhaft und hier in Arbeit ist, aus dem Bergwerk rissen ließen, ihn in Ketten legten und sofort über die nahe Grenze auf ungarischen Boden brachten. Dr. Otto Bauer fragt, ob die Regierung bereit sei, von der ungarischen Regierung Gegenjugung und die Auslieferung des Bergarbeiters zu verlangen, sowie die Wahrregelung des ungarischen Gendarmanen, die auf österreichischem Boden das Verbrechen eines Menschenraubes begingen.

Der Bundeskanzler bestätigte den Vorfall. Dieser Bergmann wohne allerdings nicht in Österreich, sondern auf ungarischem Gebiet, und gehöre eben Tag nach Österreich in das Bergwerk zur Arbeit. Trotzdem hande es sich um einen Übergriff. Der ungarische Gendarmeriekommandant habe sich deshalb auch bereits entschuldigt und mitgeteilt, daß die schuldtragenden Gendarmen ihres Dienstes entbunden worden seien. Der Arbeiter habe im übrigen unter dem Verdacht des Schmuggels gestanden und sei mit 5 Tagen Arrest bestraft worden. Trotzdem wurde die österreichische Regierung bei der ungarischen Regierung Vorstellungen erheben.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer nahm diese Mitteilungen zur Kenntnis und erklärte, man dürfe diesen Fall nicht leicht nehmen, obwohl dem betroffenen Arbeiter diesmal nichts Schlimmes geschehen sei. Bauer verwies dann noch darauf, daß seit 1926 von Italien nach Ungarn über Österreich Munition geschickt werde, die früher immer als Kunstdünger deklariert war.

Leitigt sein, daß Marshall Gomez Costa, der Führer der Aufstandsbewegung vom Mai 1926, von der Regierung des Landes vertrieben wurde. Wie Havas berichtet, ist er gestern nach Rom abgereist.

Arbeitslose sollen hungern!

Im dänischen Folgeking wurde am Dienstag der sozialdemokratische Vorschlag auf Gewährung einer vorläufigen Arbeitslosenunterstützung für die ausgesteuerten Erwerbslosen, deren Zahl von den Gewerkschaften mit etwa 50 000 angegeben wird, mit 74 gegen 89 Stimmen abgelehnt. Die ausgesteuerten Erwerbslosen sind nunmehr lediglich auf Unterstützung von Hilfsfassen und den Armen geldern der Kommunen angewiesen.

Jagows Klage gegen Preußen

Der frühere Regierungs- und Polizeipresident Traugott von Jagow, Berlin, klagt gegen den preußischen Staat auf. Werte gelobt in der Zeit von 1922 bis 1925. Von Jagow, der am Kapp-Putsch hervorragend beteiligt war, war von der preußischen Regierung zur Disposition gestellt worden. Seine Klage wurde vom Kammergericht Berlin abgewiesen, denn nach § 7 des preußischen Disziplinarugesetzes kann der Beamte ohne Wartergeld und Pension entlassen werden, der eine Freiheitsstrafe von länger als einem Jahr verbüßt hat. Von Jagow hat bekanntlich drei Jahre Haftungshaft hinter sich. 1925 wurde er begnadigt. Da ihm das Armentrecht gewährt wurde, legte er gegen das Urteil der Vorinstanz Revision ein. Am Dienstag beschloßte sich der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts mit diesem Rechtsstreit. Nach langerer Beratung wurde die Urteilsverfügung bis zum 28. Februar ausgelegt.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Hesse in Leipzig

Berantwortlich für den Intendanten:

Hugo Sennfeld in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Keine Reaktionen haben oft große Wirkungen. Das kleinen Schätzungen — bekannten Verhältnissen — kann die alte Praxis erneut einsetzen. Schäumen Sie durch Wärme! Sie „Gummiballons“ sind nicht mehr brauchbar. Schäumen Sie „Gummiballons“ und andere Modelle. Wenn hell. Reaktionen Sie „Gummiballons“ und „Gummiballons“ tun Sie.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Präsidentenwahl in Portugal

WTB Paris, 7. Februar.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Lissabon sollen am 4. März die Präsidentenwahlen stattfinden. Man sehe das als ersten Schritt zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse an. Präsidentenwahlstand ist der bisherige Präsident, General Carmona. Er werde voraussichtlich, da jede ernstliche Opposition fehle, gewählt werden. Die Opposition gegen die Kandidatur des jetzigen Präsidenten soll, wie einige Morgenblätter berichten, dadurch be-

Familien-Nachrichten

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Herr **Paul Scholz**
am Montagabend sanft entschlafen ist.
Leipzig O 30, Ludwigstraße 11.
In stiller Trauer
Emma Scholz geb. Puhst und Kinder.
Die Beerdigung findet Freitag, 10. Februar, mittags 1 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Onkel, der Rentner **Eduard Oskar Jäcklin**

im Alter von 75 Jahren sanft verschieden ist.
Leipzig W 32, Klarastrasse 21, IV.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung am Freitag, dem 10. Februar 1928, nachm. 2 Uhr, auf dem Friedhof zu Kleinzschocher

Allen guten Menschen, die meinem Mann, unserem geliebten Vater, den Kermacher **Hermann Weniger**
auf seinem letzten irdlichen Wege das Geleit gaben, eine Beileidung zu ergreifend verübteten, allen, die für ihn und mit uns fühlten, sagen wir aus tiefstem Herzen Dank! Einzelne zu danken, wie wir erst wollten, ist unmöglich, die Beweise der Achtung, der Liebe und Verbrüderung für unsere geliebten Toten sind zu groß
Im stellvertretenden Schmerz
Kleinzschocher, den 6. Februar 1928
Marie Weniger nebst Hinterbliebenen.

Dank
lieben Sohnes

Horst Lange

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Aufrichtigsten Dank auch Herrn Theo Mayer für seine trostlichen Worte, sowie seinen Lehrern und Mitschülern der Knabenberufsschule, Abteilung Bauvorschule, vorher seinem Lehrherrn, Herrn Baumelster Friedr. Emil Stoye, dessen Personal und der ganzen Belegschaft, den Hausbewohnern und meinen Berufskollegen.

Leipzig-Mockau, Kieler Straße 19, II., den 8. Februar 1928.

Paul Lange und Frau.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag verschieden völlig unerwartet unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Postschaffner **Otto Hofmann**

im blühenden Alter von 39 Jahren nach kurzer Krankenlieger.
Leipzig, am 7. Februar 1928.
In tielem Schmerze
Familie Hofmann
nebst allen Hinterbliebenen.

Wo kaufen Sie
Ihre Möbel?
Wurden Sie
gut bedient?
Wenn nicht: Wenden Sie
sich vertraulich an
Möbelhaus
Hermann Fontius
Leipzig-Gohlis
Hallische Straße Nr. 106
Reiche Auswahl, niedrige Preise
Langjährige Garantie.



Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Gau Leipzig Tel. 19844
Geschäftsstelle:
Leipzig, Gellerstraße 7/9.

Aufklärungsvortrag am Donnerstag, dem 9. Februar, 20 Uhr, in den Reichshallen Leipzig-Wolfsdorf. Mußkappelle steht 19 Uhr im Vortragslokal. Saalöffnung 19.30 Uhr. Starke Beteiligung wird erwartet.

Werbeaktion Geithain. Die von den Ortsvereinen zum Werbeformando bestimmten Kameraden stellen pünktlich am Sonntag, dem 12. Februar, 9 Uhr, in Geithain „Stadt Altenburg“.

Gruppe Pegau. Für die Ortsvereine Pegau, Großwilsau und Rötha. Gruppenversammlung am 15. Februar, 20 Uhr, in Großwilsau „Altes Gewerbehaus“. Vortrag Kamerad Stephan, Leipzig. Es wird erwartet, daß alle Kameraden anwesend sind.

Ortsverein Holzhausen-Zuckelhausen. Donnerstag, den 9. Februar, 20 Uhr Kurtus Schulze.



Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 34021

Freigewerkschaftliches Jugendkartei. Februar-Sitzung
Sitzung 8. März. Ortsausschuß Leipzig des ADGB.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Leipzig.
Dienstag: Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Straße 32, III., Januar 94, Fernruf 36326.
Dienstag, den 14. Februar 1928, 17 Uhr, im Volkshaus: Funktionärvorsammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Sitzungseröffnung des Landesfachkammes. 3. Stellungnahme zum Abschluß des Landesfachkammes. Anträge und Wahlvorschläge sind bis Montag, den 13. Februar 1928, im Zahlstellenbüro einzureichen.

Die Generalversammlung findet Sonntag, den 18. Februar 1928, 9 Uhr, statt.

Das Bezirksvergnügen in Taucha findet Sonnabend, den 18. Februar 1928, im Schützenhaus statt. Die Kameraden sind herzlich eingeladen.



Haupt-Versammlung

Sonntag, 12. Febr., 10 Uhr, Volkshaus
Tagesordnung: 1. Berichte über die Arbeit der Kinderfreunde / 2. Kassenbericht / 3. Statutenänderung / 4. Wahlen. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Zutritt nur gegen Mitgliedskarte. Der Vorstand.

Mieter-Verein Markranstädt

Morgen Donnerstag, den 9. Februar, 20 Uhr, findet im Volkshaus unter die diesjährige

Hauptversammlung

statt. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Großspielhaus

Spieltag: Mittwoch, 14. Februar 1928
Mittwoch, den 8. Februar 1928, 10 Uhr

Geschäftsführer Alfred Roberts mit Berliner Ensemble

Leitung: Dr. Alfred Fischer

Die Säfe Ein Bürgerliches Lustspiel in vier Akten von Karl Sternstein. Regie: Alfred Fischer
Personen: Theobald Wölfe, ein Beamter (Karl Ritter); Röhr (Röder); Luise Wölfe (Anna Baumbach); Gustav (Gustav Stein); Benjamin Wanke (Benjamin Schorr); Ein Feuer (E. Schmidbaum); Ein Feuer (E. Schmidbaum); Ein Feuer (E. Schmidbaum). Die Handlung spielt dauernd in Wölfe Wohnung

Zeit: nach dem 2. Weltkrieg

Ein Feuer (E. Schmidbaum)

Uraufführung: 12. Februar 1928

Reprostarten mit 0.00 L- und 1.00 MF. Zusätzlich

Gärtnerfest

Die für das Großspielhaus von Ralph Roberts am Mittwoch und Donnerstag vorbereiteten Arien müssen am Tage der Aufführung um 18.30 bis 19.00 Uhr an der Arie des Schauspielhauses abgesetzt, um den Platz über die Arien im Gebotsfall unbestreitig verfügt zu haben.

Ein Feuer (E. Schmidbaum)

Donnerstag, den 9. Februar, 20 Uhr: Ensemble-Gärtnerfest: Ralph Roberts; Roberta; Die große

Gärtnerfest

Einladung

Bertreterversammlung

(Generalversammlung)

der

Theatergemeinde Leipziger Schauspielhaus, e. G. m. b. h.

am Sonntag, den 26. Februar 1928, vorm. 11 Uhr, im Schauspielhaus zu Leipzig, Goethestraße 17/19.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

2. Bericht des Aufsichtsrates und der Revisor.

3. Vorlage über Genehmigung des Bilans.

4. Bericht über die gelegentliche Revision.

5. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

6. Beschlussfassung über die Verteilung des Verlustes.

7. Beschlussfassung über die Höchstkreditsgrenze.

8. Neuwahlen zum Aufsichtsrat.

9. Änderungen des Statuts §§ 4, 7, 25.

10. Anträge.

11. Berichtes.

Anträge von Betreibern, über die in der Bertreterversammlung (Generalversammlung) verhandelt werden soll,

müssen bis spätestens 16. Februar 1928 beim Vorstand des Aufsichtsrates

Herrn Kurt Drössler, Petersgraben 18, eingegangen sein.

Der Zutritt zur Generatversammlung steht nur den Mitgliedern der Theatergemeinde an, die bis zum 22. Februar

1928 im Bureau der Theatergemeinde gegen Vorlegung des Teilebeneines eine Eintrittskarte, in Empfang genommen haben. Vereinende und befähigende Stimmen in der Bertreterversammlung (Generalversammlung) haben jedoch nur die von der Genossenschaft gewählten Vertreter die Ausweise und Stimmenkarten vom Vorstand erhalten haben.

Die Jahresbilanz liegt ab 19. Februar

1928 im Druck vor und kann von den

Mitgliedern der Genossenschaft im Bureau der Theatergemeinde in Empfang

genommen werden.

Leipzig, den 2. Februar 1928.

Der Aufsichtsrat:

Kurt Drössler, 1. Vorstand

Bier- und Speisehaus

„STADT ZEITZ“

Inhaber Richard Klosser

Gemüt. Aufenthalts : Guleppleiste Biere

Sonnabend Schweinsknochen

Freitag. Schlauchtheat.

Sternwartenstr. 31 — Fernruf 10756

VOLKSHAU

Jeden Tag 11 bis

Ananas-Bowle

Wird auch über die Straße abgegeben

Interate sind nach abreisen an die Redaktion oder an d. Exped.

S. Seidel-Sänger
S. S. Singspiele

Thomaskirchhof 10 Telephone 26680.

Täglich abends 8 Uhr:

Seidel - Sänger

Herzlich lacht man über die neuen Schlager!

„Die Lieblingskuh des Maharadscha“

Willy Seidel als Maxe beim Sechstage-Rennen

TEILZAHLUNG MÖBEL

zu billigsten Preisen

1/10 ANZAHLUNG

24 MONATS RATEN

Modernes Küchen!
Moderne Schlafzimmer!
Spezielle Zimmermöbel
Einzelpolstermöbel
Kindermöbel-Kinderwagen
Teppiche u. Linoleum

RITTER & CO

REICHS-STR. 8 I. u. II

Umliche Bekanntmachungen

Die Maul- und Klauenseuche in

Großbritannien ist erloschen.

Die angeordneten Schutzmaßnahmen

werden aufgehoben.

Letztes s. am 7. Februar 1928.

Die Amtshauptmannschaft.

Allgem. Ortsfrankenfeste

für die Stadt Leipzig.

Geschäftsstelle von 8 bis 1 Uhr

Sammelnummern: 70141 u. 72431.

Hierdurch machen wir bekannt, daß

die Zweigstelle Leipzig W. 31, Ronnen-

straße 55, vom 13. Februar 1928 ab nach

Leipzig W. 31, 31 Hochstraße, Str. 97/99

verlegt wird.

Leipzig, am 8. Februar 1928.

W. Wittig, Vorstand.

Brauhaus

Riebeck

Hainstr. 17-19 Nähe Markt

Täglich

Brotbierfeste

Oberlandler-Kapelle Mayr-Wehner aus München

Allabendlich Orig. Oberbayrisch. Watschen-Tanz ausgeführt von Dir. Pepo Mayr und Klarinetten-Muki

Täglich Spezialgerichte

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut * Kunststelle

Sinfonie-Konzert.

Wittwoch, den 8. Februar, 20 Uhr, im Saale des Konzertatoriums. Leitung: Kavallermälzer. Das verhältnisse Leipziger Sinfonieorchester. Solist: Rudolf Macabuyls (Klavier). Vorprogramm: 1. Józef Ph. Marsz: Romanisches Klavierstück (1. Teil) 2. Richard Strauss: Alpen-Sinfonie. Jugendlicher 1.50 M. Jugendliche und Erwachsene 50 Pf.

Theater Battenberg</h2

Sächsische Angelegenheiten

Natürlich umgestalten

Dresden, 7. Februar.
Was nach der Kenntnis der Naturgeschichte der sächsischen Regierungskoalition als wahrscheinlich angenommen werden müsste, ist Tatsache geworden; das gesinigte Bürgertum von Bechtel über die Aufwarter bis zu den Deutschnationalen hat erneut für den Mietwucher gestimmt, hat die sogenannte "Lodierungsoberordnung bestätigt und sich für weitere "Lockern" des Mieterschutzes ausgesprochen.

Entscheidend war der sozialdemokratische Minderheitsanteil Nebrig. In ihm wurde gefordert, daß „jede weitere Durchbrechung des Mieterschutzes verbleibt“ und daß „die bei den erlassene Verordnung vom 6. April 1927 rückgängig gemacht wird.“

Beide Anträge wurden abgelehnt. In trauriger Harmonie vereinigten sich die Altsocialisten, die Aufwarter, die Demokraten und was sonst noch zu der Koalition derer um Blücher gehört.

Bei den Altsocialisten wundert einen das nicht mehr, da diese Gruppe hemmungsloser Renegaten alles auf eine Karte setzt: den Landtag beizubringen zu halten und das Mandat bis zum letzten Tage auszuhalten. Die vier USPD-Leute wissen, daß ihre Rolle mit dem Aussliegen des Landtags ausgespielt ist. Sie wissen, daß ihre Abgeordneten- und Ministerierlichkeit dann unweigerlich dahin ist.

Das bestimmt sie in ihrem Handeln! Der Landtag und seine Regierung dürfen nicht ausspielen, weil sie dann selbst ausspielen. Sie werden also tun, was in ihrer Macht steht, um Regierung und Parlament solange beieinander zu halten als das nur irgend möglich ist.

Die Aufwarter handeln aus den gleichen Motiven. Ihnen ist es nicht so sehr die Sorge um die Mandate — die können bei der Erfahrung der politischen Situation und bei der Indifferenz weiter Wählerdichten wahrscheinlich erhalten bleiben werden, wenn auch vielleicht nicht in der heutigen Stärke — als die Sorge um den „Machteinfluß“ in der Regierung. Sie wollen, dass die Regierung zu erhalten und sie schlügen alles, was ihnen die „Großen“ vorlegen.

Wit die heutigen Abstimmungen aber haben sie sich einen Schlag versetzt, der sie empfindlich trifft. Sie haben offen gegen die Interessen ihrer Wähler und für den Geldbeutel der Hausbesitzer gestimmt. Bei der ersten Abstimmung vor Monaten konnten sie als „Entschuldigung“ anführen, daß sie überrumpelt worden seien — was ihnen normalerweise zwar kein Mensch glaubt; diesmal gibt es für sie nicht einmal mehr die schändige Ausrede des Umfalls. Sie haben die Miete und kleinen geopfert.

Oben, auf der Landtagstriebüne, saß eine Delegation von Gewerbetreibenden, die mit brennenden Augen der Abstimmung entgegen. Mancher war darunter, der von seinem Hauswirt die Kündigung erhalten hatte und seinen Betrieb schließen mußte. Alle hofften auf die Abstimmung, glaubten, daß wenigstens die Aufwarter oder die Demokraten jetzt, wo sie ihre Not kennengelernt hatten, für den Fall der Lodierungsoberordnung stimmen würden; jener Abstimmung, die es den Hauswirten ermöglicht, Wuchermieten zu erheben oder die Leute auf die Straße zu setzen. Was wissen diese armen Leute von den Koalitionsnotwendigkeiten? Was wissen sie davon, wie viel wichtiger ein Mandat und ein Ministerium ist als Lumpige Völkervereinigungen?

Alein in Chemnitz sind über 150 Gewerberäummieter auf die Straße geworfen worden. Sie hofften bis heute, Hofften auf den Landtag, der ein solches Verbrechen nicht zulassen würde. Hofften, daß die Parteien des Landtags einmütig sagen würden, die Lodierungsoberordnung muss wieder aufgehoben werden.

Die Abstimmung hat die Gewerberäummieter eines anderen belehrt. Wenn die Wahlen kommen, werden auch diese Geprillten ihre Rechnung präsentieren!

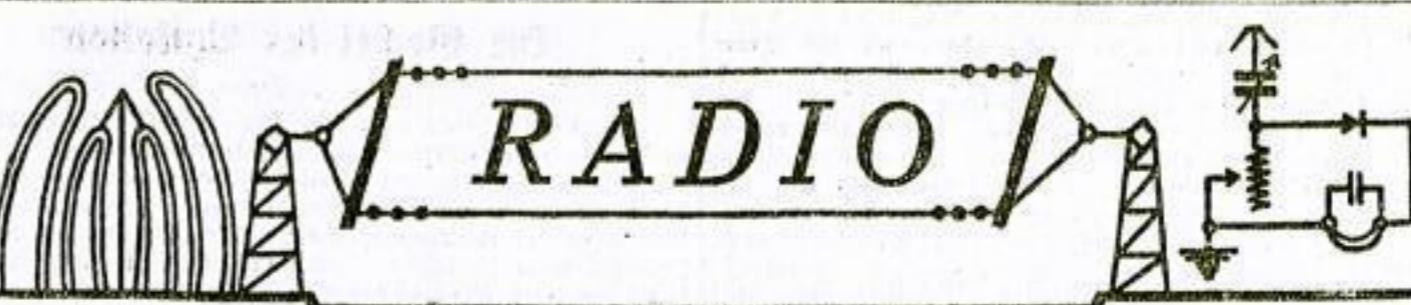
Angsthelden

Das Sündenregister, das die Front der Angsthelden bei der Abstimmung über die Lodierungsoberordnung vergrößert hatte, umschweift diese Koalition wie ein drohendes Gespenst. Daher gilt bei den Angsthelden als erster Grundfaß: Alles vermeiden, was die Gegenseite innerhalb der Koalition berühren oder etwa gar zur Aussprache stellen könnte. Kein Wunder, daß die Angsthaltung wie ein Mann auffand, als es galt, den für nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung des Plenums gestellten sozialdemokratischen Antrag wieder abzusehen, der von der Regierung die beschleunigte Vorlegung einer Änderungsvorlage zum sächsischen Wahlgesetz verlangt. Nach dem Antrag soll der Landtag beschließen, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage zum sächsischen Wahlgesetz vorzulegen, in der die unanständigen, verfassungswidrigen Bestimmungen beseitigt sind. Die Beratung dieses Antrags hätte die lärmmerliche Struktur der Koalition, ihre Sünden und ihre Widerrufe, vor allem aber — nach den bekannten Staatsgerichtshofsurteilen — die Verfassungswidrigkeit ihres Bestandes in öffentlicher Belichtung zeigen müssen. Das wollten die Koalitionshelden verhindern, und da sie die Mehrheit haben, konnten sie es verhindern durch den Beschluss, den Antrag wieder von der Tagesordnung abzusehen. Vergedächigt wies Genosse Schwarz darauf hin, daß mit der Absehung im Lande der Eindruck erweckt werde, daß die Landtagsmehrheit die Aussprache fürchte. Die Angsthelden ließen sich nicht täuschen, sie brauchen keine Argumente, denn sie haben die Mehrheit. So konnten sie wieder einmal die öffentliche Sichtung verhindern. Über ausgeschoben ist nicht aufgehoben! Das auch die Demokraten für die Abschaffung des Antrages vor der Tagesordnung waren, sei nur um deswegen erwähnt, weil sich die demokratischen Blätter in den letzten Wochen nicht genug tun konnten in den Behauptungen und Nachweisen, der Landtag müsse aufgelöst und neu gewählt werden. Jetzt, wo die Angelegenheit auch nur erörtert werden sollte, zogen die Demokraten mit den übrigen Koalitionsbrüdern am gleichen Strang, um den sozialdemokratischen Antrag abzuwürgen! Das sind die sächsischen Demokraten!

Zu wenig Baumentrolleure

Unternehmer und reaktionäre Presse behaupten, daß in Deutschland zuviel Sozialpolitik getrieben werde. Es kann nicht oft genug betont werden, daß viel zu wenig Sozialpolitik getrieben wird. Weder in vorhängender, noch in helfender und unterstützender Weise ist keinesfalls den Ansprüchen, die angestellt des ungeheuer gesteigerten Arbeitstempes an sie gestellt werden müssen.

Wie ungünstig z. B. die Überwachung der Bauten in Sachsen ist, zeigt der Umstand, daß im gesamten Gebiet des Kreisstaates Sachsen zur Zeit insgesamt 11 Baumentrolleure vorhanden sind, davon sind 3 vom Staat angestellt (je einer in der Amtshauptmannschaft Chemnitz, Glauchau und Kreishauptmannschaft Zwickau). Von den restlichen 8 sind von der Stadt Chemnitz 3, von der Stadt Dres-

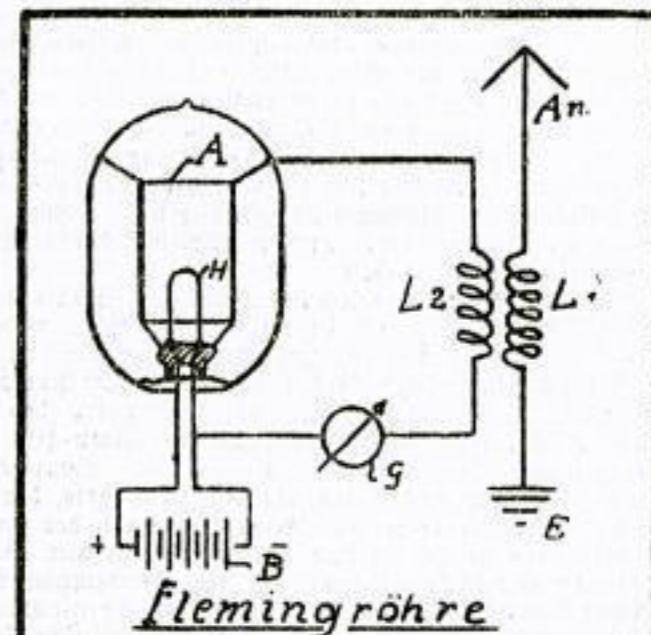


Zur Geschichte der Röhre

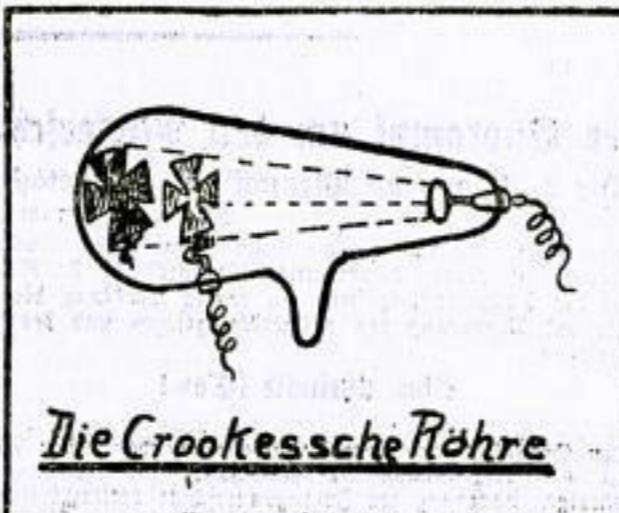
Die moderne Funktechnik steht zweifellos unter dem Zeichen der Röhre. Das unheimbare Leuchten dieses kleinen Wundergerätes schlägt die Geistesarbeit zweier kleinen Menschenarten ein. Hunderte von Patenten wurden zum Schutz der vielen Neuerungen und Verbesserungen erteilt. Allein diese Tatsache lässt erkennen, wie eifrig die Forschungsarbeit zu ihrer Gestaltung betrieben wurde. Die Geschichte der Röhre kennt heftige Kämpfe zwischen den einzelnen Erfindern und Patentinhabern. Nur zu oft wurde die gleiche Erkenntnis in verschiedenen Ländern von einander völlig unbekannten Forschern gewonnen. Diese Erscheinung können wir leicht oft in der Geschichte moderner Erfindungen feststellen. Sie hat ihren Grund darin, daß die Technik zum internationalen Gut geworden ist, so daß ihre Probleme Allgemeinheit der technischen Sachverständigen wurden.

Man kann den Vorläufer der modernen Röhre in der bekannten Gelehrtenröhre erblicken, die in der Abbildung in der von Crookes benützten Form wiedergegeben ist. Heinrich Gelehrter war ein geschickter Mechaniker, der in seiner Werkstatt zu Bonn manchen Apparat zur physikalischen Forschung ersann und herstellte. Seine 1880 herausgebrachte Röhre wurde von namhaften Gelehrten zur Erforschung der Entladungsscheinungen durch Gas ausgeutzt. Unter diesen sind vor allem Crookes und Hittorf zu nennen. Crookes wurde am 17. Juni 1832 zu London geboren. Er ist der Schöpfer der bekannten Lichtmühle. Er untersuchte vor allem das Wesen der Kathodenstrahlen. Die an der Spitze seiner Röhre befindliche runde Scheibe ist die Strahlen austsendende Kathode, das dreieckig angeordnete Kreuz die Anode. Strahlen, die in der Richtung von der Kathode zur Anode laufen, durchdringen nicht die Anode, so daß das Kreuz als dunkler Schatten auf dem Hintergrunde der Röhre erscheint. Damit war der gradlinige Verlauf der Kathodenstrahlen erwiesen. Man sieht, daß diese Röhre nur noch den glühenden Faden und das Gitter benötigte, um als Radio-

bei dieser Röhre, die ganz ausgezeichnete Anordnung der Anode um den Glühfaden herum, die auch bei den neuesten Röhren wiederzufinden ist, nachdem man lange Zeit andere Anordnungen bevorzugt hatte. Bei dieser Schaltung fehlt noch die Anodenbatterie, die von dem Telefunken-Ingenieur Brandes angegeben wurde.



Flemingröhre



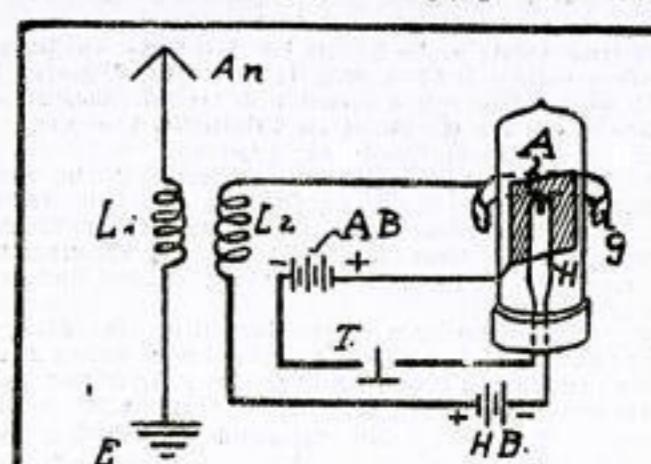
Die Crookes'sche Röhre

röhre angesprochen zu werden, Crookes, der zur Erläuterung der bei der Kathodenröhre auftretenden Erscheinungen die längst verlassene Theorie eines „vierten Aggregatzustandes“, worunter er die „strahlende Materie“ verstand, ist am 4. April 1919 zu London gestorben. Der am 27. März 1824 zu Bonn geborene Physiker Hittorf beschäftigte sich ebenfalls mit der Kathodenröhre. Er untersuchte den Durchgang der Elektrizität durch Gase und Flüssigkeiten und entdeckte dabei die Erscheinung der Zonenwanderung. Er starb am 28. November 1914 zu Münster.

Den nächsten Schritt auf dem Wege zur Röhre machte Weinhold, der den sogenannten Gitterspektrometer untersuchen wollte. Er konstruierte eine Röhre, deren Kathode als oxydiertes Glühfaden ausgebildet war. Verband man nun die Kathode mit der Anode über eine 100-Volt-Batterie, so daß die positive Pol zur Anode führte, so begannen winzige Elektrizitätsstückchen, die Elektronen, durch das lufteileere Raum von der glühenden Kathode zur kalten Anode zu wandern.

Die Elektronen sind negative Elektrizitätsstückchen, die von der positiv geladenen Anode angezogen werden, da ungleichnamige Pole sich anziehen. Diese Röhre konnte man schon ohne weiteres an Stelle eines Kristalldefektors zur Gleichrichtung in ein Empfangsgerät einbauen. Das tat der Engländer Fleming, der das erste Patent auf die Glühkathodenröhre als Detektor für Funkschaltungsfälle nahm. Die Abbildung zeigt die von ihm angewandte Schaltung. Wir erkennen in seiner Röhre den Glühfaden H, der von der Anode, einem runden Blech, umgeben ist. An H die Antenne, L die Antennenspule, E die Erde. Die Kopplungsspule L2 nimmt die Schwingungen induktiv auf; sie werden von der Röhre gleichgerichtet und vom Galvanometer G angezeigt. Hervorzuheben ist

Den wichtigsten Schritt auf dem Wege zur Schaffung der modernen Röhre ist der Amerikaner Lee de Forest, indem er das Gitter schuf. Unsere Abbildung zeigt die erste Röhre dieser Art, die de Forest verwandte. Das Gitter, das heute als Spalte ausgebildet im Innern der Röhre liegt, ist hier noch außen um die Röhre herumgelegt. Die von de Forest angegebene Schaltung entspricht der bekannten Audionschaltung. Die Bezeichnungen in der Abbildung sind genau so gewählt, wie bei der Darstellung der Flemingröhre. Nur ist hier noch die Anodenbatterie AB hinzugekommen. Forest verlegte später das Gitter in das Innere der Röhre. Zur gleichen Zeit arbeitete in Deutschland von Lieben an der Durchbildung der Röhre, die er als „Kathodenrelais“ bezeichnete. Ein Relais ist ein Gerät, das mittels kleiner Kräfte betätigt wird, seinerseits aber eine wesentlich größere Wirkung ausübt. Die wesentlich größere Wirkung besteht aber bei der Röhre in der Verstärkung der aufgenommenen Schwingungen. Von Liebens Röhre wurde denn auch anfänglich vor allem zur Verstärkung der Telefonströme verwendet. Fleming und de Forest hatten die Gleichrichterwirkung der Röhre als wesentlich erkannt, von Lieben die der Verstärkung. Aus diesen Erkenntnissen heraus entwickelte die bewußte Anwendung der Röhre in der Empfangstechnik. Die Ausnutzung der Rückkopplung zur Schwingungsregulation mache die Röhre zum Universalgerät der modernen Funktechnik. Sie wurde wissenschaftlich untersucht, so daß man Maße für ihre Wirkung fand und die Möglichkeit gewann, Röhren herzustellen, die den einzelnen Verwendungszwecken angepaßt waren. Die Groß-



Audion von L. de Forest

industrie hat Verfahren zur serienweisen Herstellung dieser Röhren ausgearbeitet. Aus dem interessanten Laboratoriumsgerät ist so im Laufe der Jahre ein viel begehrter Massenartikel geworden.

W. M.

den 2 (ein dritter wird Ende März ange stellt), von der Stadt Leipzig 2 und 1 von der Stadt Freital ange stellt!

In vier Städten, zwei Amtshauptmannschaften, einer Kreishauptmannschaft für 8 Amtshauptmannschaften genießen die Bauarbeiter bei ihrer vielfach gefährlichen Arbeit ein klein wenig Schutz, in den übrigen 20 Amtshauptmannschaften ist selbst dieser minimale Schutz durch einen Berufsangehörigen nicht vorhanden.

Zeigt es angesichts der hohen Unfallziffern im Bauwesen nicht von größter Unverantwortlichkeit gegenüber von Leben und Gesundheit der Arbeiter, wenn immer wieder über „zuviel Sozialpolitik“ gesagt wird?

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat dazu einen Antrag eingereicht, der von der Regierung verlangt, daß zur Wahrnehmung des Schutzes von Personen, die bei der Ausführung von Bauwerken beschäftigt sind, für jeden amts hauptmannschaftlichen Bezirk einschließlich der bezirksteiligen Städte mit Ausnahme von Dresden, Chemnitz und Leipzig ein Baukontrollamt aus den Kreisen der Betriebsarbeiterkammer angestellt wird.

Die wendische Sprache in Sachsen

Uraufnahmen Rückgang des Wendens.

In den Zeitschriften des Sächsischen Statistischen Landesamtes wird über die Verbreitung der wendischen Sprache in Sachsen berichtet: 1925 wurden in Sachsen 29.178 Personen mit wendischer Muttersprache gezählt, darunter 93 ohne die deutsche Staatsangehörigkeit. 28.150 (96,5 v. H.) dieser Personen hatten ihren Wohnsitz in den Amtshauptmannschaften Bautzen, Kamenz und Löbau. 1910 gab es noch 49.358 Personen mit wendischer oder wendischer und deutscher Muttersprache. In dem genannten Wendengebiet der Lausitz entfielen 1925 auf 1000 Einwohner 84, 1910 aber noch 126 wendischsprechende Personen. Dieser Rückgang ist übrigens schon seit längerer Zeit zu beobachten. Er beträgt in der Zeit von 1849

bis 1925 rund 40 vom Hundert, während die Bevölkerungszahl in derselben Zeit um 68 vom Hundert gestiegen ist. Hieraus folgt, daß die Anteilquote der Wenden an der Gesamtbevölkerung in dem Zeitraum von 76 Jahren um 64 vom Hundert zurückgegangen ist. Der Bearbeiter der Statistik, Regierungsrat Dr. Burkhardt, bemerkte, daß über die wendische Muttersprache noch eingehende statistische Untersuchungen ange stellt werden sollen. Im besondern ist geplant, die Frage näher zu untersuchen, inwieweit an dem Rückgang der wendischen Bevölkerung die natürlichen Bewegungen, d. h. Gang und Gänge Geburt und Tod beteiligt sind und inwieweit der Rückgang mit der Wanderungsbewegung in Zusammenhang zu bringen ist.

Der Protest von Bautzen. Der Stadtrat von Bautzen hat an den Landtag und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der gegen die in der Schlesischen Denkschrift geordnete Auflösung der Kreishauptmannschaft Bautzen protestiert wird. Die Eingabe ist von einer Reihe anderer Gemeinden in der Oberlausitz mit unterschiedlichen Begründungen durchgeführt.

Die Oberlausitzer führen durch die Auflösung der Kreishauptmannschaft eine Verunsicherung der Wirtschaft in der Oberlausitz.

Freiberg. Aus dem jährenden D-Jug geprungen ist nachts in der Nähe von Frankenstein ein junger Mann. Er erlitt einen Oberarmkrebsbruch. Der junge Mann scheint in einem Zustand geistiger Verwirrung gehandelt zu haben; seine Freunde lassen vermuten, daß er an Verfolgungswahn leidet.

Markneukirchen. **Gasvergiftung.** Der 88 Jahre alte Instrumentenmacher Pleschel wurde in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden. Infolge eines Rohrkoches war Gas in das Zimmer eingedrungen, das seinen Tod verursacht hat. Ein bei Pleschel wohnender junger Kraftwagenfahrer wurde betäubt, konnte aber wieder zum Bewußtsein gebracht werden.

Niehr Bergarbeitereschutz

SPD für Bergarbeiter-Forderungen — Röderregierung gegen Achtstundentag

64. Landtagssitzung. Dienstag, 7. Februar 1928.

Das Haus nahm zunächst einige Abstimmungen vor, die in der letzten Sitzung ausgeführt worden sind. Der kommunistische Antrag gegen die Vorlage der Reichsregierung zum Mieterschutz wurde dem Rechtsausschuss überwiesen.

Der Antrag der Volksrechtspartei auf Verlängerung des Mietzeitnotgegesches bis zur Behebung der Raumnot und auf zeitgemäße Reform des Mietrechts wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und eines Teiles der Volkspartei angenommen.

Abgelehnt werden die sozialdemokratischen und die kommunistischen Anträge gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die Mietpreisernhöhung am 1. Oktober 1928 usw. (v. d. Entwicklungsgruppe links.) Nur die demokratischen Anträge auf Ausbau des Schiedsgerichtsverfahrens in Mietangelegenheiten und Einschränkung des Kündigungsschreits der Vermieter fanden Annahme.

Kommunistische Kampfweise.

Der Haushaltshaushalt II beantragte, den kommunistischen Antrag gegen den Arbeitszeitnotgegeschenkturz der Reichsregierung als erledigt abzulehnen. Ein anderer kommunistischer Antrag, der Landtag missbilligt die Zustimmung der sächsischen Regierungsvertreter im Reichstag zum Arbeitszeitnotgegeschenk, ist von der Ausschussherrlichkeit angenommen worden.

Genosse Graupe betonte, dass der kommunistische Redner wieder einmal die alte Waffe gegen die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratie ausgetragen hat. Alle diese Reden hier im Landtag haben der Arbeiterschaft aber nicht den geringsten Vorteil gebracht. Die leichten Gewerkschaftswahlen haben bewiesen, dass die Arbeiterschaft diese alten kommunistischen Waffen nicht mehr hören will. Die Gewerkschaften haben sich deshalb gegen die Festlegung eines Maximalarbeitstags erklärt, weil in einzelnen bestimmten Fällen die Notwendigkeit eintreten kann, über die achtstündige Arbeitszeit hinauszugehen, übrigens ein Standpunkt, den auch die russischen Gewerkschaften vertreten. Wir als Sozialdemokraten sind stets für die grundsätzliche Festlegung des Achtstundentags eingetreten und gegen Ausnahmen gewesen, die in der Praxis die Bedeutung des Achtstundentages mit sich bringen können. Aus diesem Grunde hat auch die sozialdemokratische Reichsregierung gegen die Arbeitszeitnotgeordnung, die recht laufzuläufige Bestimmungen enthalten, gestimmt. Es ist eben das Elend unserer Sozialgesetzgebung, dass sie auch Bestimmungen enthält, die nach allen Richtungen ausgenutzt werden können. Immerhin bringen die Sozialgefechte der Arbeiterschaft doch so erhebliche Vorteile, dass ihre Ablehnung nicht verantwortet werden kann. Die Stellung der Kommunisten zu den Anträgen auf Ratslösung des Washingtoner Abkommens ist übrigens sehr interessant.

Die kommunistische Landtagssitzung hat seinerzeit nämlich diesen Anträgen selbst zugestimmt, und heute soll die Zustimmung der Gewerkschaften zum Washingtoner Abkommen ein Verrat an der Arbeiterschaft sein.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung beider kommunistischer Anträge, doch wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen ein Minderheitsantrag Schreiber (KPD) angenommen, bei dem zuständigen Reichsstellen dafür einzutreten, dass im jüngsten § 8 des Arbeitszeitnotgegeschenks bestimmt wird, dass unter Tage in jedem Fall nur bis zu 7 Stunden gearbeitet werden darf.

Mühstände im Arbeitsvermittlungswesen.

Ein kommunistischer Antrag forderte, beim Landesarbeitsamt höchst zu wirken, dass in den Gemeinden, in denen kein Arbeitsamt besteht, Filialen zur Durchführung und Arbeitsvermittlungen für Erwerbstlose errichtet werden. Es wird behauptet, dass so mehrere Orte Sachsen's hundert sich dabei in erster Linie um das obere Erzgebirge) beschwerden darüber kommen, dass die Erwerbstlosen stundenlang zu ihren Stempelpunkten gehen müssen und stundenlang zu warten haben auf die Auszahlung ihrer Unterstützung.

Genosse Siegnoth betonte im Gegensatz zum kommunistischen Redner, dass die Zustände das neue Gesetz verantwortlich machen, dass das Gesetz gerade unmöglich machen wolle. Die sozialdemokratische Fraktion werde dem Antrag zustimmen, sie mache jedoch die sächsische Regierung dafür verantwortlich, dass bei der Ernennung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes über die Wünsche der Arbeiterschaft einfach hinweggegangen worden ist, und erwarte aus das bestimmt, dass bei der bevorstehenden Wahl des Stellvertreters unter allen Umständen die Interessen der Arbeiter berücksichtigt werden, denn die Arbeiter, die sich vom Grundjahr der Selbstverwaltung nicht abringen lassen, wollen nicht bloß in den Ausschüssen vertreten sein, sondern auch in der Leitung mitmachen.

Da kein Antrag auf Ausschusseratung gestellt wurde, ernannte

der Präsident Schwarz die Abgeordneten Opiq (Komm.) und Siegnoth (Soz.), für die zweite Lesung Bericht zu erstatten.

Die Sächsischen Werke als Unternehmer.

Genosse Geiser berichtete dann über die Ausschusssprechungen, über die sozialdemokratischen Anträge, betreffend die Lohnverhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, und die leichten Kämpfe dieser Bergarbeiter. Alle drei Anträge haben im Ausschuss keine Mehrheit gefunden.

Es liegen jedoch zwei sozialdemokratische Minderheitsanträge vor. Der erste lautet:

„1. Die Entlohnung der Arbeiter des Werkes Hirschfelde ist auf der Grundlage der Tarifrechte der Kernreviere vorzunehmen.“

2. Die Technische Rothilfe und die Polizei dürfen bei Streiks nicht eingesetzt werden.“

Außerdem lag ein kommunistischer Minderheitsantrag vor, wonach die Regierung dafür sorgen soll, dass in den Braunkohlenwerken der A.G. Sächsische Werke alle übrigen Forderungen der Gewerkschaften anlässlich des Streiks vom 17. Oktober 1927 sofort erfüllt werden.

Finanzminister Weber: Der Streik ist durch Schiedspruch beendet worden. Dieser Schiedspruch ist den Forderungen der Gewerkschaften weit entsprochen — so weit, dass eine Anzahl kleinerer Braunkohlenwerke durch die Mehrbelastung an Löhnen in Bedrängnis gekommen ist. Auch die Werke der Aktiengesellschaft Sächsische Werke haben an dieser Mehrbelastung schwer zu tragen. Darüber hinaus auch diejenigen Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen, die sie im Schiedsverfahren nicht durchsetzen konnten, ist den Sächsischen Werken schon aus wirtschaftlichen Rückblicken nicht möglich. Was von den Löhnen gilt, das gilt auch von der Arbeitszeit.

Es ist ausgeschlossen, die Sächsischen Werke zur Verbesserung der täglichen Arbeitszeit der Braunkohlenarbeiter bis auf 8 Stunden anzuhalten.

Die Regierung ist der Technischen Rothilfe dankbar, dass sie schon spontan eingegriffen und die Braunkohlenförderung in Hirschfelde und Böhmen in dem Umfang in Gang erhalten hat, dass die Großkraftwerke während des Streiks fortbetrieben werden konnten. Dass die Technische Rothilfe, um gegen Störungen ihrer Arbeit geschützt zu sein, polizeilichen Schutz bedarf, ist selbstverständlich.

Genosse Geisel blieb dem Minister die gehörige Antwort natürlich nicht schuldig und betonte dabei, dass der Streik der Bergarbeiter ein Erfolg gewesen ist. Hätte der Streik noch eine Woche länger gedauert, wären die Werke Böhmen und Hirschfelde aktionsunfähig geworden. Was die Technische Rothilfe für Unheil entrichtet hat, (Zuruf bei den Soz.: das weiß der Minister besser wie wir!) ... Diese Leute sind wie Lehlinge angezettelt. In den Betrieben der Sächsischen Werke, besonders in Böhmen herrschte in weitestgehendem Umfang der Stahlhelmgeist. (Bravo! rechts.)

Finanzminister Weber verließ die Sitzung nochmals den Einsturz der Technischen Rothilfe und sagte, der Direktion der Sächsischen Werke sei kein einziger Fall bekannt, wo eine Beschädigung von Anlagen durch die Arbeiten der Technischen Rothilfe erfolgt wäre.

Genosse Geisel jagte dem Minister, dass ein Staatsbetrieb ganz andere Verpflichtungen hat als ein Privatbetrieb. Unser Redner beglaubigte es als unerhört, junge, unerfahrene Leute der Technischen Rothilfe an komplizierte Maschinen zu stellen, für deren Arbeit niemand die Verantwortung übernehmen.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der sozialdemokratischen Minderheitsanträge.

Für die Ablehnung stimmten auch die sogenannten Altsozialistischen. Im gleichen Stimmenverhältnis gelangten die Ausschusshandlungen zur Annahme. Angenommen wurde auch der kommunistische Antrag, der eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden in den Braunkohlenbergwerken der Sächsischen Werke fordert.

Meine Arbeiter in das Grubenicherheitsamt.

Ein Antrag Wirth (NSV) forderte eine Ergänzung des allgemeinen Berggesetzes durch Anstellung je eines Grubenkontrollors bei den Bergmännern Leipzig, Stollberg und Zwönitz sowie beim Oberbergamt Freiberg.

Genosse Herrmann erstattete den Ausschussbericht über den sozialdemokratischen Antrag auf baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Einführung von Grubenkommissionen für den Bergbau. Nach dem Ausschusshandlung wird empfohlen, den sozialdemokratischen Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Dem Grubenicherheitsamt sollen fünfzig u. a. angehören: ein Vertreter (je zwei) der Werkbesitzer aus dem Braunkohlenbergbau, drei Vertreter (je zwei) der Arbeiter aus dem Steinkohlenbergbau, ein Vertreter (zwei) der Arbeiter aus dem Braunkohlenbergbau und (neu) zwei Vertreter der Bergarbeiterverbände.

Derselbe Ausschuss beantragte auch einen Antrag Böttcher (KPD) auf Ergänzung gewisser Maßnahmen zur Ver-

hütung von Unfällen im Bergbau in etwas veränderter Form anzunehmen.

Ministerialdirektor Dr. Just: Das Grubenicherheitsamt ist erst am 1. April 1927 in Tätigkeit getreten; die Zeit seiner Wirksamkeit ist zu kurz, um jetzt schon ein abschließendes Urteil über die mit ihm gemachten Erfahrungen abgeben zu können. Die Regierung vermag deshalb dem Antrag Art. unter 1 (Grubenicherheitsdienst) nicht zu entsprechen.

Diesmal war es speziell der Bergarbeiterverband, der vom Kommunisten Schreiber in der gehäusigsten Weise angegriffen wurde. Seine Ausschüsse hatten mit Bergarbeitereschutz auch nicht das mindeste mehr zu tun.

Genosse Herrmann vertrat um so energischer in längeren Aussführungen die Bergarbeiterwünsche, wobei er auf die steigende Unzufriedenheit im Bergbau verwies.

Die Koalitionsparteien mit Einschluss der Assoziierten beschlossen ohne irrtigen Grund Zurückweisung des sozialdemokratischen Antrages an den Ausschuss, und führten damit eine übermäßige Vergrößerung dieser wichtigen Frage herbei. — Der Antrag Wirth wurde dem Haushaltssitzung II überwiesen.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, 9. Februar, statt. Auf die Tagesordnung für diese Sitzung waren vom Vor-

Wenn ein König die Republik besucht

Die größte Sorge: Ein Königsschloss

SPD Die Bürgerblockregierung des Reiches hat schwere Sorgen. Es hat sich nämlich der sogenannte König von Afghanistan, ein astatischer Despot, bei ihr zum Besuch angemeldet, nachdem er bereits eine Reihe von anderen europäischen Hauptstädten besichtigt hat. Um diesen König zu empfangen, hat man sich schon wochenlang den Kopf zerbrochen über die Frage, wo man ihn unterbringen soll. Eines der Berliner Luxushotels ist für einen exotischen König immer noch zu plebeisch. Deshalb hat man sich nach einem richtigen Schloss umgedreht und selbst die demokratische Presse hat dabei allerhand Fingerzeige gegeben in der Überzeugung, dass eine Republik für Könige ein Königsschloss haben müsse. Da die Reichsregierung indessen nicht über Reichsschlösser verfügt, so musste sie sich an die Preußische Kronungsverwaltung wenden. Aber auch diese konnte ihr von den früheren Hohenzollernschlössern nur solche anbieten, die den Bedürfnissen der gegenwärtigen Regierung nicht genügten. So hat sich das Blockkabinett schließlich mit den Vertretern des ehemaligen Herrscherhauses in Verbindung gebracht und von diesen glücklicherweise ein Berliner Palais vermietet bekommen. Über den Mietpreis wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Er könnte, wenn er bekannt würde, ja auch nur den Witz abwaschen, der darin liegt, dass die Republik von abgelegten Monarchen Wohnräume miert, um einen analischen Kollegen, der abgelebt „standeswidrig“ unterzubringen.

Der neue "Deutsche Studentenverband"

Am 4. und 5. Februar kamen in Berlin aus allen Teilen des Reichs und Deuterrreichs Vertreter sozialistischer und linksbürgerlicher Studentenorganisationen zusammen, um sich nach Auflösung der „Deutschen Studentenschaft“ über die gemeinsamen Ziele zu verstständigen und zu einer Vereinigung einzuholen. Dieser Zusammenschluss konnte von den sozialistischen Vertretern nur befürwortet werden, wenn die Satzungen unter Beseitigung aller Phrasen von einer Ideologie der Studenten- oder Volksgemeinschaft festgelegt, in welchen Punkten die gemeinsamen Interessen liegen könnten. Kulturrepublik war von vornherein auszuschließen, und nur die Wirtschaftssatze mit und gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, die in festen Punkten aufgestellt waren, konnten das Recht für diese Neugründung geben. Es gelang zwar, alles Phrasenhafte aus den Statuten zu entfernen; es war aber den sozialistischen Vertretern nicht möglich, das wirtschaftliche Moment als einziges hinzuzubekennen, was schon in dem Namen hätte zum Ausdruck kommen müssen. Dadurch, dass man an Stelle von wirtschaftlichen Interessen in den Statuten von wirtschaftlichen und hochschulpolitischen Interessen spricht, ist eine Ausdeutung der Satzungen — das ist mit Entscheidlichkeit festzuhalten — in einem gefährlichen Ideologischen Sinne möglich geworden. Das geht schon aus den ersten Berichten blügerlicher Blätter hervor.

Den Vertretern dieser Anschauung war es daher nicht möglich, der Geltung ihrer Zustimmung zu geben. Trotzdem kam der Verband natürlich mit überwiegender Mehrheit zustande. Da die meisten Vertreter in Unkenntnis des Programms ohne Vollmacht waren, kann nach dem Beschluss der Tagung der Beitritt der einzelnen Gruppen nur vollzogen werden, wenn sie die Satzungen ratifizieren. Der Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, dass ein organisatorischer Zusammenschluss der Dachverbände strikt vereint wird und den einzelnen Mitgliedschaftsgruppen ein Austritt aus der Organisation jederzeit möglich ist.

Den Gruppen, die ihre wirtschaftlichen Interessen, wie Geschäftsbürolok, Zulassungsbedingungen usw. allein ohne die Gemeinschaft besser vertreten können und für die auch der Eintritt ohne jeden Vorteil wäre, ist ein Beitritt nicht möglich. Im Ganzen wird man diese Gründung, deren Zweck im sozialistischen Sinne ohne Bedeutung ist, erst nach ihrem Taten zu beurteilen haben. K. O.

Die Abteilungen und die Freiwillige gebrauchen häufig große Worte für ihre Argumente, und Magnenz befand sich auf dem Abstieg.

Zum Glück sollte ihn bald ein Ereignis aus der Apathie reißen, in die er zu versunken drohte.

Nach zwölf Tagen der Abwesenheit war er wieder in die Fabrik zurückgekehrt, und er arbeitete gerade wieder seit einer Woche, als in den Niggium-Werken der Streik erklärt wurde. Zuerst überfiel ihn eine starke Entzündung, von der er sich nicht freimachen konnte. Das Feuer verfolgte ihn, ließ es nur auf ihn abgehen zu haben. Er war sicher einer seiner letzten Auserwählten. Dieser Streik, der gerade zwei Wochen nach seiner erzwungenen Ruhepause ausbrach, war wieder eine verwünfte Widerwärtigkeit und würde die Nähe seiner Frau nicht verschleunigen...

„Ich würde den Boden völlig verlieren“, das war sein erster Gedanke gewesen. Dann hatte er seine Kaltblütigkeit zurückgewonnen, hatte sich die Sache genauer angesehen und ziemlich rasch seinen Entschluss gefasst. Die Ausbeutung war himmelschreiend, man musste ein wenig am Joch rütteln.

„Wer Mut hat, muss ihn feiern. Ich bin dabei“, entschied er.

An diesem Sonnabend zirkulierte nach der Lohnauszahlung in jeder Abteilung der Fabrik ein Blatt. Als er den Parkraum durchschritt, hatte er es gesehen. Es war ein kleiner Befreiungsschlag, auf dessen Rückseite etwa zwanzig Zeilen geschrieben waren. Zur schönen Mundurst prangte das Wort „Forderungen“. Ein paar andere Worte waren mit Rosstift unterstrichen.

„Gleicher Arbeit gleicher Lohn, Abhängung der Überstunden. Vier Zeilen mit Rosstift zogen die Aufmerksamkeit auf sich.“

Das Komitee schlägt den Arbeitern und Arbeitern der Niggium-Werke vor, mit dem heutigen Tage in den Streik zu treten, wenn nicht seitens der Direktion bindende Versprechungen abgegeben werden, die oben erwähnten Forderungen zu prüfen.“

Zugleich zirkulierte ein größeres Blatt, das feststellen sollte, ob die Arbeiter und Arbeitern am Streik teilnehmen würden, falls die Forderungen vollständig abgelehnt oder mit allzu ungewissen Versprechungen beantwortet würden.

(Fortsetzung folgt)

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulaillé.

55

Copyright by Paul Zsolnay Verlag, Wien.

Gierig las er die Auseinandersetzungen des Zeitungsschreibers. Ein Offizier hatte den Kämpfern, den Kriegsverletzten, eine Fahne weggenommen. Er hatte sein glorreiches Siegeszelten quer am Sattel seines Pferdes befestigt. War das nicht auch groß? Ein wenig weiter unten erzählte man, dass eine Abordnung von Polizisten mishandelt worden wäre und ein paar vom Teufel Besessene einen Wachtmeister ernstlich verletzt hätten... Alles in allem nichts... nichts... Man konnte an den Menschen verzweifeln. Plötzlich war er ganz zufrieden, dass er hatte zu Bett liegen müssen, und noch ein wenig erregt, spann er seine Selbstgeprägte fort.

„Die Menschen von heute! Großer Himmel! Das kommt daher, weil sie nichts im Magen haben! Man müsste wahrhaftige Kerle haben, um die verkehrte Moral der Menschen zu heilen. Goll man sein Ideal begraben?... Nun, lieber sein Leben als Arbeiter verbringen, als sich die Knochen für die andern zerbrechen lassen. Die andern klappen in dem Augenblick, wo sie sich zeigen sollen, zusammen...“

„Ja... man selber zuerst!...“

Er war sich nicht klar über seine plötzliche Schwankung, bemerkte nicht ihren Ernst und ihre Bedeutung.

„Sich kein Loch graben und sich den Teufel scheren um alle und um alles! Ich und Jeanne!“

Er erinnert sich, dass diese in ihrem letzten Briefe geschrieben hatte:

„Ich hoffe, dass du von der Politik gelassen hast, denke daran, dir ein frohes Heim zu errichten, jeder muss ins Klare kommen. Ich möchte gern glauben, dass ich einem schon Bekreiteten predige!“

Noch war er kein Lehrer. Aber das, was Magnenz in dieser Stunde noch nicht klar und deutlich erkannte, war, dass er abgötzt; seitdem er angefangen hatte, sein Leben auf normale Weise zu verleben, war sein „lassen-alien“ nach der bürgerlichen Seite.

Aut zwei Finger breit war er von seiner Belohnung entzweit!!!! Von keiner Fahnensucht.

Aber er hätte dieses Wort „Fahnensucht“ nicht angegeben.

Trotz der Ruhe des 1. Mai, der soeben vorübergezogen war, sollten sich doch hier und da einige Rückwirkungen spüren. Tatsächlich brachen in der Provinz und in Paris gleichzeitig verschiedene Streiks aus. Die Besetzung Lorrain, der von den Polizisten gelöst worden war, gab Anlass zu einer Kundgebung, die nicht der Größe entsprach. Es war der 8. Mai. Magnenz, der Rekonvaleszent war, hatte sich angeleidet, um daran teilzunehmen, aber da er seit zwei Tagen außer Bett war, hatten ihn alle hundert Schritte Schwundfalle eregriffen und er hatte umziehen müssen.

Das russische Geschäft

Die einzelnen und der eine

Am 9. Februar werden in Berlin deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen beginnen, um den Warenaustausch zwischen Deutschland und Russland, und vor allem die Ausfuhr deutscher Industriewaren nach Russland, auf eine bessere Grundlage zu stellen. Nachdem die im Herbst 1925 eine einbarbare Regelung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Russland zwei Probejahre hinter sich hat, herrscht in deutschen Industriekreisen eine starke Enttäuschung. Es wird darauf hingewiesen, dass Deutschland im russischen Wirtschaftsjahr (vom 1. Oktober bis 30. September) 1926/27 zwar erheblich mehr russische Exportwaren ausgenommen hat als im Jahre zuvor (167,3 gegenüber 111 Millionen Rubel), das aber ungelebt die russische Einfuhr deutscher Exportartikel in derselben Zeit von 172,2 auf 157,7 Millionen Rubel zurückging. Man beklagt sich in den die deutsche Wirtschaftspolitik mehr oder weniger bestimmenden Kreisen bitter darüber, dass andere Länder von Russland offensichtlich bevorzugt werden.

In der Industrie- und Handelszeitung, einem, wie wir besonders beliebten, halbamtlichen Organ, werden nun am 7. Februar von Rudolf Schirmer die Probleme des deutsch-russischen Handelsgeschäfts genauer untersucht. Dabei kommen nicht nur die deutschen Beschwerden zum Vorschein, dabei wird vor allem auch die Schwäche der deutschen Verhandlungsposition gegenüber Sowjetrussland hervorgehoben. Insbesondere diese Ausführungen über das organisatorische Problem sind außerordentlich interessant, weil sie hervortreten lassen,

welchen Vorprung eine selbst nur staatskapitalistische, aber wirtschaftlich einheitlich geführte Wirtschaft hat gegenüber der Vereinigung der Interessen, wie sie die alte privatkapitalistischen Länder festzustellen ist.

Obwohl das, was man die russische Volkswirtschaft nennt, im Vergleich zu dem Wirtschaftskomplex, der „die deutsche Volkswirtschaft“ heißt, von der Außenhandelseite aus betrachtet nur sehr klein ist, erscheint es in der Zusammenfassung wahrhaft als ein Riese.

Das Autobündel ist (mit dem Beil) nicht nur das Wahrzeichen des Faschismus, es ist jedem von uns (ohne Beil) auch bekannt als das Symbol einer Stärke, beruhend auf der Einmütigkeit vieler Einzelner. In diesem Sinne ist die durch den russischen Staatskapitalismus repräsentierte russische Volkswirtschaft das starke Autobündel, und die fälschlich so genannte deutsche Volkswirtschaft erscheint demgegenüber in ihrer ganzen Klägigkeit und Schwäche, so stark in ihr auch einzelne Industrien fortentwickelt und vertrüft sind. Die J. und H. Zeitung umschreibt diesen Zustand mit der Erklärung: „Durch die Zusammenfassung des gesamten Außenhandels an einer Zentralstelle in seinem Wirtschaftssystem ist Russland dem deutschen Außenhandel, der in den Händen zahlreicher miteinander konkurrierender Einzelseiten liegt, von vornherein überlegen.“ Die Beschwerden der deutschen Kontrahenten des deutsch-russischen Handelsgeschäfts beruhen nach der J. und H. Zeitung „im wesentlichen in dem russischen Außenhandelsystem“, sind „nur der natürliche Ausfluss der Überlegenheit des Außenhandelsmonopols“.

Der Vertragszustand zwischen Deutschland und Russland wird von der J. und H. Zeitung so charakterisiert, dass Deutschland bisher allein auf den guten Willen Russlands angewiesen ist. Man müsse „darauf verzichten, dem russischen System des Außenhandelsmonopols ein auf diese russischen Verhältnisse abgestelltes Vertrags-

instrument zur Sicherung der tatsächlichen Parität entgegenzustellen“. Der seinerzeit unternommene „Versuch, Russland zur Abnahme bestimmter deutscher Warentontingente zu verpflichten“, ist an dem russischen Widerstand gescheitert. Russland hat lediglich zugestellt, das Geschäft mit Deutschland zu intensivieren. Der „Erfolg“ dieser „Intensivierung“ ist aus den schon genannten Jahren zu erkennen; er kommt außerdem in der Klage der deutschen Industriellen zum Ausdruck, dass Russland seine Aufträge „nicht immer nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergibt, sondern dass bei der Verteilung der Aufträge auf die einzelnen Länder auch politische Rücksichten mitplayen“.

So hat Russland z. B. im letzten Jahre das Geschäft mit Deutschland praktisch im wesentlichen auf die doch für einen zusätzlichen Export bestimmten Reichsgattung geschäft, während die Balkäufe und kurzfristigen Geschäfte vielfach in das übige Russland gelegt worden sind, obwohl in den Preisen darin die Ursache noch nicht zu finden war.

Sowohl die Klagen der deutschen Interessenten am Russlandgeschäft sich auf die Geschäftsmethoden der Russen beziehen, kann der unbeschogene Zuschauer sich oft eines Lächelns nicht erweichen. Wir wissen schon lange, dass die russischen Handelsvertreter im Ausland außerordentlich günstige Geschäftsleute sind. Sowohl sie dabei nicht in ihre eigene Tasche arbeiten (was auch vorkommen ist), erfüllen sie aber mit dem Aufwand allen geschäftlichen Schärfeins nur ihre Pflicht, und wenn sie bei dieser Pflichterfüllung den ausländischen Kapitalisten unbehaglich werden, so ist dazu zu sagen, dass ja im kapitalistischen Konkurrenz Kampf derartige Unbequemlichkeiten ständig an der Tagesordnung sind.

Die J. und H. weiß darauf hin, dass von der russischen Handelsvertretung, „um das Preisniveau festzustellen“, von allen möglichen Firmen Objekte eingeholt werden, die vielleicht sogar von vornherein nicht ernst gemeint sind. Diese Praxis befolgen auch Privatfirmen, die den Verdacht haben, dass Preisverabredungen gegen sie bestehen, um auf solche Weise den Ring zu sprengen. Was die J. und H. „Schonungslose Preisdrückerei“ nennt, müsse auf seine Berechtigung erst untersucht werden. Wir kennen jedenfalls genügend Fälle von Preisdrückerei nationaler und internationaler Kapitalisten untereinander, die oft mehr als schamlos sind. Wenn die J. u. H. sich weiterhin über die Härte der russischen Abnahmeverhältnisse erregt und die russischen Forderungen unberücksichtigt nimmt, „die Herstellung in den deutschen Fabriken von russischen Ingenieuren überwachen zu lassen“, so halten wir für möglich, dass die im Preise gedrückten deutschen Unternehmer den Preisnachlass im Qualitätsunterchied auszugleichen versuchen und dass die russischen Abnahmeverhältnisse lediglich eine berechtigte Abwehr dagegen darstellen. Wir wissen auf alle Fälle, dass solche Überwachungen der Herstellung national und international so oft stattfinden, dass man sie als regelhaft bezeichnen kann.

Für den Publikisten, der oft gegen bürgerliche Angriffe auf die Zusammenfassung von Wirtschaftsinteressen durch „die öffentliche Hand“ Stellung nehmen muss, weil in dieser Zusammenfassung angeblich eine Schwäche gegenüber der einkapitalistischen Stärke liegen soll, bleibt von den deutschen Unternehmensklagen nur der Eindruck,

wie Karl in Wirklichkeit einheitlich zusammengesetzte Wirtschafts-

interessen sich durchsetzen vermögen.

Als Sozialist muss man dabei, auch wenn man durchaus nicht ge-

neigt ist, die russische Volkswirtschaft als eine sozialistische anzusehen, besondere Bedeutung empfinden darüber, dass offensichtlich die Planwirtschaft gegenüber der verhüten Unternehmensinitiative ihre großen Vorteile hat. Wenn das festzustellen ist für „das dritte Holz“ des russischen Staatskapitalismus, welche Überlegenheit muss dann erst, um bei der Umkehrung des der Bibel entnommenen Bildes zu bleiben, von dem „grünen Holz“ einer wirklich sozialistischen Planwirtschaft zu erwarten sein? Erstens in sozialen Zusammenhängen schon der russische Staatskapitalismus als Riese, so ist sozialistische Prinzip ein Werkzeug der Zukunft zu nennen.

Es ist anzunehmen, dass die Berliner deutsch-russischen Verhandlungen von Deutschland mit größter Energie geführt werden. Man denkt daran, dem russischen Außenhandelsmonopol ein privates deutsches Exportkartell für das Russengeschäft gegenüberzustellen, ist sich aber über die Schwierigkeiten solcher Karikaturierung durchaus im Klaren. Da man nicht erwartet, auf diese Weise etwas Weitreichendes zu bringen, so will man wieder auf die alte Forderung hinaus, Russland zur Abnahme bestimmter deutscher Ausfuhrkontingente zu zwingen. Russland hat inzwischen solche Kontingentsverträge mit Lettland, Persien und der Türkei abgeschlossen. Man hofft deshalb, bei den Russen nicht mehr auf die seinerzeitige grundsätzliche Abneigung zu treffen. Praktisch hält man es für möglich, „die russische Abnahmepflichtung an die jeweilige russische Ausfuhr nach Deutschland zu binden“. Wir sind auf das Resultat der so eingeleiteten Verhandlungen gespannt und werden nach ihrem Abschluss nicht verschleiern, unser Leser mitzuzeigen, wie der deutsch-russische Wettkampf ausgegangen ist.

*
Die Behauptung der kommunistischen Presse, dass Deutschland im Verlauf der Verhandlungen auch eine Neuregelung der russischen Wirtschaftsschulden beabsichtigt, trifft — wie der Sov. Pressedienst erklärt — nicht zu. In dieser Frage ist jede deutsche Initiative durch den Rapallo-Vertrag vollkommen ausgeschlossen. Deutschland und die Sowjetunion haben damals alle Einschätzungsansprüche fallen lassen. Nur wenn Sowjetrussland einen dritten Staat bestimmen sollte als Deutschland, kann das Deutsche Reich neue Ansprüche geltend machen. Diese Voraussetzung ist aber vorläufig noch nicht erfüllt. Das sollte eigentlich niemand besser wissen als unsere Bolsheviken. Ihr Geschrei über eine bevorstehende Verletzung des Rapallo-Vertrags durch Deutschland oder gar die deutsche Sozialdemokratie ist deshalb nichts anderes als eine böswillige Verleumdung.

Zusammenschluss in der Landwirtschaft

Ein Ring ostpreußischer Gutsbetriebe wurde, wie jetzt in der „Georgine“ berichtet wird, am 1. Januar 1927 mit einigen wenigen Betrieben gegründet. Er umfasst heute 16 Betriebe aller Größenklassen mit einem Areal von 184 000 Morgen. Er ist eine Interessengemeinschaft, welche sich den Anlauf bestimmter Artikel, die Bewertung gewisser standardisierter Produkte sowie eine Arbeitsgemeinschaft in landwirtschaftlich technischer Hinsicht zur Ausübung gestellt hat.

Die einzelnen Betriebe treten dem Ring auf die Dauer von einem Jahr bei. Die Güter behalten ihre vollkommene wirtschaftliche Selbstständigkeit bei und nehmen den Ring nur in dem Maße in Anspruch, wie sie es im eigenen Interesse für wirtschaftlich und zweckmäßig halten. Die Erfahrungen des ersten Jahres sollen zeigen, dass eine Einführung auf billigeren Einkauf, und eine besser als durchschnittliche Bewertung gewisser landwirtschaftlicher Produkte zu erreichen ist.

Leipzigs Sensation

zur
weißen
Woche



Überzeugen Sie sich durch eine Besichtigung unserer künstlerischen Innen- u. Außendekorationen. Beachten Sie unser Preisausschreiben!

Monseur Klinkhammer

Von Erich Grisar.

I.

"Gaußt, Jungsens, jaust! Die Firma bezahlt's. Noch eine Flasche Geneva für meine Jungen! Schlaf doch morgen, Gustav! Heute schenk es! Siehst du denn nicht, daß meine Leute Durst haben?"

Der dicke Kontinier bekleidete sich, die leeren Gläser neu zu füllen. Klinkhammer hob das volle Glas. "Jungsens", rief er in den Raum der Trinkenden und Schwanden, "das hat geklappt heute. Ein junges Stück Arbeit habt ihr mir geliefert. Hat aber auch Schweiß gekostet. Und mit das Fell, was, Mennigtopf?"

Der Angelprophene, ein rothaariger Brückenbauer, grüßte und hob die Hand, deren Finger in schwarzen Lederschlitten staken. "Macht nichts, Klinkhammer, faules Fleisch muß weg. Und die Brücke steht, das ist die Hauptsaache."

"Die Brücke steht, jawoll, und ausgerichtet ist sie auch. Morgen rappelt der Niedammer. Drei Wochen hast du Zeit, du lebendes Viezhof. Drei Wochen Galgenfeist, deinen Keller voll Bier zu packen. Deine Flaschen neu zu füllen. Und ranzuschleppen, was du in diesem gotterdammten Lande an lebendem und totem Viehzeug aufstreben kannst. Mach die Gläser voll, du alte Schummerrose!"

Der Dicke eilte herbei und entkorkte eine Flasche.

Da öffnete sich die Tür. Ein scharfer Lufzug wehte Schweiß und Tabakrauch durcheinander. Ein Mann mit einer Amtsmütze und einer kleinen Polizeimütze, wie sie die Briefträger in Finnland tragen, trat in die Kantine. Einen Augenblick sah man durch die offene Tür auf die vom Monde beschienenen Wellen der Uca, die keine hundert Kilometer von hier in den Botnischen Meerbusen mündete.

"Habt ihr Säcke bei euch zu Haus", rief Mennigtopf dem Ein-trotenden entgegen und stieß mit dem Fuß nach der Tür, daß sie trocken zuschlug.

Den Angelkommenen störte das nicht. Er trat auf den Moniteur zu und fragte: "Söld Ihr Klinkhammer?"

"Das bin ich, was gibt's?"

"Ein Telegramm für Sie!"

"Ein Telegramm? Gib her." Er riß dem Boten das Papier aus den Händen und öffnete es. "Aber das ist doch", unterbrach er sich, nachdem er kaum einen Satz gelesen. "Jungsens, hört auf! Keinen Schuß mehr! Verstanden. Ausziehen, was in den Gläsern steht. Ausziehen, habe ich gesagt!" schauerte er Krähensuß, den Brückenbauer, an, riß ihm das Glas aus der Hand und knallte es auf den Boden. Krähensuß knurrte. Mennigtopf riß das Maul auf bis zu den Ohren. Aber es lagte keiner ein Wort.

"Sieht nicht da wie die Oelsgöhen!" schrie Klinkhammer die Staunenden an. "Wir müssen raus. Alle auf die Brücke. Im Gebirge hat sich das Holz losgerissen, das kommt nun drei Wochen vor der Zeit den Strom herunter. Habt ihr verstanden? Morgen abend liegen hunderttausend Stämme vor unserem Gerüst. Wir liegen mit unserer ganzen Brücke im Wasser, wenn wir sie nicht festkriegen bis da."

"Aber wir kriegen doch keine zwei Felder genietet bis morgen abend", fiel ein langer Nicker ihm in die Rede.

"Halt doch das gotterdammtes Maul, du Holzkopf! Wer sagt denn, daß du sie nielen sollst? Schrauben sollst du mir in die Löcher stießen. Schrauben und Dorne, bis du zusammenbrechst, und ich will nicht Klinkhammer hören, wenn ich die Brücke nicht festkriegen. Über mein Ich, ich lasse mit die Brücke unten hinunter wogtreiben, weil ihr Schlappschwänze zu faul seid, eine handvoll Schrauben einzuziehen? Und ich sage euch, die steinernen Wölfe sollen mich eher bei lebendigem Leibe fressen, als daß ich mit ansehe, wie meine Brücke in den Strom geht. Habt ihr gehört, kein Schwanz kommt mit aus diesem Lande, keiner von euch sieht seine Mutter wieder, wenn wir die Brücke nicht festkriegen. Also, an ihn mit Gebrüll!"

Die Männer schoben sich schon nach draußen. Der dicke Kontinier räumte seine Flaschen fort.

"Nichts da, du faule Tonne! Du fährst nach der Stadt und hoffst mir an Schrauben, was du kriegen kannst. Hast du verstanden? Und komm zurück, ehe das Holz kommt..."

Der Dicke nahm schon seinen Pelz von der Wand und zog ihn an. Einen Augenblick später war es dunkel in der Kantine.

Zu den Mannschaftsräumen jedoch wurde es lebendig. Die Schlafenden wurden geweckt, und während schon die Werkzeuglisen stürzten und die ersten Männer über das Gerüst auf die Brücke kropten, knurrte eine verschlafene Stimme in die Nacht hinein: "Was ist denn los da draußen? Das Alter ist wohl verrückt geworden?"

"Verrückt oder nicht, aber wir müssen es schaffen, wenn wir nicht ein halbes Jahr umsonst in dieser Wüste liegen wollen."

Eine Frau huschte aus der Mannschaftsbude. Iemand machte einen zeitigen Ruf. Klinkhammer trat an die Spießecke heran. "Sei nicht böse, Mädchen, übermorgen hast du deinen Schatz wieder für die ganze Nacht." Dann nahm auch er sich Niedammer und Schraubenschlüssel und folgte seinen Leuten auf das Gerüst. Das stand dunkel und hoch im mondlüftübergänzten Strom, dessen Flut sich an den dicken Pfählen mit leisen Gurgeln brach. Darüber noch, schwungend und tün, lag die vorgeholtene Brücke. Zischen ihrer Unserigkeit übertrug ein geflüstertes Wüst ihre Höhe. Doch klar und unverwischbar malte sie ihre fühligen Konturen gegen das tiefe Blau des sternendichten Himmels. Und schwang sich, ungehemmt durch das Gewirr sie stürzender Gerüste, in fühlarem Bogen von West zu Osten.

Da und dort sprangen schon unter der Wucht der niederschlagenden Hämmer Funken auf. Dorne klirrten.

"Recht so", sagte Klinkhammer anfeuernd, als er den Eifer seiner Leute sah. Und fuhr fort: "Das aber sage ich euch, eher werft euren ganzen Wohnenlohn in den Strom, als daß mit einer Schraube in das Wasser geht. Verstandemuh?"

"Yes", brummte einer der Angelprophenen.

"Und wo die Teilung dicht genug ist, kann auch mal eine Schraube fehlen. Auf fünf Loch eine. Und nun los: Schraube, Dorn, Schraube, Dorn."

Auf der Brücke donnerte es schon wie in einer Kesselschmiede. In gleichmäßigem Abstand stand Mann bei Mann und steckte Schrauben und Dorne in die erst gebohrten Knotenpunkte und Löschern. Schraube, Dorn; Schraube, Dorn ging es unter flinken Händen weg. Die Niedermänner sonnten nicht schnell genug Schrauben und Dorne heranzuschaffen, immer wieder sprang irgendwo eine Stimme auf: "Hierher, du Lausehund! Hierher! Schrauben braucht ich. Dorne!"

Vom nahen Hafen dröhnten die Sirenen der Dampfschiffe. Jeden zweitwöchig in der Ferne blinkte das Licht eines Leuchtturmes. Die Brückenbauer sahen nicht auf. Schraube, Dorn; Schraube, Dorn, ging es ihnen unter den Händen fort.

Der Morgen kam und brach mit fahlem Schimmer in das Dunkel. Die Stimmen des Landes erwachten. Weiße Mönche illogen über den Köpfen der Schaffenden weg. Die sahen nicht auf.

Es wurde Mittag. Die Sonne brannte. Der Hunger töte den Männern in den Därmen, aber keiner dachte an essen. Hoch oben auf dem Obergut stand Klinkhammer und stieß Dorne in die Rie-

löher des Windverbandes. "Schrauben heraus!" rief er zum Ufer hinüber, "Schrauben ihr Böze!"

"Sind keine mehr da!"

"Schrauben habe ich gesagt; Schrauben, oder ich komme euch herunter und hänge euch eigenhändig in den Maibaum."

"Hier sind noch Schrauben!" rief Krähensuß. "Und hier und hier", kam es von allen Seiten. Jeder halte sich einen Boden aus die Seite gehobt, daß keine Verzögerung dem Nachbarn einen Vorsprung verschaffe. Aber es langte nicht. Bier Uhr nachmittags war die letzte Schraube eingezogen.

Klinkhammer flüchtete und konnte es doch nicht ändern. "Wo diese faule Tonne nur bleibt mit den Schrauben?" fragte er. Dann zu den Leuten: "Legt euch schlafen. Wenn Gustav zurückkommt, ist keine Zeit mehr dazu!" Unruhig lief er über den Obergut und blickte in das Land hinein. Aber es war nichts zu sehen. Keine fünfhundert Meter vor der Brücke weg verschwand der Weg im Walde. Und der versperrte jede Sicht.

Aber auch von den anderen hatte keiner Ruhe. Immer stand einer noch eine Schraube, die ihm nicht fest genug war, immer noch einen Dorn, den ein Schlag mit dem Hammer tiefer in die Niedermänner stieß. Es wurde nicht ruhig auf dem Gerüst.

Mit zusammengebissenen Zähnen wartete Klinkhammer auf Gustav, der mit Schrauben unterwegs war. Es wurde Abend, doch der Wagen blieb aus. Gegenüber standen die ersten Holzfäden den Strom heruntergeschoben und legten sich krachend vor das Gerüst. Die Brücke bebte, aber sie stand.

Und nun kamen immer neue Stämme heran. Hundert bei hundert. Tausend bei tausend, und jeder legte sich krachend vor die schon angeschwemmten Stämme. Unfähig stand Klinkhammer auf dem Gerüst. Mennigtopf reichte ihm ein Stück Wurst, das er sich aus der Kantine geholt hatte. Er rührte es nicht an.

"Wenn Gustav jetzt nicht kommt, sind wir verloren. Ist unsere Arbeit für die Rohe."

Die goldene Kette

Wenn wir Deutschen eine Literaturgeschichte schreiben, so bemühen wir uns, wissenschaftlich gründlich und unangreifbar zu sein. Kein größerer Vorwurf, als daß die leichten wissenschaftlichen Resultate nicht berücksichtigt oder ein Datum falsch angegeben sei. Was alles sehr läblich ist, aber oft den Nebeneffekt hat, daß unsere Arbeiten unleserlich werden, oder daß der Leser ob alter Wissenschaft ein Gähnen mühsam unterdrückt.

Upton Sinclair macht das anders. Wenn er in seiner "Goldenen Kette", die im Malitz-Verlag in Berlin erschien, ist, nachzuweisen will, daß die künstlerische Tätigkeit jederzeit bedeutend ist durch die jeweils gegebene Gesellschaft und durch die Abhängigkeit des Künstlers von ihren herrschenden Klassen", so erzählt er die Geschichte von Oggi, dem Sohn des Og, der als erster den Büffel nachbildet, den er erschlagen hatte, und um seinen Zauberlust will von dem Stammeshäuptling in Gold genommen wurde, damit er seine Macht vermehre und seine Herrlichkeit erhöhe durch die Propaganda seiner Bilder und Lieder und Tänze. Dann wird diese Geschichte Oggi und seiner Söhne, der Künstler, durch die Jahrtausende verfolgt, und es ergibt sich: 1. "Alle Kunst ist allgemein und unvermeidlich Propaganda, bisweilen unbewußt, aber sehr häufig bewußt." 2. "Große Kunstwerke werden geschaffen, wenn eine wirklich bedeutsame, lebenswichtige Propaganda mit aller in der jeweiligen Kunstrasse möglichen technischen Vollkommenheit betrieben wird." 3. "Der Künstler ist ein soziales Produkt; seine Psychologie und die seines Werkes wird von dem zu seiner Zeit herrschenden wirtschaftlichen Kräften bestimmt." 4. "Der anerkannte Künstler jeder Periode ist ein Mensch, der mit den herrschenden Klassen dieser Periode sympathisiert und deren Interessen und Ideale seine Stimme lebt."

Das ist eine ganz hübsche Sammlung grundsätzlicher Theorien, über die sich schwergeschickte Bücher schreiben lassen. Sinclair tut etwas Besseres und Schwierigeres, er erzählt der großen Masse, die keine gelehrten Bücher liest, diese Sache, indem er die Ogis der verschiedenen Zeitalters uns vorführt, ohne die Verkleidungen und den Edelrost der Klassizität, ohne das Laterna Magicalicht der Unterblütelektissilusion.

Welche Rolle das tägliche Brot und die standesgemäße Wohnung, der abendliche Smoking und Frau Ogis Bedürfnis nach ihrem Anteil an der Büffelleiste, anders ausgedrückt: nach seltsamen Utensilien und silbernen Bestecken, an der Entwicklung der Kunst je und je gehabt hat, wird erzählt. Und ebenso die Kehleite, das Schafstal derer, die revolutionären und unerhörten, soweit nämlich die weiterströmende Entwicklung sie wieder emporgetragen hat und aus Reihen und Reihen Propheten und Visionäre macht.

Die Art, wie er das macht, ist oft glänzend. Altestamentische Propheten und ihre Revolte gegen den Agrarwucher ihrer Zeit unter der Beleuchtung eines modernen Presseberichts; das newtestamentliche Evangelium als parteiagitatorische Brochüre einer kommunistischen Seite entlarvt; jolche Durchleuchtmungen sind außer wohltätig und dienen wirtschaftlichem Verstehen von Gegenwart und Vergangenheit besser als diese historische Wälzer. Und hier ist Sinclair am besten.

Er ist aber auch vorzüglich und nützlich, wenn er sich unserer Gegenwart nähert und die Typen der bürgerlichen Künstler und der antibürgerlichen Opponenten und Revolutionäre zeichnet. Durch ein Dichter falscher Überlieferungen, Illusionen und direktier Täuschungen redet er, ein tapferer Pionier, einen Psob, und es ist ein Vergnügen, dieser Aufräumungsarbeit zu folgen und ihre Resultate zu genießen.

Ein Bild durchs Dichter ist keine regelrechte Landsknecht. Die läßt sich nicht an einem Tage und nicht durch einen Menschen bauen. Wer die Korrektheit unserer Chauven bei Sinclair erwartet, der bleibe ihm lieber fern. Zufrieden, die argen Baumstumpfen und Dornen beiseite zu schaffen, überläßt er den Chauven an anderen. Sein Buch ist weder lässig noch systematisch. Mit einem halben Dutzend Beispiele werden Muß, Malerei, Plastik abgetan. Sinclair ist Schriftsteller, und seine Geschichte der Künste ist eine Geschichte der Literatur. Er ist Angelasch, und außer der angelsächsischen Literatur und ein paar Klassikern der Weltliteratur kennt er fast nur Franzosen und Russen. Für uns Deutsche ist das ein Vorteil. Universalistische Dichtung ist viel zuwertig, besonders in unseren Arbeitskreisen, bekannt. Ein Einführungsbuch wie dieses, das unsere Augen zugleich schärft kann für die heimatlichen Dinge, muß uns sehr willkommen sein.

Und willkommen sei gerade bei uns die Unbekümmertheit des Visionärs, mit der Sinclair sagt, was wesentlich ist und die Nebendinge unbeachtet läßt, so unbeachtet, daß ihm mancher Schuljunge einen Schnäpper nachweisen kann; was für den Schulungen — oder Hochgelehrten — ein Vergnügen und für den Wert des Buches ganz gleichmäßig ist. Die Einzelheiten einer Inhaltsangabe, einer Lebensgeschichte, eines Datums sind nämlich völlig belanglos für die Grundbeinstellung, die für uns wesentlich, und für die Einordnung und Beurteilung der einzelnen Persönlichkeiten, die meist überraschend richtig, immer aber sehr aufschlußreich ist.

Das Buch ist also ein ausgezeichnetes Lehrbuch soziologischer Kunstbeobachtung, eine gute Einführung in die Literaturverhältnisse der angelsächsischen Welt und außerdem eine ebenso amüsante wie unregelmäßige Unterhaltung. Was läßt sich mehr verlangen?

Sagen sieh sich natürlich noch dies, daß Sinclair's Söhne keine Dogmen sind. Dog ich einige für überspielt und einseitig halte, so

doch die Gefahr eines Missverständnisses besteht: daß man nämlich gereime oder gemalte Leidenschaft auf Sinclairs Wort hin für Kunst nimmt; und daß es also ein besonderes Vergnügen sein wird, sich mit ihm ausführlich auseinanderzusehen.

Aber solche Auseinandersetzung gehört in einen andren Zusammenhang. Heute sei nur gesagt, daß ich dies Buch für die beste literatursoziologische Studie der letzten Jahre halte, und daß jeder literarisch interessierte Genosse, vor allem aber die Jugend, sie lesen sollte.

Anna Stemmer.

Experimente im Museum der bildenden Künste

Das Leipziger Museum der bildenden Künste ist seit Jahrzehnten eine höchst fragwürdige Institution. Trotz seines Direktors ist es im Grunde immer direktionslos gewesen. Es läßt sich kaum ausmachen, welche Gelegenheiten in diesem Museum der Stadt Leipzig verpaßt worden sind. Und das hat nicht nur an der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel gelegen. Die Direktoren der letzten Jahre haben in jeder Weise versagt, sie waren bestensfalls Verwaltungsbeamte mit eigenwilligen Spezialinteressen, die ewig Landstreide und Hilflose in dem lebendigen Kunstbetrieb unserer Zeit waren. Natürlich ist durch die Bildnis der Kunstscheinungen des 20. Jahrhunderts schwer durchzufinden, aber ein Direktor des Leipziger Museums hätte doch doch mindestens ein ebenso starkes Qualitätsgefühl haben müssen wie etwa die Direktoren kleinerer Museen, ich denke nur an Bremen, Halle und Mannheim; seine Sicherheit und sein Kunstinstinkt hätten wenigstens gute und dargestellte Bilder deutscher Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts zu einer über Leipzig hinaus bedeutenden Sammlung zusammengefügen müssen, nachdem die Gelegenheit, gute Impressionisten zu erwerben, verpaßt war. Die Sammlung sogenannter moderner Maler ist absolut direktionslos zusammengefaßt worden, meist sind es ganz gleichgültige Stücke bekannter Namen, von einer Qualitätsgefühlung spürt man rein gar nichts. Auch die von Leipziger Künstlern gefärbten Bilder wirken so zufällig, ja man kann fast sagen, man hat mit Fleiß verstandne gerade das Belanglose fürs Museum herauszusuchen. Ohne Verständnis und Qualitätsgefühl, ja ohne Begeisterung zur Kunst, der Trostlosigkeit des Künstlers sind natürlich die verantwortlichen Instanzen des Museums hauptsächlich mit schuld. Was nützen uns Künstleute, die ihre Ausgaben mißverstehen oder ihnen nicht gewachsen sind. Auf jeden Fall ist es den Leipziger Direktoren des Museums der bildenden Künste in den letzten Jahren nicht gelungen, jene Atmosphäre zu schaffen, die das Künstlerleben einer Stadt lebendig und produktiv beeinflusst. In kleinen Zwickeln macht man eine verhängnisvolle Kunstpolitik, die sich vollkommen bestmöglich zu den wirklichen Aufgaben ausspielt, die Allgemeinheit, das Künstlerleben der Stadt haben den Schaden davon. In einem späteren Aufsatz soll ausführlicher auf diese Fragen eingegangen werden.

Wenn man all die oben erwähnten Mißstände in Betracht zieht, kann man sich schon denken, daß Neuordnungsversuche in einem so lieblosen Kunstbetrieb kaum eine nennenswerte Verbesserung bringen können. Und so ist es auch. Nun leidet unser Museum allerdings unter einer Architektur, die auch für geschickte Museumsleiter ihre Schwierigkeiten haben wird; es wird hier immer schwerer sein, die Sammlungen zu einer restlos bestiegenden Entlastung zu bringen. Ja, wenn es in Leipzig nur gut entfallen gäbe!

Im großen Oberlichtsaal hat man mit verschiedenen Anstrichen die Wände in einzelne Flächen zu gliedern versucht, die jede für sich mit dem daraufliegenden Bild wirken soll, aber doch so, daß ein Raumganzen gewahrt bleibt. Ein Versuch, der deshalb nicht gegückt ist, weil die Anstriche an den Bildern, die übrigens meist fast farblos wirken, genommen zu sein scheinen. Es ergibt sich eine Korrespondenz zwischen Wand- und Bildsäulen, die die Wirkung der Bilder schwächt. Die großen Formate des Klinger- und Greinerbilders bringen nur eine äußerlich repräsentative Wirkung auf, das schöne Bild Uhdes und die fastige Kreuzigung Corinths sind durch die Anstriche um ihre Wirkung gebracht. Miserabel wirken die Marmoplastiken rechts und links von Klinger's Kreuzigung. Von wirklich guter Wirkung ist nun die Aufführung der neuverworbenen Frauenlosos Lehmbrucks, der ja schon in sich stark dekorativ betont ist.

Ganz schlimm ist das Kraus-Hein-Strathmann-Kabinett aufgemacht, die vollgespannten Wände eines Gemäldewarenladens können nicht schlechter sein. Sehr hübsch ist dagegen die Sammlung Altenfeld untergebracht. Ein entzückend kleiner Renoir (Rost im Walde) wirkt geradezu bezaubernd. Dagegen sind die in Vitrinen (die manchmal beleuchtet sein sollen) untergebrachten Kleinplastiken von Kolbe, Alber und der Sintenis in ihrer Wirkung sehr beeinträchtigt, das Arrangement ist zu platt funktiver geworden.

Ganz beziehungslos hat man Rodins prachtvollen Johannes in die Rotunde der Prellerischen Odysseuskabinett gestellt. Das Oberlicht verzerrt die plastische Wirkung ganz und gar. So hat man es höchst verstanden, die beste Plastik, die wir im Leipziger Museum haben, möglichst ungünstig und sinnlos aufzustellen.

Allso mit der Neuordnung des Museums ist es nicht weit her, — solange nicht ein falscher, lebendiger und in die Kunst verliebter Leiter gefunden sein wird, können wir von all den Neuordnungsversuchen kaum etwas Bestrebendes erwarten. Wir müssen uns schon an die paar kostbarkeiten halten, die sich in all dem Bildkabinett verstehen: der Juwel von Frans Hals und Rembrandts Selbstbildnis, die nicht solcher Ehrenplätze für würdig befunden werden wie die langweiligen Greiner- und Klingerbilder.

Max Schimme.



Der Junge mit dem „Säbel“

Das heißt, es war kein richtiger Junge, der den Offiziersäbel unter dem Arm trug, denn er maß mindestens 1 Meter 75 Zentimeter. Aber sein Gesicht war ganz jungenhaft. Und das Kinder-spielzeug von Säbel trug er auch. Es war also doch ein Junge.

Und — sein Benehmen war jungenhaft und siegelfig. Darauf ändert nichts, daß er nach neuester Mode elegant gekleidet war und eine elegante und vornehme junge Dame an seinem Arme stand. Es war auf dem Leipziger Hauptbahnhof, auf dem wir eben mit einem Sonnenschein angemessen waren. Der Bahnsteig war gestopft voll von Menschen, und alle drängten nach dem Ausgang. Der elegante „Herr Junge“ mit der vornehmen Dame an einem Arm — vielleicht waren sie auch „A. Güte“ gefahren wie wir — und dem Koffer in der anderen Hand, drängte rücksichtslos durch. Seinen Säbel hatte er quer unter dem losfertigen Arme geklemmt und ließ ihn gerade hinten hinaus ragen, rücksichtslos, denn — er hatte hinten, wie ich genau festgestellt habe, wirklich keine Augen. Darum streifte er auch jetzt ganz gefährlich die Wange eines Kindes, es bedurfte nur eines kleinen Rudes, einer Stockung, und das Südlende hätte dem Kind ins Auge fahren müssen.

Das konnte ich wirklich nicht mehr mit ansehen. So erlaubte ich ganz gewöhnlicher Mensch mit, ohne besondere Zeremonie und Ehrfurcht den geholzten Säbel ganz nach unten zu drücken, damit er keinen Schaden antrichten könnte. Aber was hatte ich damit angerichtet? Wenn Blicke töten könnten, da hätte ich im nämlichen Augenblick auf dem Bahnsteig, durchbohrt von den Blicken des Herrn Jungen und seiner Dame, tot umfallen müssen. Und nachdem sie mich so mit den Blicken zu Tode gemustert (ich hatte mit noch erlaubt, den „Herrn“ darauf aufmerksam zu machen, daß die Säbelhaltung gefährlich gewesen sei), da begann er, nicht etwa sich zu entschuldigen, o bewahre!, sondern recht kräftig, um seine elegante Mode noch durch die dazugehörige Bildung zu verstärken, auf mich zu schimpfen. Ich habe ihm nur ein paar kurze kräftige Worte entgegnet. Vielleicht wäre eine kräftigere Abfuhr besser gewesen.

Das hatte denn wohl leicht „proletärenhaften“ erscheinen können. Aber solche empörend rücksichtslosen Menschen der „guten“ Gesellschaft verdienst allerdings nichts anderes, als daß man ihnen so eindringlich wie möglich klar macht, daß auch die von ihnen verachteten Proleten Menschen sind. Rücksicht kennt diese Sorte Menschen nicht, auch wenn sie die Gesundheit anderer gefährden. Sie muß ihnen eben darum recht eindringlich beigebracht werden.

Civils.

Wählen an der Universität

Am 9. Februar werden an der Leipziger Universität die Wahlen zum Allgemeinen Studenten-Ausschuß (Afa) abgehalten. Die Sozialistische Studentengruppe beteiligt sich an der Wahl wie früher mit einer eigenen Liste (Nr. 1).

Der Verfassungskampf der Studentenschaft, der im vergangenen Dezember bekanntlich für die preußischen Hochschulen mit der Auflösung der studentischen Selbstverwaltung endete, stellt diesmal auch die Leipziger Studentenschaft vor die Entscheidung zwischen den völkischen Korporationen und ihren freitraditionellen Mitgliedern auf der einen und den sozialistischen Studenten auf der andern Seite. Mit deutlicher Klarheit fordern die Nationalsozialisten und der „Hochschulring“, daß die Leipziger Studentenschaft sich weiter für die antisemitischen, unsozialen und konservativen Umtriebe der „Deutschen Studentenschaft“ hergeben soll, obgleich diese in Preußen längst zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Mit eben solcher Klarheit fordern die sozialistischen Studenten, daß alle Beziehungen zwischen Leipzig und der „Deutschen Studentenschaft“ abgebrochen werden, denn nur bei völliger Trennung von dieser arbeiterfeindlichen Parteiinstitution wird es in Sachen Überhaupt noch möglich sein, im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung fruchtbare soziale Arbeit zu leisten, deren Ausgestaltung von jeder Ziel der Sozialisten gewesen ist.

Für Zulassung aller Vollschichten zur Hochschule ohne Rücksicht auf Geldbeutel, Staatsangehörigkeit und Vorbildung, für Baubau der wirtschaftlichen Hilfsseinrichtungen, Stoffstellung der Kollegialen und völlige Vermittelbarkeit für Unbemittelte.

Dieses klare hochschulpolitische Ziel haben allein die Sozialisten. Es ist bezeichnend für die Unklarheit der stärksten Gruppe in der Studentenschaft, daß unter den genügend bekannten Firma „Einheitsliste“ in den Wahlkämpfen geht, daß sie es vermeidet, zu der Verfassungsfrage eindeutig Stellung zu nehmen. Dass die kommunistische Studentengruppe dies ebenfalls nicht tut, ist nicht eigentlich verwunderlich, da man ja weiß, daß die bedeutungslosen kommunistischen Splittergruppen niets in Wahrheit nur die Interessen der Völkischen mit besorgen helfen. Man denke nur daran, daß z. B. in Berlin die kommunistischen Studenten-Mitglieder der völkischen deutschen Studentenschaft geworden sind und freiwillig für deren reaktionäre Zwecke mit einem Beitrag leisten.

*

Un der Hochschule sind die im politischen Leben vorhandenen Reibungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten natürlich geringer. Trotzdem scheinen die Leipziger kommunistischen Studenten auch in diesem Wahlkampf ihre Agitation weniger gegen die reaktionären Studenten als vielmehr gegen die sozialdemokratischen richten zu wollen. In dem reaktionären Politikorgan der Leipziger Kommunisten (SUZ vom Montag) wird die sozialistische Studentengruppe dafür, daß sie in klarer Abgrenzung von allem was nicht zu ihr gehört, mit einer eigenen Liste im Wahlkampf austritt, nicht eines „Betrates“, jedoch eines „Beträchters“ angeklagt. Was das sein soll, ist nicht recht begreiflich; das kürzlich hier besprochene Fremdwörterbuch des Chefredakteurs der SUZ verlegt hier seine Auskunft. Die sozialistische Studentengruppe soll nach der SUZ ganz scharf darauf erzielt sein, ihre Wähler aus Jugendbewegungskreisen, d. h. unterarten und leichten Endes auf dem Boden des Kapitalismus stehen den Elementen zu erhalten. Gewiß, die sozialistischen Studenten bemühen sich, in diese Kreise einzubringen, genau wie das die Kommunisten tun. Aber sie machen das nicht, indem sie diesen Studenten ausschließlich ein Programm mit zum Teil aus sozialistischen Flüglern abgeschriebenen Forderungen nach Studienreform und Selbstverwaltungsreform unterbreiten. Die sozialistischen Studenten sagen es allen Studenten klar, daß ihr vornehmstes Ziel nicht die Verkürzung der Studiendauer in Medi-

„Vertrauensarzt“ als Unternehmerzeuge

In der Zeitschrift „Gesundheit“ versucht der Berliner Arzt Dr. Levy-Lenz, der als Vertrauensarzt tätig ist, die Notwendigkeit der Nachuntersuchung der erwerbsunfähigen geschriebenen Krankenkassenmitglieder durch Vertrauensärzte in einer Art und Weise darzutun, der nicht scharf genug entgegengetreten werden kann. Der sozialistische „Volksstaat“ hat den Artikel kommentarlos nachgedruckt. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung aber schlägt ihn gegen die Krankenkassenmitglieder aus und schreibt von „Krankenpsychose“. Da ist es notwendig, daß dem ärztlichen Kronzeugen des Unternehmers entgegentreten wird.

Nachdem Dr. Levy-Lenz die Behauptung aufgestellt hat, daß als Vertrauensärzte nur Spezialisten bzw. die tüchtigsten und erfahrensten Aerzte gewählt würden, und daß diese daher das beste Urteil abgeben könnten, schreibt er weiter:

„Wenn ich Patient, wenn ich wirklich frank wäre, ich müßte gestehen, ich würde mich direkt streuen, wenn ich Gelegenheit hätte, kostlos noch von einem zweiten Arzt, noch dazu von einer anerkannten Kapazität untersucht zu werden; vielleicht hat doch mein behandelnder Arzt dies oder das übersieht, vielleicht liegt doch noch etwas anderes vor...“

Welche Ironie liegt in diesen Worten! Wer selbst schon Gelegenheit hatte, als einfaches Mitglied einer Krankenklasse sich einer vertrauensärztlichen Nachuntersuchung unterziehen zu müssen — oder sich sonst mit dieser Frage beschäftigt hat, der wird wissen, daß sehr viele Nachuntersuchungen alles andere als gründlich waren, so sehr oft das Thermometer die Hauptrolle spielte. War kein Fieber vorhanden, dann war der Patient erwerbsfähig. Der Vertrauensarzt fand oftmals noch nicht einmal die Krankheit, die der behandelnde Arzt festgestellt hatte, geschockt denn noch mehr. Gerade aus diesem Grunde haben die meisten Mitglieder der Krankenkassen das Vertrauen zu den Vertrauensärzten verloren.

Dr. Levy-Lenz schreibt dann weiter:

„Zunächst einmal ist die Zahl der wegen einer ganz geringfügigen Unmöglichkeit arbeitsunfähig geschriebenen Personen ungeheuer (?). Man kann ruhig auf Grund großer Statistiken sagen, die Hälfte aller arbeitsunfähigen Geschriebenen kann arbeiten (?). Krank und arbeitsunfähig ist nämlich nicht dasselbe. Wenn ich einen Schnupfen habe, bin ich frank, aber nicht arbeitsunfähig; wenn ich eine Bartflechte habe, bin ich frank, aber nicht arbeitsunfähig. Die meisten Kassenmitglieder wissen das nicht und glauben deshalb, bei dem leisesten Wehwehchen nicht arbeiten zu dürfen. Erst später habe ich einen Patienten nachuntersuchen, der empört war, weil ich ihn für arbeitsunfähig erklärt (fast wahrscheinlich arbeitsfähig heissen). D. Red. (D. 29); er hatte — er war Maurer — einen harmlosen Ausschlag am Ohr.“

Nach Ansicht dieses Vertrauensarztes sind die meisten Arbeiter faulfrisch, haben keine Lust zur Arbeit und wollen nur die Kassen ausnutzen. Die Arbeiter mögen nach Ansicht dieses reaktionären Arztes nur solange schlafen, bis sie auf der Arbeitsstelle auseinanderbrechen, und dann fort mit ihnen auf den Friedhof. Würde dieser nette Vertrauensarzt schon einmal in der Metallindustrie im Minutenstoff schwere Arbeit geleistet haben, so würde er nicht die Dreistigkeit dessen, und einen solchen Artikel schreiben. Und hätte Dr. Levy-Lenz auch nur eine flache Ahnung von den Verhältnissen im Baugewerbe, so würde er nicht solche Mätzchen machen. Weiß dieser „arbeiterfreundliche“ Vertrauensarzt, was es heißt, bei Wind und Wetter in schwindelnder Höhe, ohne genügende Schutzgerüste, schwere Bauarbeiten zu leisten, oder im Inneren des Baues den ganzen Tag der Zugluft ausgesetzt zu sein? In solchen Fällen kann selbst ein Schnupfen die Arbeitsunfähigkeit bedingen. Der Herr Vertrauensarzt wird selbstverständlich im warmen Zimmer und in Filzstühlen auch bei einem Schnupfen „arbeiten“ können. Als Gegenstück zu dem von Dr. Levy-Lenz an den Haaren herangezogenen Fall von dem Maurer sei ein anderer Fall aus

neuerer Zeit erwähnt. Ein Maurer hatte ein Dormileiden, was zur Folge hatte, daß er täglich mehrfach den Abort ausführen musste, ein Zustand, der Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat, denn sein Unternehmer ist gewillt, einen solchen Mann zu beschäftigen. Der Maurer wurde vom Vertrauensarzt nachuntersucht. Die Nachuntersuchung bestand darin, daß der Vertrauensarzt fragt: „Wann waren Sie zum letztenmal auf dem Abort?“ Als die Antwort lautete: „Heute früh“, sagte der Vertrauensarzt: „Ziehen Sie sich wieder an!“ Resultat: erwerbsfähig. Der Maurer ging wieder zum behandelnden Arzt, der ihn zur Krankenhausbehandlung überstieß, die einige Wochen dauerte.

Dr. Levy-Lenz versetzt aber auch mit seinem Schreibstiel den gesamten Kassenärzten einen schweren Schlag, denn all die angeblich „Faultranten“ können sich nicht selbst arbeitsunfähig schreiben, sondern die Kassenärzte müssen es tun. Dass aber die Kassenärzte derartig leichtfertig handeln oder so dummkopfisch sind, wie es Dr. Levy-Lenz hinzufüllen beliebt, muss beweist werden.

Wenn Dr. Levy-Lenz dann seine Behauptung über die Sucht der Arbeiter nach Krankengeld damit zu stützen versucht, daß er schreibt, von hundert zur Nachuntersuchung bestellten Kranken hätten sich 60 von selbst vor der Untersuchung arbeitsfähig gemeldet, so wird damit, vorausgesetzt, daß seine Behauptung richtig ist, noch nicht bewiesen, daß diese Patienten nicht frank waren und nicht noch der Schonung bedurft hätten. Viele Arbeiter lehnen es ab, sich einer zweifelhaften Untersuchung zu unterziehen oder sich mit dem Vertrauensarzt oder der Krankenklasse herumzuschlagen oder das Versicherungsamt anzuruhen. Und höchstlich ist ja nicht ausgeschlossen, daß in mehreren Fällen eine Abmeldung erfolgt wäre, auch ohne die Bestellung zum Vertrauensarzt. Es ist grober Unfug, wenn auf Grund solchen Materials in der Deutlichkeit so schwere Vorwürfe erhoben werden.

Grober Unfug ist es auch — wenn nicht noch mehr —, wenn Dr. Levy-Lenz dann noch schreibt:

„Reicht in irgendeinem Berufe ein Streik aus, so verzerrt er sich die Zahl der sich arbeitsunfähig Melbenden; tritt starker Frost auf, so daß die Bauarbeiter nicht arbeiten können, so verzerrt sich sogar diese Zahl. Weil bei der Firma X am Montag gestrichen wird, soll es am Dienstag viermal soviel Arbeitsfähige geben wie am Tage vorher?“

Damit zeigt der Artikelschreiber seine reaktionäre Einstellung, sowie seine Unfähigkeit, sich ein sachliches und gerechtes Urteil zu können. Der Herr Vertrauensarzt weiß anscheinend nicht, daß der Arbeiter, dessen Lohn in den meisten Fällen zum notwendigen Lebensbedarf nicht ausreicht, eben solange arbeiten muß — auch wenn er leidend ist —, solange es irgend geht. Hört dann die Beschäftigung aus irgendeinem Grunde auf, dann tritt die Krankheit viel stärker in Erscheinung, was zur Folge hat, daß ihn der Kassenarzt arbeitsunfähig schreibt. Das müßte eigentlich ein Berliner Arzt auch wissen, der sich anscheinend mit zu den „Kapitäten“ rechnet. Oder will er es nur nicht wissen? Würden vielleicht die Arbeiter ein Einkommen wie Dr. Levy-Lenz haben und alle Jahre vier bis sechs Wochen ins Bad reisen können, dann würden sie es nicht notwendig haben, sich den unberichtigten Vorwürfen eines Vertrauensarztes auszusetzen. Mit solchen Artikeln wird das Vertrauen der Kassenmitglieder zu den Vertrauensärzten nicht gehoben. Anscheinend kommt es dem Artikelschreiber auch gar nicht darauf an. Der Herr Vertrauensarzt ist im Kampfe gegen die Sozialpolitik und ihre Einrichtung für die Unternehmer ein sehr brauchbarer Mann. Wir empfehlen deshalb, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, den Herrn in Ehrenfeld zu nehmen, damit er sich für das kapitalistische Unternehmereum ganz dem Kampfe gegen den „Wohlfahrtsstaat“ widmen kann. Durch seinen Artikel hat er zweifellos den glänzenden Beweis erbracht, daß er sich dieser Unternehmerrechte würdig erweisen wird.

Krankenkassenbeiträge bei Arbeitsunfähigkeit

Der § 388 NWG bestimmt, daß Krankenversicherte bei den gesetzlichen Krankenkassen, solange sie arbeitsunfähig sind, für die Dauer der Krankenheilung keine Beiträge zu entrichten haben. Das gilt auch, wenn eine Krankenversicherte Wochen- oder Schwangerengeld bezieht, nur ist in diesem Falle Voraussetzung, daß sie nicht daneben noch gegen Entgelt arbeitet. Diese Gesetzesbestimmung ist eigentlich selbstverständlich; denn die meisten Kassenversicherter haben in der Zeit ihrer Arbeitsunfähigkeit keinerlei Einkommen, von dem sie Beiträge zur Krankenklasse entrichten können. Die gesetzlichen Krankenkassen halten sich auch streng an diese Bestimmung, so würden falls sie es nicht tun wollten, von ihrer Aufsichtsbehörde dazu ohne weiteres angehalten werden. Nur gibt es aber neben den gesetzlichen Krankenkassen auch noch die sogenannten Ersatzkassen, die sich vielfach fälschlicherweise Berufskrankenkassen nennen. Die Mitgliedschaft bei diesen Ersatzkassen bereitet unter bestimmten Umständen von der gesetzlichen Krankenversicherung an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und diese Ersatzkassen ebenfalls nur in gewisser Hinsicht gebunden. Der obengenannte Paragraph gilt zum Beispiel für sie nicht. Die Aufsichtsbehörde der Ersatzkassen, das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, hat zwar den Ersatzkassen empfohlen, auch die obige Vorschrift bei ihren Mitgliedern anzuwenden, doch haben die Ersatzkassen überwiegend diese Empfehlung abgelehnt. Auch der Verband der Kaufmännischen Berufskrankenkassen lehnte eine solche Empfehlung ab. Die Krankenversicherten werden sich hiernach sehr genau zu überlegen haben, ob sie einer Ersatzkasse beitreten sollen. Den Schaden haben sie selbst zu tragen.

Vom Sächsischen Siedlerverband

Kürzlich hielt der Allgemeine Sächsische Siedlerverband e. V., Kreis Leipzig, in Mügeln eine Jahresversammlung ab. Der Syndikus des Verbandes, Dr. Müller-Dresden hielt einen Vortrag über die Zukunft der Siedlungsfrage in Deutschland. Er wies darauf hin, daß nach dem Kriege die Siedler die ersten gewesen seien, die den Bau von gesunden Wohnungen erfolgreich wieder in Angriff nahmen. Infolge der jetzt bestehenden Kapitalsknappheit werden leider der Wohnungsbau nicht mehr so vorstehend wie es wünschenswert ist. Die Deutschtisch des Reichsarbeitersministeriums befürchtet zwar, daß die Mietzinssteuer noch für eine längere Zeit für den Wohnungsbau erhalten bleiben müsse. Die im vorigen Jahre vorgenommenen statistischen Erhebungen hätten ergeben, daß zur Zeit in Deutschland 600 000 Wohnungen benötigt würden und jedes Jahr 200 000 noch hinzukommen. Hört man, daß Hunderttausende von Familien ohne Wohnung sind, so habe man das deutliche Bild der katastrophalen Wohnungssnot vor sich. Riesengroß sei die Zahl der Fälle, wo Kinder vor der Geburt getötet werden. Über 30 000 Frauen sterben jährlich am Kindbettfeier, alle Tage 100 Frauen, die wegen Wohnungsmangel zugrundegehen! Das deutsche Zentralkomitee für Tuberkuloseforschung habe festgestellt, daß 12 000 Tuberkulosepatienten nicht zu helfen ist, weil sie kein eigenes Bett haben. Gesunde Kinder müssen mit diesen kranken Kindern die Bettstatt teilen. Der Staat hat deshalb die Pflicht, den Wohnungsbau ganz besonders zu betreuen.

Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß innerhalb der Kreishauptmannschaft Leipzig eine gewaltige Arbeit geleistet

über die Feststellung, daß die kommunistischen Stadtverordneten 10 000 M. für die Ausstellung „Das junge Deutschland“ bewilligten, während einerseits der Kommunistische Jugendverband wüst gegen die Ausstellung läuft, ist in der Jugendorganisation viel gelacht worden. Die KPD hat also nach den Worten ihrer eigenen Jugend ein reaktionäres Maßwerk mit finanziieren helfen: So etwas ist in der KPD nichts Besonderes, sondern die Regel. Beweis: Die SUZ ist dem Reichsausschuh der deutschen Jugendverbände angegliedert und wird deshalb mit besonderer Vorliebe von den Kommunisten als reaktionäre Jugendorganisation hingestellt. Die Geldmittel, die durch diesen Ausschuh staatlicherseits an die SUZ gelangen, werden als „kapitalistische Belohnung“ oder „Verlauf der Gesinnung“ bezeichnet. Stellen wir uns nun einmal auf den Standpunkt der Kommunisten und schauen wir in eine Nachbargemeinde — nach Schleußig. Die dortige KJ ist seit einer Reihe von Jahren — immer nach Meinung der Leipziger Kommunisten — reaktionär, denn sie ist dem Ortsausschuh der deutschen Jugendverbände angeschlossen. Sie verläuft auch ihre Gesinnung, denn wiederholt schon hat sie finanzielle Beihilfen erhalten. Am 30. Januar wollte der KJ Jungsturm die Mitgliedschaft noch erwerben. Über die zweipflichtige Haltung seines Verbandes befragt, äußerte der Vertreter KJ in der Sitzung am 30. Januar:

„Aus politischen Gründen sind wir im Reichsmahlstab gegen den Reichsausschuh der deutschen Jugendverbände. Unsere Reichsleitung hat uns aber wiederum aus politischen Gründen anheimgestellt, in den einzelnen Ortsausschüssen mitzuwirken!“

Hier nach hat also die kommunistische Reichsleitung dasselbe anheimgestellt, was die SUZ der SUZ eigentlich als Verlauf der Gesinnung, Berrat an der Jugend, kapitalistische Belohnung bezeichnet. Sich gegen die eigene Reichsleitung zu wenden, dazu fehlt es der SUZ und der KJ an Mut; um so eifriger schimpft und poliert sie gegen die SUZ. Einen ehrlichen Gegner kann man nicht finden, aber für einen Witz, der andern als schreckliches Verbrechen anrechnet, was er selbst seinen eigenen Kreisen empfiehlt oder anheimstellt, gibt es nur eine zutreffende Bezeichnung: Charakterlose Geselle!

Wo ruht die Pflicht?

Funktionäre.

Zwickau, Sonntag, den 12. Februar, 18 Uhr, in der Sommerlinse.

Marktstädt. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Volkshaus, Funktionärvorstellung. Alle Funktionäre sind verpflichtet, zu erscheinen.

Frauen.

Silna, Donnerstag, den 9. Februar, 20 Uhr, im Gasthof, Lichtbildvortrag des Gen. Zeiser: Das proletarische Mädchen — die proletarische Frau.

Marktstädt. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, Frauenabend im Café des Volkshauses.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Großleipzg. Postkarten für Februar liegen noch nicht von allen Gruppen vor. Mitteilungsblatt Nr. 2 ist erschienen und gelangt heute an die Kassierer. Anwarbeiträte sind Freitag abzurechnen. Führtausweise haben noch nicht alle Gruppen abgeholt bzw. erneuern lassen.

Gemeinschaft Kindertrennung.

Ostbezirk. Freitag, den 10. Februar, 18.30 Uhr, besuchen die Gruppen die Handpuppenspiele im Töpferheim. Karten heute abend im Bezirk (Bibliothek, Volksschule), pünktlich 18.30 Uhr.

Osten I. Heute, 18.30 Uhr, Lichtbilder im Heim, kommt alle.

Sprechstunde zur Jugendbeweise.

Heute, 19.30 Uhr, Probe zu "Gott gewehrt", in der 1. Volksschule, Postalzistraße; es müssen alle erscheinen. Nächste Probe Donnerstag.

Mitglieder-Veranstaltungen

Löbau. Donnerstag, den 8. Februar, 20 Uhr, im Heim, Versammlung. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Reuizicht über "Das neue Strafgesetz". Zahlreiches Frischenein erwünscht. Ausgabe der Mandate zur Kreisgeneralsversammlung. Vorstandssitzung Punkt 19 Uhr.

Wetzen II. Dienstag, den 14. Februar, 20 Uhr, im Frankfurter Torhaus, Vortrag des Großen Stoen über: Sozialistische Kommunalpolitik.

Pausendorf. Sonnabend, den 11. Februar, 18.30 Uhr, im Alten Gasthof (Gosenstube). Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Lichtbildvortrag, 2. Berichte, 3. Neuwahlen, 4. Parteiangelegenheiten. Ein zahlreicher Besuch wird erwartet.

Blagwitz-Lindenau-Schule. Freitag, den 10. Februar 1928, 20 Uhr, im Schloss Lindenau, Blauer Saal, Seumeabend, von Gustav Hennig. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

worden 13 und 1340 Heimstätten erstellt wurden. Der ASSLV ist vom Ministerium als gemeinnützig anerkannt und hat infolge seiner langjährigen Praxis eine große Erfahrung auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungsweises sich erworben, so dass den Städten und Gemeinden zu empfehlen sei, diese gemeinnützige Bestrebung weitestgehend zu unterstützen.

Am 1. Januar 1928 waren 30 Ortsgruppen mit 2600 Mitgliedern des Siedlerverbandes in der Kreishauptmannschaft Leipzig vorhanden. Bis 31. Dezember 1927 wurden insgesamt 1340 Heimstätten erstellt. Der Landesbetrag betrug 1480 663 qm. Mietzins-Darlehen erhielten der Bezirk Leipzig-Stadt 3 812 000 Mt., der Bezirk Leipzig-Land 858 500 Mt., Umstellungsbihilfen 108 500 Mt., Bezirk Grimma 330 000 Mt., Bezirk Oschatz 246 000 Mt. und Bezirk Rochlitz 43 000 Mt. Sparkassen-Darlehen wurden gewährt: dem Ortsverband Leipzig 1 356 600 Mt., Bezirk Leipzig 179 000 Mt., Bezirk Oschatz 46 200 Mt., Bezirk Rochlitz 9456 Mt., Bezirk Grimma 188 000 Mt. Darlehen der Reichs- und Landesversicherungsanstalt wurden zur Verfügung gestellt: dem Ortsverband Leipzig 238 800 Mt., Bezirk Leipzig 19 000 Mt., Bezirk Oschatz 68 000 Mt., Bezirk Grimma 30 000 Mt. In Selbsthilfestunden wurden geleistet: im Ortsverband Leipzig 73 100 Stunden, Bezirk Leipzig 63 110 Stunden, Bezirk Grimma 29 900 Stunden, Bezirk Oschatz 22 600 Stunden. An Spargeld wurde abgeführt und zum Bau verwendet: im Ortsverband Leipzig 347 267 Mt., Bezirk Leipzig 52 746,80 Mt., Bezirk Grimma 62 858 Mt., Bezirk Oschatz 25 758 Mt., Bezirk Rochlitz 9456 Mt.

Jahpreisermäßigung für Blinde bei Berufsschulen. Die zur Erlangung der Jahpreisermäßigung notwendige Befähigung, das der Blinde die Eisenbahn zur Ausübung seines Berufs benötigt, kann nach einer vom preußischen Ministerium des Innern gegebenen Auskunft von jeder Ortsbehörde, so auch von den Wohlfahrtseinrichtungen, ausgestellt werden. Sobald die hierauf bezüglichen Bestimmungen der Hauptstellenbehörden vorliegen, werden sie im Verlaufe des Reichsdeutschen Blindenverbandes als Sonderdruck erscheinen. Bestellungen können schon jetzt an diesen, Berlin SW 81, Belle-Alliance-Straße 33, Fernsprecher Bergmann 2388, gerichtet werden.

Luftpostbriefkosten. Die gelben Luftpostbriefkosten werden vom 6. Februar ab zu folgenden Zeiten geleert: a) auf dem Bayrischen Platz 10,43, 11,38, 12,3; b) am Postamt (Markt 4) 10,55, 11,50, 12,15; c) auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs 11,1, 11,56, 12,21; d) am Postamt C 1 (Augustusplatz) 10,55, 11,50, 12,15. Durch die Leerungen wird der Anschluß an folgende Luftpoststellen erreicht: durch die 1. Leerung nach Bamberg, Darmstadt, Erfurt, Eisenach, Frankfurt (Main), Fürth (Bayern), Kassel, Köln, Mülheim (Ruhr), München, Nürnberg, Plauen (V.), Stuttgart und Zwiesel (O.). durch die 2. Leerung nach Berlin, Bremen, Chemnitz, Gera, Hannover und Prag; durch die 3. Leerung nach Dresden und Plauen (Vogtl.). Luftpostsendungen sind auch über die Luftpoststelle hinaus zulässig und werden mit der schnellsten Gelegenheit weiterbefördert. Anforderungen vorbehalten.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig erlässt in den vorstehenden Nummern eine Bekanntmachung, nach welcher die Zweigstelle Leipzig W 31, Nonnenstraße 58, vom 13. Februar 1928 ab nach Leipzig W 31, Ischhoferstraße 97/99, verlegt wird.

Volkshochschule und Wirtschaftsschule. Vom Volksbildungsausschuß wird mitgeteilt: Am Donnerstag, dem 9. Februar, 20 Uhr, findet im Hörsaal 45 der Universität ein Vortrag über "Das soziale Problem des fernen Ostens", von Universitätsprofessor Ledderer, statt. Die Mitglieder der Volkshochschule Leipzig und der Wirtschaftsschule werden zu diesem Vortrage eingeladen. Der Eintritt ist für sie frei.

Elternabend. 39. Volksschule. Freitag, den 10. Februar, 19.30 Uhr. 1. Herr Faber: Ueber das Verhältnis der Erwachsenen zu den Kindern im Lichte der neueren Seelenlehre. 2. Herr Schönborn: Jugend wandere! Mit Lichtbildern von Schul- und Ferienwanderungen der 39. Volksschule.

Rentner, Hütergeimpfungen, Erwerbslose, Kurarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von Kalbfleisch, gute Qualität, Freitag, den 10. Februar, von 8—10 Uhr, und Sonnabend, den 11. Februar, von 8—14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis do. ca. 80 Pf. Der Lebensmittelverkauf findet täglich von 8—12.30 Uhr, in der Gerberstraße 3, Glasfassade, statt. Mehlauszug Pf. 25, 28 Pf., Reis Pf. 22 Pf., klarer Zuder Pf. 20 Pf., Margarine Pf. 16, 55, 75 Pf., Linent Pf. 25 Pf., Graupen Pf. 25 Pf. usw. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Verleihnothichten

Diesesbesuch. Am 1. Februar, vormittags, erwachte die Bewohnerin eines Zimmers in der Wohnung eines Grundstücks in der Gerberstraße durch ein Geräusch aus dem Schlaf. Sie erhob sie einen unbekannten Mann, der das Zimmer sofort verließ und die Tür hinter sich zulinkte. Sie sprang aus dem Bett und öffnete

die Zimmertür. Der Unbekannte stand auf dem Vorraum der Wohnung, durchsuchte einen dort hängenden Mantel und steckte etwas zu sich. Nunmehr erst verschwand er durch die offene Haustür die Wohnung. Die Frau schlug Lärm und lief dem Unbekannten hinterher. Auf der Treppe warf er ihr das aus dem Mantel gestohlene Geldbündchen zu und flüchtete aus dem Hause, wohin ihn die Geschädigte infolge ihrer mangelhaften Bekleidung nicht folgen konnte. Der Täter wied wie folgt berichteten: Etwa 21 Jahre alt, 1,65 Meter groß, blond, bartlos, lächelnd, gesundes Gesicht, blondes Haar, trug rothbrauen Stoffmantel, hellgrau gestreifte Hose, schwarze Schuhe und hellen weichen Hut. Zu seiner Ermittlung dienliche Angaben wolle man dem Kriminalamt mitteilen.

Gerichtssaal

Nehmgericht.

Ein sozialistischer Lehrer als "Gotteslästerer".

Infolge seiner freien Meinung hatte der sozialistische Lehrer Fröhliche in Posselt schon manchen Kampf mit dem Muckertum zu führen. Posselt ist ein Ort von 600 Einwohnern und liegt im unteren Vogtland, unweit der böhmischen Grenze. Die Einwohner sind Bauern und Teppichweber. Fröhliche ist Freidenker und Sozialist. Das genügte den Bauern, ihn als "Verbrecher" zu bezeichnen. Um den Lehrer loszuwerden, wurden von den Bauern auch die schändlichsten Mittel angewandt. Nicht nur der Lehrer selbst, sondern auch seine Eltern und seine Kinder wurden in den Kampf mit hineingezogen. Die Bauern sperrten den kleinen Kindern die Mutter. Mit Gewalt holte der Lehrer aus dem Ort fort. Die Bauern drohten mit Schulstreik, wenn der Lehrer seine freien Lehren weiter verbreite. Doch Fröhliche ließ sich nicht beirren und einschüchtern. Er setzte sich durch. Im Jahre 1924 kam der Pastor Bachmann noch nach Posselt. Der junge Pastor glaubte das geistige Rüstzeug zu haben, um den Lehrer auszurotten. Bachmann verleumde Fröhliche überall, wo es nur möglich war. In Versammlungen wurden Fröhliche und seine Gehinnungsfreunde beschimpft und verdächtigt. In Wort und Schrift setzte sich der sozialistische Lehrer zur Gegenwehr. In mehreren Flugschriften belämpfte er die Kirche und ihre mittelalterlichen Schreibungen. Unter anderem gab er eine Flugschrift heraus, überschrieben: "Religion ist das Opium des Volkes". Schon den Kindern wurde das Götter eingepflanzt, damit es keine Wirkung nicht versiehe. In einem anderen Flugschiff geißelte Fröhliche das Verhalten des Pastors Bachmann, indem er u. a. schrieb, doch es seien größere Gotteslästerung gäbe, als daß sich die Geistlichen Gotteslästerer nennen.

Nunmehr wurde der Staatsanwalt mobil gemacht. Es fanden sich auch schnell die Richter, um gegen den Lehrer "Gotteslästerer" zu halten. Fröhliche wurde vom Schöffengericht in Plauen wegen Gotteslästerung und Beleidigung des Pfarrstandes zu 70 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Verteidiger, Genosse Dr. Paul Leni, Berlin, legte gegen dieses Urteil Berufung ein, desgleichen auch der Staatsanwalt. Die Berufungsinstanz hob das Urteil auf. Fröhliche wurde wegen Gotteslästerung zu 450 Mark Geldstrafe an Stelle einer an sich verüchten Gefängnisstrafe von 6 Wochen und wegen Beleidigung des Pfarrstandes zu 100 Mark Geldstrafe über 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Was den reaktionären Bauern in Posselt nicht gelang, Fröhliche aus dem Orte zu bestreiten, das besorgte Kirche und Justiz.

Gegeen dieses unverständliche Urteil weitstremender Richter legte der Verteidiger Revision beim Reichsgericht ein. Am Freitag verhandelte der 1. Strafsenat des Reichsgerichts nochmals in dieser Sache. Richter Dr. Samter, Berlin, begründete die Revision. Er gehörte sehr das ungeheure Urteil, das in der Zeit des Kulturförderchtes von weitstremenden Richtern gegen einen sozialistischen Lehrer gefällt wurde. Fröhliche habe als Freidenker den erbittertesten Kampf gegen das Mutter- und Pfaffenamt zu führen gehabt. Alle seine Argumente, die er in seinen Flugschriften gebracht habe, waren sachlicher Natur. Er enthielten weder persönliche Beleidigungen des Pfarrstandes noch sei eine Gotteslästerung darin zu erblicken. Wenn der Lehrer scharfe Kritik an den kirchlichen Einrichtungen gehabt habe, so sei dies verständlich. Fröhliche sei in dem Orte geradezu gehegt und versocht worden. Die Einwohner hätten nur einen Willen gehabt, den sozialistischen Lehrer und seine Familie aus dem Orte zu vertreiben. Dies sei mit Hilfe der Justiz gelungen. Der Verteidiger beantragte Aufhebung des Urteils und Freispruch. Nach längerer Beratung verklärte das Gericht: Die Revision des Angeklagten wird auf seine Kosten verworfen und das Urteil der Voraussetzung bestätigt. Die Flugschriften, die von dem Angeklagten herausgegeben wurden, hätten nicht nur Beleidigungen des Pfarrstandes, sondern auch Gotteslästerung enthalten. In dem leitstanzlichen Urteil waren weder materielle noch prozessuale Verhöfe vorhanden. Das Reichsgericht habe somit zur Verwerfung der Revision kommen müssen.

Diese Rechtsprechung des Reichsgerichts lehnt sich eng an die Sprachpraxis der Voriinstanzen an. Wer die Kirche angreift, dem wird der Prozeß wegen Gotteslästerung gemacht. Denn so will es die Kirche haben, damit die "Lehrer" zum Schweigen gebracht werden. Kirchentaktion und Justiz haben wieder einen sozialistischen Lehrer zur Strecke gebracht. Aber aufstehen kann man den Kulturförderchritt nicht, trotz Lehrergericht und Feme.

Stundfunkprogramm

Donnerstag, den 9. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr; Belämmigung des Tagessprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -voraussage (Deutsch und Esperanto), Schneebereiche und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Freitag, den 10. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr; Belämmigung des Tagessprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -voraussage (Deutsch und Esperanto), Schneebereiche und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Samstag, den 11. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Sonntag, den 12. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Montag, den 13. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Mittwoch, den 14. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Donnerstag, den 15. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Freitag, den 16. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Samstag, den 17. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Sonntag, den 18. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Mittwoch, den 21. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Donnerstag, den 22. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Freitag, den 23. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Samstag, den 24. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der Hufeisen-Typophon. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30—14 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.15 Uhr: "Lernen Sie fremde Sprachen?" Werbeschaltung.

Sonntag, den 25. Februar. Unterhaltung und Belohnung 10.20 Uhr: Mittagssmusik auf der

Aussperrungs-Drohungen

Gesamt-Aussperrung?

Beschlüsse der Metallindustriellen

SPD Berlin, 8. Februar (Radio).

Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen beschloß am Dienstag folgendes:

1. Die mitteldeutsche Gruppe in dem ihr ausgewogenen Bölkampfe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

2. Zu diesem Zwecke den vorhandenen Fonds durch eine das gesamte Verbandsgebiet umfassende geldliche Umlage zu verstärken.

3. Zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zu gegebener Zeit zur Gesamt-aussperrung zu schreiten.

4. Eine Kommission von 12 Herren aus allen Teilen des Reiches einzulegen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen Vollmachten ausgestattet ist.

Die Dresdner Verhandlungen vertagt

WLB Dresden, 7. Februar.

Wie von der Staatskanzlei mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Hüttenindustrie auf Freitag, den 10. Februar, 11 Uhr, vertagt worden. Wie hierzu weiter gemeldet wird, besteht Aussicht auf eine günstige Einigung.

Aufruf

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März—April 1928 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortsstellen des AL-Bundes

in den Monaten Februar—März 1928

gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstands vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstands auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen, ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden, sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termint vornehmen.

Mahgend für die Durchführung der Wahlen

sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftsvertrages in Leipzig 1924. Hierin ist genau zu versichern. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleieter oder offener Form politische List zu aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstochen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kontrahenschäfte nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe auf Kosten des Arbeitgebers herstellen zu lassen.

Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen

und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsausschüsse und die Ortsstellen von der Verlagsgesellschaft des Umgangenen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. d. S. Berlin S. 14, bezogen werden.

Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Arbeitgeber glaubten durch die Gründung

von Werkvereinen die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und der Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die Unorganisierten sind aufzulösen und zu tätigen Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen.

Die Wahlparole

für die Betriebsräte neuwahlen 1928 ist:

Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten!

Gegen Werkgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampftakt der Arbeiterklasse!

Berlin, den 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Allgemeiner freier Angestelltenbund

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

In der am 31. Januar stattgefundenen, gutbesuchten Generalversammlung in Leipzig erstattete Kollege Bisch den Geschäftsbericht. Aus der Fülle der Gewerkschaftsarbeit behandelte er die Lohnpolitik, Ruhelohnoordnung und die Verschmelzungfrage. Bei dem Kampfe um höhere Löhne zeigte er, wie falsch es ist, wenn die Unternehmer mit dem Index treiben gehen. Die Verschiebungen der Posten, die der Indexberechnung zugrunde gelegt werden, treten beim Arbeiterhaushalt nur geringfügig — in der Form: Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft — in Erachtung. Das bei den Lohnkämpfen erreichte kann die Arbeiterschaft nicht zufrieden stellen!

Dasselbe gilt auch für den Kampf um die Ruhelohnoordnung. Gerade für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter öffentlicher Betriebe spielt das Kräfteverhältnis der Gesellschaftsklassen im Städte-, Land- und Reichsparlament eine Rolle. Deshalb hat es die Arbeiterklasse in diesem Jahre in den Parlamenten gestärkt wird! Die Verschmelzungsvorhandlungen mit dem Betriebsbund und dem Eisenbahnerverband gehen trotz Ausscheidens des Maschinisten- und Heizerverbandes weiter. Die Verbandslage werden in diesem Jahre dazu Beschlüsse fassen.

Als erfreuliches Zeichen der Aujärtsbewegung der Firma ist festzustellen, daß der höchste Mitgliedsbeitrag, den die Firma seit ihrem Bestehen je gehabt hat, bereits überschritten worden ist! Nach lebhafter Aussprache wurde ein Antrag angenommen, in welchem vom Vorstand des ADGB der Austritt des Maschinisten- und Heizerverbandes wegen Streikbruderkampfes verboten wird.

Die bisherigen Ortsverwaltungsmitglieder und der Kollege Warschau wurden in den Firma vorstand gewählt.

Wie wir in Ergänzung des vorliegenden Berichtes noch erfahren, erhielten die Kommunisten bei den Wahlen einen schweren Siegessatz. Von mehr als 420 Stimmen erhielten ihre Kandidaten nur 118 bis 140 Stimmen. Das heißt, daß die Kommunisten fast ein Drittel ihrer vorjährigen Stimmenzahl einbüßen.

Metallarbeiter u. -Arbeiterinnen

beim morgen, abends 18 Uhr, restlos die
Bezirks- und Branchen-Versammlungen.

Lokale:

Westen: Deutsches Haus. — Osten: Albergsarten.
Norden: Schiller-Schlößchen. — Zentrum: Glyptum.
Sämtliche Branchen im Volkshaus.

Das fehlt gerade noch

Ein Gesundheitsbuch für Arbeiter!

Im Reichsarbeitsblatt behandelt Prof. Arnold Durig, Wien, in einem Aufsatz „Fleißarbeit und Arbeitserziehung“ die Eigentümlichkeiten der Fleißarbeit in bemerkenswerter Weise. Er stellt fest, daß ein abschließendes Urteil über den gesundheitsschädigenden Charakter der Fleißarbeit noch nicht gegeben werden kann. Alles hängt davon ab, einen gewissen Ermüdungspunkt nicht zu überschreiten. Es dürfen keine Ermüdungsreize verbleiben, die langsam aber sicher die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Arbeiters zerstören dürften. Er sagt unter anderem:

„Es ist darum dringend nötig, daß wir uns soweit als möglich Rechenschaft darüber ablegen, ob die andersartigen Arbeitsbedingungen günstig oder nachteilig auf die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu wirken vermögen, insoweit sie die Gefahr einer Übermüdung und vorzeitigen Abnützung des Arbeiters mit sich bringen und trotz ihres betriebsökonomisch durchschlagenden Erfolges doch nicht vielleicht volkswirtschaftlich dadurch unökonomisch wirken, daß sie das Arbeits- und Lebenserwerbsalter weiter zu drücken vermögen.“

Abgesehen davon, daß aus diesen Worten nur eine ökonomische und keine soziale Betrachtung der Lohnarbeit spricht, führt er dann an anderer Stelle fort:

„Hierfür kann die obligatorische Einführung eines Gesundheitsbuches oder Gesundheitspasses dienen. Gleich einem Arbeitsbuch hätte ein solches den Menschen zum mindesten von seiner Schulentlassung an zu begleiten. Es hätte die wichtigsten Daten über die somatische (körperliche) Entwicklung, über Körperbau, Gesundheitszustand und durchgemachte Unsäße und Erkrankungen zu enthalten, die im Zusammenhang mit den Daten über Beruf, Arbeitszeit, Arbeitsart und Berufswchsel einen Einblick in die Beziehung zwischen Berufserwerb und Gesundheit, körperliche Entwicklung, Erkrankungshäufigkeit, Lebens- und Arbeitsalter geben werden...“

Wir wissen nicht, ob hier die Weltireditheit des Gelehrten oder was wahrscheinlicher ist, das unbewußte Klasseninteresse den Herrn Professor zu solch hinderlichen Forderungen verleitet. Mit Mühe und Not ist das unselige Arbeitsbuch aus dem Leben der erwachsenen Arbeitnehmer gedrängt worden, da es ein Generalstreik für denselben war. Mit grauenhaftem Entsetzen erinnert sich jeder der Schlachtdramatisierungen der Rekrutierungsbüros. Nun soll dem Unternehmer ein Mittel in die Hand gegeben werden, sich „vollwertige“ Menschenware auszusuchen. Die Sklavemarkt entstehen vor uns in neuer Form.

Das Gesundheitsbuch des Arbeiters antwortet auf alle Fragen, die ein Unternehmer in Hinsicht auf die körperliche Brauchbarkeit des Arbeiters stellen kann vom Tage der Schulentlassung ab mit rücksichtsloser Nachdrücklichkeit. Solange wir noch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung leben, müssen alle derartigen Versuche, Gesundheitsbücher zu führen, zu einer Aussöhnung der schwächeren führen. Nur in einer sozialistischen Gesellschaft können solche Untersuchungsmethoden aus einem Fluch für die von ihnen Betroffenen zum Segen werden, dann jeder nach seinen Fähigkeiten und Kenntnissen beschäftigt werden wird. Uns steht aber das Gesundheitsbuch beschützen zu wollen, wo die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch, die Verjüngung niedrig ist, das schließe gerade noch.

Soko.

Gaujugendaussprache des Sozialen

Am 4. und 5. Februar waren die Vertreter der Jugendgruppen des ZB aus dem Gaugebiet Westsachsen in Leipzig versammelt, um über wichtige Fragen der Jugendarbeit zu beraten. Zuerst erstattete Gaujugendleiter Bauer Dresden den Bericht über die Jugendarbeit des letzten Jahres. Nachdem er die wirtschaftliche Lage der Kaufmännischen Jugend und das Wirken des ZB auf jugendpolitischem Gebiete behandelt hatte, berichtete er über den organisatorischen Stand der Bewegung. Wehingleich auch Fortschritte erzielt worden sind, bleibt doch viel zu tun übrig. Sodann berichtete der Gauleiter Dachsel Leipzig über die Neuordnung der Gaujugendarbeit auf Grund der Beschlüsse des Verbandsstages vom letzten Jahr. In den grundlegenden Ausführungen nahm der Leipziger Jugendleiter Fromm zu den Fragen der Werbe- und Bildungsarbeit Stellung. In der anschließenden Aussprache wurden diese Ausführungen nach der praktischen Seite in wertvollen Anregungen ergänzt. Danach wurden noch die erforderlichen Vorbereitungen zum Reichsjugendtag in Frankfurt am Main vorgenommen. Die Neuwahl der Gaujugendleitung bildete den Abschluß der arbeitsreichen Tagung.



in Meisterstück

im besten Sinne des Wortes ist unsere OBERST in „neuer Arbeit“ geworden. Der auf mehrmonatiger Orientreise erfolgte Tabakeinkauf durch den Chef unseres Hauses bildete die Grundlage, auf der das Werk erstand. Doch alle Bemühungen wären unzureichend gewesen, wenn wir nicht bis zum jüngsten Lehrling hinab jener Wille zu höchster Leistung durchdringen hätte, der gepaart mit fachlichem Können - allein ein Meisterstück gesingen läßt. —

ASTOR-HAUS
68

OBERST 5AR
NEUE ARBEIT

BLAU PUNKT
8AR

© KUSCHE

die Standard-Marken der Waldorf-Astoria

Aus der Umgebung

Gemeindevertreterkonferenzen. Am 19. Februar (nicht schon am 12. Februar!) finden Gemeindevertreterkonferenzen der Arbeitsgemeinschaft Markranstädt in Mittel-, und der Arbeitsgemeinschaft Engelsdorf, Tautau und Thrella statt. Die Beschlüsse werden erlaubt, sich den Tag frei zu halten.

• Böhlig-Ehrenberg. Gemeindevertreterkonferenz. Gelingt das Sitzung das übliche Hin und Her mit den Kommunisten über Tages- und Geschäftsausordnung. Die Kostenabrechnung und der Abschluß eines Darlehens von 84 000 Mark für Straßenbau (Leipziger Straße) werden bekanntgegeben. — Für das Kindererholungsheim des Bezirks, Tannenmühle, in dem alljährlich 60 bis 70 Kinder unserer Gemeinde Aufnahme und Erholung finden, soll ein Bild (Ortsbild der Gemeinde) und 100 Mark zur Ausführung des neuen Gebäudes gestiftet werden. Die Kommunisten — sind dagegen. — Für das Lehrerheim der staatlichen Tauchkunstschule wird ein Beitrag von 50 Mark bewilligt. Zur Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule in Dresden werden zur Stiftung des Sächsischen Gemeindetages (für unbemittelte Studierende) 100 Mark beigebracht. Die Kommunisten — stimmen dagegen. — Als Vertretung der Kriegsbeschädigten im Fürsorgeausschuß ist wieder Herr Thaten, als Stellvertreter der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Hahn, bestätigt worden. — Eine Spende des Saalinhäbervereins wegen Herauslösung der Vergnügungstheater wurde abgelehnt. — Weiter trat die Gemeinde dem Bezirks-Obstbauverein als Mitglied bei. — Die Mietzinssteuermittel für das Geschäftsjahr 1928 werden voraussichtlich vorstichtig geschätzt, circa 127 000 Mark für den Wohnungsbau erbringen. 67 000 Mark sollen dem kommunalen Wohnungsbau und 70 000 Mark den Siedlern zugeführt werden. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Bürgermeister und die Verwaltung mögen äußerst bemüht bleiben, 100 000 Mark für den weiteren Wohnungsbau zu erhalten, fand einstimmig Annahme. In der Aussprache gaben sich die Kommunisten die größte Mühe, den Siedlergedanken, die Reichsheimstätte, herauzuwürgen. Das Eigenheim — die Reichsheimstätte — lehnen sie ab. Einen Antrag der KPD, an Reichs- und Landesregierung wegen des Entzuges der Kritien- und Erwerbslohnfürsorge, den Termin des Ablasses über den 31. März 1928 zu verlängern, sowie entzogene Unterstützung wieder zu gewähren, stimmen die Sozialdemokraten zu. Dagegen stimmten Bürgerliche einschließlich Demolitaten. Die alten Unterstützungen aus Gemeindemitteln zu zahlen, lehnte die Sozialdemokratie ab. Die Kommunisten wissen es ebenso gut wie wir, daß leichteres unzulässig und daher nicht durchführbar ist.

In der daraus folgenden nichtöffentlichen Sitzung erfolgte unter anderem eine Aussprache über die neuen Stromabnahmepreise und Tarifstrecken. Die Verwaltung wurde beauftragt, gegen diese Fahrpreisschiebung vorzugehen und schärfstens zu protestieren. Die Außenbahn hat jegliche Rücksicht für die Einwohnerchaft von Böhlig-Ehrenberg vermissen lassen.

Raunholz. Gemeindevertreterkonferenz. Es wurden zunächst mehrere Bausachen unter den üblichen Bedingungen besprochen und ein einmaliger Beitrag zur Errichtung eines Lehrerheims für Laufstunde in Dresden bewilligt. Der 22. Nachtrag zur Gemeindeverordnung, der die Zuschläge zur Grund- und Gewerbeuerneuerung festlegt, wurde angenommen. Zu den Kosten eines Bezirks-Adressbuchs wurden 50 Mark bewilligt. Das Gefüch des Stadtgutsbesitzers Höhne um Aufnahme einer polnischen Familie in ein schönes Grundstück wurde abgelehnt. Zum Fürsorgeausschuß wurde zur Ergänzung aus dem Kreis der Kriegsbeschädigten Genoss Heinrich Eida und aus dem Kreis der Kleinrentner Herr Privatmann Schmidt gewählt. Die Überschreitung verschiedener Kapitel der Ausgaben im Haushaltplan 1927/28 wurde genehmigt. Alle Beschlüsse des Verfassungsausschusses vom 27. Januar 1928 wurden genehmigt; besonders sei hervorgehoben die Verwendung der ehemals Zeißigischen Felder als Schrebergärten.

Eilenburg. SPD-Mitglieder. Dienstag, den 14. Februar, 20 Uhr, findet in Stadt Leipzig der Diskussionsabend des Bildungsausschusses statt. Die interessierten Mitglieder können daran teilnehmen. Kein Trintzwang. — Die nächste Mitgliederversammlung der SPD findet am Freitag, dem 17. Februar, 20 Uhr, in Stadt Leipzig statt. U. a. Vortrag des Geistlichen Landrat a. D. Raute über: Das Agrarprogramm. Es scheinen alle Mitglieder Pflicht.

— Die Zahl der Erwerbslosen beträgt hier insgesamt 441, und zwar 201 männliche und 40 weibliche. Arbeitslosenunterstützung erhalten hier von 482 männlichen und 31 weiblichen Personen mit 554 Zuschlagsempfängern. Krisenunterstützung erhalten 13 männliche und 3 weibliche Personen mit 68 Zuschlagsempfängern.

Bel Nieren- und Blasenleiden wirkt mit bestem Erfolg Lauensteins Wildunger Tee und Tabletten. Altein echt König-Salomo-Apotheke, Grimmaische Straße 17

Stellenangebote

Einige tücht. Maschiner sucht Tauch. Rauchwaren-Zurichterei und Färberei A. G., Taucha

Tischler im inneren Norden zur Untersuchung eines Büfett-aufbaues gesucht. Öfferten um F. 16. Filiale Eutinisch. Magdeburg. 20.

Stellengesuche

Saubere ehrliche Frau sucht Aufwartung. Obj. V. 6 Filiale d. Bl. Zeiner Str. 32.

Teilzahlung! Noveröffnetes Möbelhaus in Kl.-Zochauer, enorm bill. Einfließungsraum, Schlafz. 12 p. Ein u. Verkaufsstube. Sprech-Apparate echt Eiche mit Haube in Zweifeldern-Schneckenwerk statt 70,- nur 48,- usw. Musikhaus Richter, Reichst. 19, I. Kein Laden daher so billige Preise.

MÖBEL auf Teilzahlung

Billigste Vorstadtpreise
Möbelhaus Poll
Eutritzscher Markt (Gosonschänke)
Str. 14, 16, 21

Auf Kredit
Bettstellen mit Matratzen
mit 5 Mon. Abzahlung
Kiel-Werke-Kreis-Haus
Hans Hoffmann
Bahnstraße 10, 1. Stock

20-25 Küchen und diverse lackierte und furnierte
Schlafzimmer gibt billig ab
Lendel, Möbelhandlung. Jelenk. Nr. 33.

Teilzahlung! Noveröffnetes Möbelhaus in Kl.-Zochauer, enorm bill. Einfließungsraum, Schlafz. 12 p. Ein u. Verkaufsstube. Sprech-Apparate echt Eiche mit Haube in Zweifeldern-Schneckenwerk statt 70,- nur 48,- usw. Musikhaus Richter, Reichst. 19, I. Kein Laden daher so billige Preise.

Bettstelle m. Matr.
Kleider- u. Küchen-
kram ver! billig
Rohrl. 100,- pt. 1.

Waschwanne
bill. Humboldtstr. 20.

Kaufgesuche

Gehr. Pianos, Flügel, Harmon. R. Hug & Co., Schulstr. 3
T. 14168. Oft. m. Dr. ad.

Land zu Schrebergärten

an der Baalsdorfer-Holzbäuerle Straße
zu verpachten. Gutsverw. Trampe. Engelsdorf.

Haben Sie Stoff?

Aus mitgebrachten Stoffen erhalten Sie einen modernen
Anzug & Mantel nach genommenem Maß

für nur 29,- mit allen
Zutaten angefertigt!

Eigene Werkstätten!

Paul Hoack, Leipzig

Elsterstr. 55, pt.

gegen Kleinkunst-Theater
Nonnhaus geschi.

Eine Kette ohne Ende

Immer neue Betrugskandale

Helfershelfer bei der Polizei

SPD Berlin, 7. Februar.

Der Hamburger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine in Hamburg ansäßige Beträgergesellschaft auszuhelten, die seit Jahren erfolgreich die Funkübermittlung französischer Rennen aufzufangen und die ihr bekanntgewordenen Rennresultate benutzt hat, um in letzter Minute bei Buchmachern Wetten zu belegen. Nun hat, um in letzter Minute bei Buchmachern Wetten zu belegen. Die drei verhafteten Hauptäter haben gestanden, den Schwund auch in andern deutschen Städten, so in Berlin, Chemnitz, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Hannover, Magdeburg usw. ausgeübt zu haben. Die Hamburger Buchmacher sind in wenigen Tagen um 6000 M. geschädigt worden, die in Leipzig hervorgerufenen Schäden dürften insgesamt 10 000 M. betragen.

Der staatlich konzessionierte Berliner Pfandleiher Winter, der ähnlich wie der verhaftete Lombardhausinhaber Sally Bergmann Pfandbetrüger verhaftet hat, ist bereits von mehr als 100 Gläubigern als Beträger beschuldigt worden. Mit den Geschäften des Winter befassten sich Staatsanwalt und Polizei schon seit langer Zeit. Der Betrüger hat mit einer ganzen Reihe überbeleumdeteter Leute in Verbindung gestanden, die ihm als Vermittler und Schlepper dienten. Darunter befanden sich Leute, die erheblich vorbestraft und den Behörden wegen verschiedener Warenbezügelei bekannt sind. Der betrügerische Pfandleiher, der im 63. Lebensjahr steht und Tschechoslowakei ist, hat es bisher immer verstanden, sich in äußerst gerissen Weise bei den gegen ihn anhängig gemachten Prozessen aus der Schlinge zu ziehen. Er hat seine Geschäftsfreigabe auf seine Ehefrau übertragen und ist selbst als "Geschäftsführer" mit einem Monatsgehalt von 100 Mark aufgetreten, so daß alle Pfändungen gegen ihn fruchtlos verließen. Im Gegensatz zu Bergmann zahlte er von den versprochenen 24 bis 26 Prozent Zinsen überhaupt nichts; wenn die enttäuschten Gläubiger sich dann an ihn wandten, drohte er, sie wegen Anspruch anzusegnen. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, drei Kaufleute um zusammen 60 000 M. zu bestehlen. Auch bei diesen Machenschaften bediente sich Winter der Hilfe von Vermittlern, denen er erhebliche Provisionen gezahlt haben soll. Zwei dieser Vermittler waren von der Kriminalpolizei in der vergangenen Woche vorübergehend festgenommen worden, wurden aber später wieder auf freien Fuß gesetzt, da kein Fluchtversuch vorliegt.

Ein Beamter der Breslauer Kriminalpolizei hatte sich im Zusammenhang mit der Bergmannaffäre schon vor Monaten an die Betrugssabteilung des Berliner Polizeipräsidiums gewandt und Aufklärung darüber verlangt, wie eine Verzinsung von 35 Prozent durch das Lombardhaus möglich sei. Die Betrugssabteilung des Berliner Polizeipräsidiums verwies den Beamten damals an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelsfirmen in Berlin-Friedenau. Von hier aus wurde ihm mitgeteilt, daß keine Beschwerde gegen das Unternehmen vorliege. Drei Tage, nachdem diese Nachricht bei ihm eingelaufen war, erhielt der Beamte von dem Vertrauensmann Bergmanns, Ohnstein, ein Schreiben, in dem dieser sich ausdrücklich auf die gute polizeiliche Auskunft über das Lombardhaus bezog. Durch wen der Vertrauensmann Bergmanns so schnell über den Schriftwechsel mit der Polizeibehörde und der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelsfirmen unterrichtet wurde, ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Zwei Liebestragödien — zwei Urteile

Freispruch in Frankreich — 5 Jahre Jüchthaus in Ungarn.

Zwei Liebestragödien — zwei Rächerinnen ihrer "Ehre" ... Die eine: In Vig de Provence in der Nähe von Marseille. Eine 20jährige Studentin, Kosakenin. Sie liebt den jungen Professor. Er verspricht ihr die Ehe. Dann plötzlich bricht er mit ihr. Weshalb? Er bleibt die Erklärung schuldig. Sie weiß es aber von ihren Bekannten. Er verdächtigt sie einer eigenartigen Beziehung zu einer Freundin. Zu anderen hat er gesagt: "Dieses taxierte Huhn, sie passt besser für ein... als für die Ehe." Bianchi stellt den Professor. Er will nichts von ihr hören. Im Mai läuft sie einen Neanova. In Juni fordert sie eine Zusammenkunft. Sie treffen sich gegen Mitternacht auf der Straße. Er sollte seine Verleumdung zurücknehmen, sonst würde sie sich erschießen. "Dazu sind Sie zu klug. Lassen Sie mich in Ruhe. Ich gehe schlafen." Im nächsten Augenblick fällt der Schuß.

"Sie hat mich ins Genick geschossen", sagt der Professor vor seinem Tode.

Im Gefängnis unterweist sie ihre Mitgefangenen im Charleton-

schrift. Zum Gefängniswärter sagt sie: "Sie können mir den Bude runterziehen. Bei den Kosakenen ist die Blutache eine Ehre."

Der Vorsitzende des Schwurgerichts ist ein strenger Mann. Man habe bei ihrer Freundin eine Akrophotographie von ihr gefunden mit dem Kreuzifix in der Hand. Die Aufnahme stamme aus dem Kloster, da sie sich noch in der Klosterschule befand. Die Aufnahme geht auf der Geschworenenbank von Hand zu Hand.

Weshalb sie den Professor getötet habe?

"Ich wollte ihn nicht töten. Ich weiß selbst nicht, wie der Schuß losgegangen ist. Ich war außer mir. Er hatte mich im Stich gelassen. Er hat mich verleumdet."

Nach einer kaum zehn Minuten währenden Beratung sprachen die zwölf Geschworenen die Angeklagte frei.

Die zweite Liebestragödie: In dem ungärtischen Dorf Deva vanu nja. Die 22jährige, bildschöne Tochter eines Gutsverwalters Ethel Chatlos liebt den Arzt Breuer. Er verspricht ihr die Ehe. Das Verhältnis hat folgen. In einem Brief gelobt der Arzt zum zweitenmal die Heirat. Dann wird er vorwüchsig. Ethel ist verzweifelt. Eines Nachts erscheint sie bei ihm. Der Mann jagt sie davon. Nach wie sie ist, lädt er sie von der Polizei in das Gemeindehaus scheinen.

Der Vater des Mädchens begibt sich zu dem Arzt. Er bittet ihn, ihm auf seine alten Tage "die Schmach" nicht anzutun — wenigstens auf einen Tag seine Tochter zu heiraten — nur zum Schein, um der Dörfler willkommen zu sein. Das Geheimnis des Mädchens ist aber sehr groß. Sie sieht ihren Geheimnis.

Im Dorfe kann sie nicht mehr bleiben. Sie sieht ihren Geheimnis.

Als der Geliebte bereits am Boden liegt, jagt sie ihm wild einen Augenblick nach der andern in den Körper. Sie ist wie von Sinnen. Scham steht ihr vor dem Mund.

Die Gerichtsverhandlung ging unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich. Es konnte kein Zweifel bestehen: das Mädchen hatte ihre Tat im Zustande eines ungeheuren Affekts begangen. Das Gericht verurteilte die Ethel Chatlos zu 5 Jahren Jüchthaus ...

Zwei Liebestragödien — zwei Urteile. Welches war zuletzt gefällt? Beide? Oder keines?

L. R.

Dampfersexplosion in Indochina

43 Tote, zahlreiche Schwerverletzte

II. Paris, 7. Februar.

Wie die Abendpresse aus Hanoi (französisches Indochina) meldet, sank auf dem Mekong infolge einer Explosion der Flüssiggummipfer Trentinian vier Kilometer aufwärts von Thaophai. Hierbei kamen 43 Personen, darunter zwei hohe französische Beamte und der frühere Deputierte Bartholoni, ums Leben. Der Kapitän des Dampfers wurde schwer verletzt, zahlreiche eingeborene Passagiere muhten in das Krankenhaus übergeführt werden.

Vom kapitalistischen Korruptionsumpf. Der Direktor der Standard Oil Company in Indiana, Robert Stewart, wurde, wie aus Washington gemeldet wird, auf Anordnung des Senats verhaftet, weil er sich geweigert hatte, auf die Fragen des Senatsausschusses zu antworten, der die gegen frühere Regierungsbeamte erhobene Anschuldigung der Bestechung in der Angelegenheit des Vertrags über die Petroleumgebiete von Teapot Dome prüft.

Freitod. In einem Unfall von Verfolgungswahn sprang in Berlin am Dienstagmorgen der 28jährige Konditor Konrad Petron aus dem Fenster seiner im fünften Stock gelegenen Wohnung in der Winterfeldstraße 25 auf den Hof hinab. Er war sofort tot.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 8. Februar 1928.

Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Ost, Reichshallen, 20 Uhr. Bauhilfsarbeiter, Tiefbauarbeiter, Zementarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr.

Donnerstag, 9. Februar 1928.

Metallarbeiter, Bezirks- und Branchenversammlungen, 19.30 Uhr. Volksfeier Inserat vom 7. Februar 1928.

Mittwoch, 14. Februar, 1928. Volkshaus Markstädt, Volkshaus, 20 Uhr.

Tagessordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

KLEINER ANZEIGER

Diverses

haben Sie Stoff?

Fertige Ihnen einen modernen Anzug od. Mantel nach Maß mit Autaten von

29 Mark an

Rudolph, L.-Reudnitz,
Gromannstr. 15. D.

Königsplatz 2.

Gesichtspickel!

Mitesser usw. können Sie wirklich mit leicht Mühe beleben!

Ich bin gern bereit Ihnen dieses Mittel kostenlos mitzuteilen. Frau M. Polani, Hannover 018

Eudenstrasse 30A.

Ca. 60 qm großer

Bureau Raum

im Grundstück Leipzig-Piagw.

Nonnenstraße 59, zum 1. März 1928

zu vermieten

Allg. Ortskrankenkasse für die

Stadt Leipzig, Hausverwaltung.